



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Der Einfluss der Europäischen Union auf die
Demokratisierung in Zentralasien“

verfasst von / submitted by

Reinhold Rader, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.- Doz. Dr. Paul Luif

Der Einfluss der Europäischen Union auf die Demokratisierung in Zentralasien

1	Einleitung.....	6
1.1	Definitionen.....	8
1.1.1	Demokratie.....	8
1.1.2	Demokratisierung	11
1.1.3	(Externe) Demokratieförderung	12
1.2	Hintergründe zu Zentralasien	12
1.2.1	Geographischer und historischer Raum.....	12
1.2.2	Historischer Hintergrund.....	14
1.2.3	Die politische und wirtschaftliche Entwicklung seit 1991.....	19
2	Theorie.....	26
2.1	Theorien zur Transformationsforschung.....	26
2.1.1	Systemtheorien.....	26
2.2.2	Strukturtheorien.....	26
2.2.3	Kulturtheorien.....	27
2.2.4	Akteurstheorien.....	27
2.2	Transformationsphasen.....	28
3	Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union.....	31
3.1	Historische Entwicklung	31
3.2	Das Konzept der Demokratieförderung.....	33
3.3	Instrumente.....	34
4	Demokratie in den Staaten Zentralasiens.....	38
4.1	Einschätzung der EU.....	38
4.2	Einschätzung anderer Quellen.....	43
4.2.1	Freedom House	44
4.2.2	Bertelsmann Transformationsindex (BTI).....	45
4.2.3	Die Bewertungen von Freedom House und des BTI für Zentralasien.....	50
5	Die externe Demokratieförderung der EU in Zentralasien	57
5.1	Bestimmung der Grundsätze und der allgemeinen Leitlinien für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.....	57
5.2	Gemeinsame/durchzuführende Aktion und Sonder-beauftragte.....	64
5.3	Gemeinsame bzw. einzunehmende Standpunkte.....	65
5.4	Verordnungen des Rates sowie Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates..	71
5.4.1	Verordnungen über restriktive Maßnahmen gegen Usbekistan	71
5.4.2	Verordnungen zu TACIS.....	72
5.4.3	Verordnungen zum DCI.....	74
5.4.4	Verordnungen zur EIDHR.....	78
5.5	Partnerschafts-und Kooperationsabkommen.....	80
5.5.1	Politischer Dialog.....	88
5.6	Weitere Dokumente	90
5.7	Fazit.....	91
6	Faktoren, welche die Demokratieförderung beeinträchtigen.....	94
6.1	Drittstaaten.....	94
6.1.1	Vereinigte Staaten von Amerika.....	95
6.1.2	Russland.....	96

6.1.3 China.....	101
6.1.4 weitere Staaten.....	106
6.2 Prä sowjetisches und sowjetisches Erbe.....	108
6.2.1 Islam	108
6.2.2 sowjetisches Erbe.....	109
6.2.3 Ressourcenfluch.....	112
7 Conclusio.....	114
7.1 Ausblick.....	116
8 Anhang.....	118
8.1 Score von Freedom in the World.....	118
8.2 Erläuterungen zu den Abbildungen 13 und 14.....	120
8.3 Tabellenverzeichnis.....	122
8.4 Abbildungsverzeichnis.....	123
8.5 Abstract.....	124
8.6 Zusammenfassung.....	125
Literaturverzeichnis.....	126

Abkürzungsverzeichnis

AKP - Adalet ve Kalkınma Partisi
BIP – Bruttoinlandsprodukt
BRI – Belt and Road Initiative
BTI – Bertelsmann Transformationsindex
CAAEF - Central Asian-American Enterprise Fund
DCI – Development Cooperation Instrument
EAWU – Eurasische Wirtschaftsunion
EDB – Euroasian Development Bank
EIDHR - European Instrument for Democracy and Human Rights
EPKA – Erweitertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
EU – Europäische Union
FitW – Freedom in the World
FREEDOM - Freedom for Russia and Emerging Eurasian Democracies and Open Markets
FSA – FREEDOM Support Act
GUS – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
FH – Freedom House
IRP - Islamic Rebirth Party
NATO – North Atlantic Treaty Organization
NGO – Non-Governmental Organization
NIS – Newly Independent States (vgl. GUS)
NIT – Nations in Transit
OBOR – One Belt, One Road
OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development
OSZE - Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PKA – Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
SCO - Shanghai Cooperation Organisation
SREB - Silk Road Economic Belt
TACIS - Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
TALCO – Tajik Aluminium Company
UN – United Nations
UN DESA – United Nations Department of Economic and Social Affairs
XUAR - Xinjiang Uighur Autonomous Region
ZA – Zentralasien

1 Einleitung

Zentralasien stand selten im Fokus des europäischen Interesses und verschwand mit der Eroberung durch das zaristische Russland und das Eingliedern in die Sowjetunion fast vollständig aus dem Blickfeld. Mit der Unabhängigkeit der Republiken Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan erregte die Region wieder die Aufmerksamkeit globaler Akteure wie Russlands, den USA und der Europäischen Union. Es stellte sich die Frage, welchen Weg die jungen Staaten gehen würden, ob sie sich, wie vom Westen gehofft, und oft prophezeit, zu Demokratien entwickeln oder doch einen autoritären Weg einschlagen würden.

Die Europäische Union begann sich daraufhin in den zentralasiatischen Staaten zu engagieren. Wirtschaftlich gab es noch aus Zeiten der Sowjetunion enge Verbindungen, vor allem im Bereich der Energieressourcen. Auch neue Absatzmärkte winkten der europäischen Wirtschaft und sicherheitspolitisch war die Region von Interesse - internationale Akteure drängten drauf, ihren Einfluss zu etablieren. Politisch ist die Europäische Union darum bemüht, ihre politischen Vorstellungen und Werte zu exportieren und hat zu diesem Zweck ein weitreichendes Repertoire zur externen Demokratieförderung etabliert.

Im Gegensatz zum postsowjetischen Raum Osteuropas, in dem der Großteil der Staaten die Transformation zu Demokratien schafften, etablierten sich in Zentralasien rasch autoritäre Systeme, welche sich als äußerst robust erwiesen.

Im Zuge der Arbeit sollen folgende Fragen geklärt werden:

- Welche Instrumente setzt die Europäische Union ein, um die Demokratie in Zentralasien zu fördern?
- Wie sind die Maßnahmen der EU zur Demokratieförderung einzuordnen und welche Wirkung entfalten sie?
- Warum konnten die Maßnahmen der EU nicht die erhofften Ergebnisse hervorbringen?

Die These zu dieser Frage lautet: Aufgrund der autoritären Natur der zentralasiatischen Staaten sowie anderer Faktoren, schaffen es die Instrumente der EU kaum, die autoritären Eliten dazu zu bewegen, demokratische Reformen einzuleiten.

Die Relevanz der Demokratieförderung lässt sich normativ und instrumentell begründen. Normativ

wird die Demokratie als einziges Regierungssystem verstanden, welches, von der EU vertretene, universelle Rechte gewähren kann (Grävingholt, Leininger & Schlumberger, 2009). Instrumentell wird Demokratie als Zweck zur Friedenssicherung verstanden. Marktwirtschaftlich organisierte Demokratien stellen einen wirtschaftlich und politischen verlässlicheren Partner für die westlichen Demokratieförderer dar (Sandschneider, 2003).

Die Mittel, welche für die Demokratieförderung ausgegeben werden, sind beträchtlich und die EU ist einer der zentralen Akteure (vgl. Europäischer Rechnungshof 2013). Während die Resultate in Osteuropa beachtlich sind, sind sie in anderen Teilen der Welt, so auch in Zentralasien, im besten Fall ambivalent. Ein Versuch der Analyse und Bewertung der Instrumente der EU zur Demokratieförderung in Zentralasien ist überfällig.

Methodisch handelt es sich um eine Arbeit, welche sich hauptsächlich auf eine Analyse von Primärquellen und Sekundärquellen stützt.

Der theoretische Rahmen zur Analyse der Instrumente, sowie die Ansätze zur Erklärung der Ergebnisse, verwenden Sekundärliteratur, unter anderem von Merkel, Knodt & Jünemann, Urdze und Lavenex & Schimmelfennig. Um die Instrumente untersuchen zu können, wird auf eine empirisch-analytische Analyse der Primärquellen zurückgegriffen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Dokumente der Europäischen Union und ihrer verschiedener Institutionen. Dazu zählen Dokumente des Primärrechts, also relevante Verträge, und Dokumente des Sekundärrechts, Dokumente wie Aktionsprogramme, Strategiepapiere, Schlussfolgerungen, Stellungnahmen, Resolutionen, Mitteilungen und Erklärungen. Auch offizielle Pressemitteilungen, Daten von Eurostat, Rechnungshofsberichte etc. werden bei Bedarf hinzugezogen.

Der zeitliche Rahmen erstreckt sich von 1991, dem Zeitpunkt der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken, bis in die Gegenwart, wobei es eine Einführung in die Geschichte vor 1991 sowie Rückgriffe auf die Zeit davor gibt, sofern dies für die Erklärung aktueller Begebenheiten erforderlich ist.

Der Aufbau der Arbeit ist dreigeteilt. Der erste Teil beschäftigt sich mit erforderlichen Definitionen zur Demokratie und Demokratieförderung, mit den Hintergründen zu Zentralasien, der Theorie und der externen Demokratieförderung der EU im Allgemeinen und der zu Zentralasien im Speziellen. In diesem Teil sollen die Grundlagen geschaffen werden, welche für eine Analyse der Instrumente und deren Beurteilung, notwendig sind. Der zweite Teil beschäftigt sich mit den Instrumenten der

Europäischen Union zur Demokratieförderung, deren Einordnung in das, im theoretischen Teil definierten, Schema und deren Auswirkungen auf die Demokratisierung. Der letzte Teil schließlich soll Erklärungsansätze präsentieren, warum die vorgestellten Instrumente ihre Wirkungen nicht in dem gewünschten Ausmaß entfalten können. Beleuchtet werden der Einfluss von Drittstaaten, das sowjetische- und vorsowjetische Erbe und der „Ressourcenfluch“.

1.1 Definitionen

Das Thema der Arbeit bringt es mit sich, dass mit einer Anzahl von Begriffen gearbeitet werden muss. Bei gewissen zentralen Begriffen gibt es in der Literatur eine große Bandbreite, was Definitionen betrifft. Eine Begriffserklärung und Eingrenzung gewisser Begriffe ist daher unerlässlich.

1.1.1 Demokratie

Die Definition von „Demokratie“ ist eine Angelegenheit, welche im Kontext dieser Arbeit gleichzeitig unerlässlich und einer der schwierigsten Teile ist. Dies ist zum einen darin begründet, dass es im Lauf der Geschichte, beginnend bei den antiken Griechen bis in die Gegenwart, eine Unzahl von Formen und Weiterentwicklungen der Demokratie gab, welche zum Teil sehr stark von einander abwichen. Zum anderen gibt es im aktuellen Diskurs eine nicht geringere Anzahl an Möglichkeiten „Demokratie“ zu definieren.

„Demokratie ist ein sehr weites Feld. Es gibt nicht nur eine Definition von Demokratie, sondern unterschiedliche, teilweise miteinander konkurrierende und sich auch widersprechende Demokratiezugänge. Das Feld der Demokratietheorien ist somit vielfältig und differenziert sich auch ständig weiter aus“ (Campbell, Barth 2009: 211).

Dahls Polyarchie

1971 präsentierte Robert A. Dahl sein Konzept der Polyarchie, welches sich als wegweisend erwies und nach wie vor oft als Grundlage zur Messung der Demokratie und Demokratiequalität dient.

Polyarchie bedeutet sinngemäß „Regieren eines Staates durch die Vielen“ (Schmidt 2019: 204) und ist ein Konzept, welches bereits lang vor Dahl existierte. Real existierende Demokratien sind nach

Dahl in der Praxis stets unvollkommen und werden als Polyarchien bezeichnet. Polyarchien entsprechen im Wesentlichen den fünf wichtigsten Kriterien des demokratischen Prozesses und werden von den sieben Institutionen der repräsentativen Demokratie geprägt. Die Kriterien sind: „effektive Partizipation, gleiches Wahlrecht und Entscheidungsbefugnis über alle wichtigen öffentlichen Belange, offene Willensbildung, Kontrolle der Agenda, über die demokratisch entschieden werden soll, und Inklusion der erwachsenen Mitglieder einer Assoziation“ (Schmidt 2019: 204). Die wichtigsten Institutionen sind:

„1) gewählte Amtsinhaber, 2) freie und faire Wahlen, 3) inklusives Wahlrecht, das alle im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte befindlichen Staatsbürger bei der Wahl der Amtsinhaber aktiv stimmberechtigt und 4) passiv wahlberechtigt macht, 5) freie Meinungsäußerung, 6) Informationsfreiheit sowie 7) Organisations- und Koalitionsfreiheit bei der Bildung politischer Parteien und Interessengruppen“ (Schmidt 2019: 204).

In der Praxis wird keines dieser Kriterien vollständig erreicht, so dass in keinem Staat von einer vollständigen Demokratie gesprochen werden kann. Wenn etwa nur ein Teil der Stimmberechtigten an Wahlen teilnimmt ist eine effektive Partizipation nicht vollständig gegeben.

Zentral sind für Dahl des weiteren „participation“ und „contestation“, also die politische Beteiligung und der politische Wettbewerb, sowie die Chancen der Opposition an diesem teilzunehmen. Dahl untersuchte 114 Staaten und wies ihnen jeweils einen Wert für contestation zu. Diese Werte teilte er in drei Kategorien ein, die erste bis 20 Punkte, die zweite von 20 bis 90 und die dritte über 90 (Dahl 1971: 232-234). Mit dem Polyarchiemodell Dahls ist somit auch eine gewisse Vergleichbarkeit verschiedener politischer Systeme gegeben.

Enger – weiter Demokratiebegriff

Eine mögliche Einordnung von Demokratiedefinitionen ist eine Unterscheidung zwischen „engen“ und „breiten“ Definitionen. Enge Definitionen repräsentieren hier eine minimalistische Sichtweise, in der es eine Beschränkung auf gewisse Mindestanforderungen gibt. Ein Beispiel für solch eine enge Definition stellt die Wahldemokratie (electoral democracy) dar. Freedom House verwendet vier Minimalkriterien die erfüllt sein müssen um von einer electoral democracy sprechen zu können.

1. A competitive, multiparty political system;
2. Universal adult suffrage for all citizens (with exceptions for restrictions that states may legitimately place on citizens as sanctions for criminal offenses);

3. Regularly contested elections conducted in conditions of ballot secrecy, reasonable ballot security, and in the absence of massive voter fraud, and that yield results that are representative of the public will;
4. Significant public access of major political parties to the electorate through the media and through generally open political campaigning.

(Freedom House 2012)

Zusätzlich zu den Minimalkriterien muss noch ein gewisser score erreicht werden, welcher sich aus verschiedenen Elementen zusammensetzt. Der Index von Freedom House wird im Kapitel 4.2.1 noch näher erläutert.

Die liberale Demokratie (liberal democracy) ist eine etwas anspruchsvollere Form der Demokratie. Sie erfüllt alle Aspekte einer Wahldemokratie und bietet zusätzlich noch eine Reihe bürgerlicher Freiheiten. Eine liberale Demokratie stellt demnach immer auch eine Wahldemokratie dar, während dies umgekehrt nicht der Fall sein muss (Rosenberger 2009).

Die Systemkonkurrenz zwischen den kommunistischen Systemen und den westlichen Demokratien brachte vielfach eine dichotome Unterscheidung zwischen freien Demokratien (Wahldemokratien) und nicht freien Regimen (autonom und totalitär) hervor. Die Ausbreitung der Demokratien¹ und die vergrößerte Bandbreite ihrer Qualität brachten nach dem Wegfall der kommunistischen Regime breiter gefasste Demokratiebegriffe mit sich, um der vergrößerten Bandbreite Rechnung tragen zu können (Campbell, Barth 2009).

Breitere Demokratiedefinitionen basieren auf Wahldemokratien bzw. liberalen Demokratien und fügen noch gewisse, als wichtig erachtete, Elemente hinzu.

Ein Beispiel für eine breiter gefasste Definition ist die Soziale Demokratie. „Die Theoretiker der Sozialen Demokratie wollen mehr als nur die Bürgerrechte des liberalen Rechts- und Verfassungsstaates. Sie streben auch nach Sozial- und Wirtschaftsdemokratie“ (Schmidt 2019: 217). Politische Rechte und Pflichten umfassen hier auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Einrichtungen, so ist etwa ein Ausbau des Sozialstaates und eine Minimierung sozialer Ungleichheit unerlässlich um einer Despotie wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Mächte vorzubeugen.

Eine gemäßigte Variante der Sozialen Demokratie ist der Soziale Rechtsstaat, eine Demokratieform

¹ Nach Freedom House waren 1972 29 Prozent der Staaten frei, bis 2005 stieg der Wert auf 46 Prozent und fiel bis 2018 schließlich auf 44 Prozent

in der der Staat die Sozialordnung aktiv mitgestaltet. Radikale Varianten orientieren sich mehr an marxistischen Vorstellungen und streben Ergebnisgleichheit mit der Botschaft „Demokratie ist Gleichheit“ an (Schmidt 2019: 219).

Breiter gefasste Demokratiedefinitionen haben üblicherweise enger gefasste Definitionen als Basis², können also in Staaten verwendet werden welche bereits über funktionierende liberale Demokratien verfügen. In einer Analyse von Staaten, welche ein solches Niveau noch nicht erreicht haben wäre das Verwenden einer breiten Definition wenig sinnvoll. Auch die EU, ohne dass sie sich selbst auf eine genaue Definition festlegen würde, setzt bei ihrer Demokratieförderung den Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Institutionen, der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte, alles Aspekte welche zur Etablierung einer liberalen Demokratie erforderlich sind.

Im weiteren Verlauf der Arbeit soll also auf eine engere Definition der liberalen Demokratie zurückgegriffen werden, da eine breitere nicht zielführend wäre und sowohl die EU, als auch die verwendeten Indizes Freedom House und der Bertelsmann Transformationsindex, engere Definitionen verwenden.

1.1.2 Demokratisierung

Die Begriffe der Demokratisierung und der Demokratie sind eng miteinander verbunden. Die Demokratisierung, im Gegensatz zur Staatsform der Demokratie, beschreibt die Entstehung und den Prozess, hin zu einer Demokratie. Die Machtausübung wird in diesem Prozess demokratisch legitimiert und die politische Macht geht von einer oder mehreren sozialen Gruppen über auf institutionalisierte Verfahren. Der Prozess kann zeitlich ausgedehnt und mit Hindernissen versehen sein. „Democratization may extend over a long period of time, it is a process of struggle often marked by key junctures – breakthroughs, reversals, crises, and resolutions“ (Carothers 2009: 7).

2 Anzumerken ist, dass alle hier verwendeten Definitionen eine westliche Sichtweise auf Demokratie repräsentieren. Andere Systeme, welche sich selbst als demokratisch sehen, setzen ihre Schwerpunkte vollkommen unterschiedlich. So handelt China etwa nach dem Motto „Alles für das Volk, nichts durch das Volk“, eine Denkweise die in Europa nicht fremd ist, jedoch kaum mit Demokratie in Verbindung gebracht wird. Die Effizienz des Systems und damit der maximale Output für die Bürger steht im Vordergrund, persönliche Freiheitsrechte etc. werden nur bedingt als für die Demokratie notwendig erachtet. Das chinesische Konzeption kommt der deliberativen Demokratie nach Jürgen Habermas recht nahe (Schanding 2016: 3)

1.1.3 (Externe) Demokratieförderung

„Demokratieförderung (D.) ist ein relativ junges Handlungsfeld nationaler und internationaler Politik, staatlicher Und nichtstaatlicher Akteure, zur Unterstützung von Prozessen politischer und gesellschaftlicher → Demokratisierung. Sie variiert je nach Regimetyp und demokratischem Entwicklungsstand. In (a) → autoritären Regimen ist sie auf → Systemwechsel ... gerichtet“ (Leininger 2007: 67)³.

Sandschneider definiert Demokratieförderung als „die Summe aller Versuche externer Akteure ... , die darauf abzielen, in einem angebbaren Zielland Grundmuster politischer Entscheidungsfindung und Ordnung dahingehend zu verändern, daß sie mindestens den Minimalkriterien demokratischer Ordnungen entsprechen“ (Sandschneider 2003: 3), wobei als externe Akteure all jene Akteure bezeichnet werden, die vom Ausland aus eine Einflussnahme im Zielland anstreben. Herkunftstaaten dieser Akteure sind in der Regel demokratische Staaten, Ziele sind üblicherweise Staaten, in denen der Transformationszyklus bereits begonnen hat.

1.2 Hintergründe zu Zentralasien

1.2.1 Geographischer und historischer Raum

Zentralasien wird durch Wüsten, Steppen und Hochgebirge von all seinen Nachbarn getrennt und war aus chinesischer, iranischer, byzantinischer und später russischer und europäischer Sicht immer eine schwer zugängliche, periphere Landmasse (Fragner 2006a). Auf der anderen Seite war Zentralasien im Zentrum der erwähnten Reiche, womit dem Raum eine verbindende Wirkung zukam. Eine Selbstzuschreibung der Bewohner als „Zentralasiaten“ blieb bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts vollständig aus, zu unterschiedlich waren die Kulturen und Völker. Erst danach kam es zu einer Definition von außen, den Grenzziehungen und der Bildung von Staaten.

Die hier verwendete Definition von Zentralasien bezieht sich auf das Gebiet der ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken, der heute unabhängigen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

Geographisch ist die Region im Norden vom südsibirischen Waldgürtel, im Osten und Südosten von

³ Zur besseren Lesbarkeit wurden verwendete Abkürzungen ausgeschrieben

den Gebirgen des Altai, des Tienschan und des Pamir, im Süden vom Hindukusch und vom Kopet-Dag-Gebirge und im Westen vom Kaspischen Meer begrenzt (Hofmeister 2015: 121). Die Landschaftsregionen gestalten sich sehr vielfältig. Der Norden Kasachstans umfasst den Steppengürtel, der den eurasischen Kontinent durchzieht. Nach Süden hin geht die Steppe in halbwüsten- und wüstenhafte Gebiete über. Zwei größere Flüsse durchziehen die Wüstenregionen, der Amudarja und der Syrdarja, beide entwässern in den Aralsee. Die Wirtschaft der Staaten im Einzugsgebiet ist noch immer stark an den beiden Flüssen ausgerichtet. Der südliche und südöstliche Saum Zentralasiens ist durch Gebirge gekennzeichnet, welche teilweise reich an Rohstoffen sind (Stadlbauer 2007: 11-14).

Politisch entstand der Raum Zentralasien im 19. Jahrhundert als Russland und England im „Great Game“ als direkte Rivalen aufeinandertrafen. Russland, schon ab Mitte des 16. Jahrhunderts Herr über Sibirien, richtete im frühen 18. Jahrhundert seinen Blick auf Zentralasien und begann von Norden her mit der Eroberung. Großbritannien, Herr über Indien, wiederum fürchtete eine Bedrohung seiner Kolonie von russischer Seite und versuchte seinen Einfluss auszuweiten. 1887 kam es zur Festlegung der afghanischen Nordgrenze, womit Afghanistan zu einem Pufferstaat wurde und ein direkter Kontakt der beiden Mächte vermieden wurde⁴. Die heute gültigen Grenzen nach außen wurden im Groben festgelegt. Der Großteil Zentralasiens wurde russisch, die Grenze zu Afghanistan wurde durch die Flüsse Pamir und Pandsch definiert. Die Grenze nach Osten war hingegen länger kaum definiert. Das heute chinesische Gebiet Xinjiang war bis 1948 teils direkt russisches Gebiet, teils unter starkem russischen und sowjetischen Einfluss. Der genaue Grenzverlauf war lange umstritten, so klärten Tadschikistan und China erst 2011 einen jahrelangen Streit und Tadschikistan trat 1000 km² an China ab (BBC 2011).

Es sind auch weitere Definition von Zentralasien möglich. Teilweise werden das südliche Sibirien und die Mongolei, Afghanistan und der nördliche Iran und in gewissen Fällen auch der Kaukasus miteinbezogen (Fragner 2006a).

⁴ Der Wakhankorridor, ein schmaler afghanischer Streifen zwischen dem heutigen Tadschikistan und Pakistan ist ein Relikt des „Great Game“.

1.2.2 Historischer Hintergrund

Antike bis russische Phase

Bereits in der Antike entwickelte sich in Zentralasien ein System aus sesshaften Bewohnern in den fruchtbaren Tälern und an Oasen, sowie von Nomaden in den Steppenregionen und in den Hochgebirgen. Teils war die Region Peripherie von Großreichen wie dem der Achämeniden, teils konnten sich eigene Reiche bilden.

Ab dem Beginn des 8. Jahrhunderts begannen die arabischen Umayyaden mit der Eroberung des südlichen Zentralasien und brachten den Islam in die Region. Zentralasien wurde somit zum Teil eines Reiches, welches sich vom Atlantik bis Indien erstreckte (Fragner 2006c: 84f). Der importierte islamische Einfluss hinterließ bleibende Spuren, sowohl unter den Nomaden als auch unter der sesshaften Bevölkerung. Diese Prägung war in der Anfangszeit vor allem in den Städten des Südens sehr ausgeprägt. Buchara, Samarkand und andere entwickelten sich zu Zentren der islamischen Gelehrsamkeit (Hofmeister 2015: 122, Krämer 2007: 54).

Im 13. Jahrhundert wurde die Region von den Mongolen unter Dschingis Khan erobert und erlebte unter der Pax Mongolica eine wirtschaftliche Blüte. Die Seidenstraße, bereits seit der Antike Verbindungsglied zwischen dem Mittelmeerraum im Westen und China und Indien im Osten, wurde stark ausgebaut und erlebte ihre Hochzeit (Fragner 2006b: 107). Nach dem Zerfall des Mongolenreiches eroberte Timur Lenk, von der Umgebung Samarkands ausgehend, ein Großreich, womit Zentralasien selbst zum Zentrum eines solchen wurde. Das Reich zerfiel nach kurzer Zeit, doch der Urenkel Timur Lenks begründete das Mogulreich in Indien, was unter anderem Persisch, bis zum Übergang aufs Englische, in ganz Indien zur wichtigsten Kommunikationssprache aufsteigen ließ (Fragner 2006c: 98).

Die verbindende Funktion verlor Zentralasien ab ca. 1500. Zu dieser Zeit etablierte sich der Seehandel von Asien nach Europa, womit die Seidenstraße an Bedeutung verlor (Eschment 2010: 140) und die persischen Safawiden führten die Zwölfer-Schia ein, womit der Kontakt zur übrigen islamischen Welt stark eingeschränkt wurde. Dies in Kombination mit religiösem Dogmatismus und einer zunehmenden Diskrepanz zwischen der sesshaften, wirtschaftlich und kulturell dominierenden Oberschicht und den militärisch dominierenden Reiternomaden führte zu einem wirtschaftlichen Niedergang und zu einer Zersplitterung in konkurrierende Kleinstaaten (Hofmeister 2019: 76).

Ab dem 17. Jahrhundert trat Russland als neuer Akteur in Zentralasien in Erscheinung. Handelskontakte waren schon zuvor vorhanden gewesen, russische Truppen stießen jedoch erstmals 1717/18 in den Raum, genau nach Chiva vor. Diese Expedition war nicht von Erfolg gekrönt und fortan

verfolgte das Zarenreich eine Politik der kleinen Schritte und eignete sich nach und nach die kasachische Steppe an. Ab der Mitte des 18. Jahrhunderts gab es auch wieder militärische Vorstöße, diesmal erfolgreicher. Das Khanat von Chiva wurde als letzte größere politische Einheit 1873 unterworfen und bis 1895 wurden noch Gebiete im heutigen Turkmenistan und Tadschikistan hinzugefügt (Hofmeister 2019: 79). Mit der Jahrhundertwende war Zentralasien zwischen den Großmächten Russland, Großbritannien und China, welches sich Xinjiang und Tibet einverleibte⁵, aufgeteilt und damit wieder Teil von Imperien geworden.

Chiva und Buchara wurden Protektorate des Zarenreichs, die restlichen Gebiete wurden direkt in Form des Generalgouvernements Turkestan eingegliedert. Dies war äußerst heterogen, grenzte im Norden an russisches Kernland und wurde von dort aus von Siedlern aus dem europäischen Teil Russlands kolonisiert. Der Norden Kasachstans, Steppengebiete in denen Landwirtschaft möglich war, war auch die Region mit dem größten europäischen Bevölkerungsanteil. In südlicheren Gegenden waren die fruchtbaren Täler bereits dicht besiedelt und europäische Siedler, deutlich geringer an Zahl, konzentrierten sich auf die größeren Städte (Kappeler 2006: 140f).

Die Gebiete Zentralasiens wurden während der Zarenzeit zunehmend wirtschaftlich an das Zentrum angebunden, wobei sie hauptsächlich die Rolle als Rohstofflieferant einnahmen und Baumwolle die dominierende Ware wurde (Stadelbauer 1993). Russland verfolge auch eine zivilisatorische Mission, betrieb diese jedoch nur halbherzig, so dass russische Schulen sich nie gegen Islamschulen behaupten konnten und russische kulturelle Einrichtungen auf direkte Siedlungsgebiete und große Städte beschränkt blieben.

Sowjetische Phase

1916 brach in Zentralasien ein Aufstand aus und 1917 erfasste die Region der Bürgerkrieg, welcher bis 1920 dauerte und mit dem Sieg der Bolschewiki endete. Dieser Herrschaftswechsel brachte gravierende Änderungen mit sich. Die zaristische Zivilisierung wurde geächtet und an ihre Stelle trat die Modernisierung im sozialistischen Sinn, wobei diese Modernisierung wieder vom europäischen Teil Russlands ausging (Hofmeister 2019: 387ff). Die Etablierung eines nationalen Paradigmas war ein Kernelement dieser Modernisierung und so wurden in Zentralasien 1924 die fünf Sowjetrepubliken Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan gegründet, und die Bewohner anhand gewisser definierter Merkmale einer dieser Nationen zugeordnet⁶. Bis

5 Die Chinesische Herrschaft war zu Beginn praktisch nur auf dem Papier gegeben. In Verträgen waren die Gebiete China zugesprochen, aufgrund der chinesischen Schwäche konnte die Herrschaft in der Peripherie jedoch erst später effektiv ausgeübt werden

6 Hintergrund war die Überzeugung führender Kommunisten, dass „Nationen“ eine wesentliche Entwicklungsstufe darstellten um ein kapitalistisches Klassenbewusstsein herzustellen, welches wiederum erforderlich für die

1936 erhielten alle fünf Gebietseinheiten den Status von Sowjetrepubliken, was nach der Auflösung der Sowjetunion zu ihrer Unabhängigkeit führte. Die Grenzziehung wurde, sofern möglich, anhand ethnischer Grenzen gezogen, was sich als äußerst heikel erwies, da in Zentralasien der vorsowjetischen Zeit das Konzept der Ethnizität weitgehend unbekannt war. Ethnien wurden anhand sprachlicher Merkmale definiert, jedoch waren die Bewohner der Flussoasen oft bilingual und sprachen sowohl persische als auch türkische Dialekte (Geiß 2006: 164).

Ein weiteres Element der Modernisierung war die Einführung der lateinischen Schrift anstelle der arabischen. Dies in Kombination mit zunehmend nach außen verschlossenen Grenzen führte zu einer starken Isolation gegenüber ausländischen muslimischen Gebieten (Geiß 2006: 161f; Hofmeister 2015: 133). Gleichzeitig schritt die Integration in den sowjetischen Staat weiter voran. Die Infrastruktur wurde weiter ausgebaut, was die Möglichkeit eröffnete, weiter auf die Produktion von Baumwolle zu setzen und gleichzeitig die Produktion von Nahrungsmitteln zu vernachlässigen, welche vermehrt aus Sibirien importiert wurden. Die Landwirtschaft wurde zunehmend kollektiviert, was vor allem die Nomaden hart traf. So verlor Kasachstan 1927 rund 90 Prozent seines Viehbestandes und in weiterer Folge ein Drittel seiner Bevölkerung (Mark 2007: 576f). Gleichzeitig kam es zu einer Ausweitung der russischen Sprache. Die Wehrpflicht wurde auf die zentralasiatische Bevölkerung ausgeweitet, wobei die alleinige Sprache der Roten Armee Russisch war, Russisch wurde in allen Schulen gelehrt und 1939/40 kam es zu einer Umstellung vom lateinischen auf das kyrillische Alphabet. Nach dem zweiten Weltkrieg kam es zu einer weiteren Ausweitung der Bestrebungen zur Russifizierung. Russisch wurde als Unterrichtssprache forciert und sollte zur zweiten Muttersprache aller Sowjetbürger werden (Hofmeister 2015: 135). Auch kam es zu einer Angleichung des Alltags nach sowjetischem Muster. Speisen, Kleidung und Wohnformen wurden nach sowjetischer Art gestaltet (Florin 2019: 72).

Neben der Schaffung von Nationen und der Russifizierung sind der von der Sowjetunion etablierte Partei und Verwaltungsapparat von hoher Bedeutung. Die von den Sowjets etablierten Strukturen überstanden den Zerfall der Sowjetunion in den meisten Republiken weitgehend unbeschadet und prägen noch heute die Politik. Die Republiken wurden in verschiedene Verwaltungsebenen unterteilt. Im Zentrum standen die jeweiligen Kommunistischen Parteien, welche je ein Politbüro und Zentralkomitee unterhielten, denen alle anderen landesweiten Parteiorgane untergeordnet waren. Gleichzeit erhielten sich, in unterschiedlicher Ausprägung, Formen tribularer Sozialorganisation, in denen Verwandtschaftsbeziehungen eine wichtige Rolle spielten. Ab den 1970er Jahren kam es zu einem Stopp der Integration der zentralasiatischen Republiken in den sowjetischen Gesamtstaat. Moskau mischte sich politisch immer weniger ein und gewährte den Republikführern einen relativ

fortschrittlichere Entwicklungsstufe des Sozialismus war.

großen Handlungsspielraum. Ab 1949 stieg auch der Anteil der Zentralasiaten an Parteikadern und langsam besetzten sie auch höhere Posten (Eschment 2010: 150f). Bis zum Zerfall der Sowjetunion bildeten sich ausgedehnte Patronagennetzwerke und ein alle politischen Bereiche umfassender Klientelismus mit den Republikführern an der Spitze⁷. Wenn es zu Änderungen an der Spitze, sei es durch Todesfälle oder Auswechslungen durch Moskau, kam, etablierten die neuen Generalsekretäre rasch neue Netzwerke (Geiß 2006: 170-173). Versuche Moskaus, diese Netzwerke aufzulösen blieben, nicht zuletzt wegen der Schwäche des sowjetischen Staates in seiner Spätphase, ohne größere Erfolge. Die Eliten, welche den Republiken vor ihrer Unabhängigkeit vorstanden, blieben bestehen. 1985 kamen Saparmurat Nijasow in Turkmenistan, Absamat Masalijew in Kirgisistan und Kachar Machkamow in Tadschikistan an die Macht. 1989 folgten Islam Karimow in Usbekistan und Nursultan Nasarbajew in Kasachstan. Nijasow, Karimow und Narsarbajew tauschten 1990/91 das Amt des KP-Vorsitzenden gegen das des Präsidenten (Halbach 2007: 87).

Die Haltung der Sowjetunion zum vorherrschenden Islam unterteilt sich in verschiedene Phasen. In den 20er und 30er Jahren herrschte ein Kampf gegen die Religion samt stalinistischen Säuberungen, es folgte eine moderatere Politik während und kurz nach dem 2. Weltkrieg, gefolgt von einer antireligiösen Kampagne 1958-64 und der Einstellung dieser unter Breschnjew. Eine letzte große anti-Islam-Kampagne fand in den 1980er Jahren statt (Krämer 2007: 59, 60). Die Eliten der Republiken waren, ganz nach Moskauer Linie, säkular bis islamkritisch eingestellt und behielten diese Haltung auch nach der Unabhängigkeit der Republiken bei.

In den letzten Jahren der Sowjetunion häuften sich auch in Zentralasien die Probleme. Innerhalb der Sowjetunion verloren die Republiken, nach Ende des Krieges in Afghanistan, strategisch an Bedeutung. Qualifiziertes Militärpersonal wurde abgezogen, was die angespannte wirtschaftliche Situation zusätzlich verschärfte. Diese litt seit längerem an Misswirtschaft, hervorgerufen unter anderem durch das patrimoniale System, hohen Geburtenraten, die zu hoher Arbeitslosigkeit führten, und ihrer Lage an der Peripherie (Geiß 2006: 176-179).

Unabhängige Republiken:

Die zentralasiatischen Republiken strebten, im Gegensatz zu ihren Pendants im europäischen Teil der Sowjetunion, keine Unabhängigkeit an, sondern eine verstärkte Partizipation. Beim Referendum im März 1991, welches in der gesamten Sowjetunion abgehalten wurde, stimmte die Mehrheit (90-95%) für den Verbleib in der Union. So kam es auch, dass die zentralasiatischen Republiken ihre Unabhängigkeit erst sehr spät erklärten, Kasachstan etwa erst am 16. Dezember 1991, einem Zeit-

7 In der Literatur wird oft von der „patrimonialen Ära“ gesprochen (vgl. Kap. 6.2.2, Eschment 2010, Geiß 2006)

punkt als die Union bereits nicht mehr existierte (Eschment 2010: 150-152).

Mit dem Zerfall der Sowjetunion entstanden die fünf Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Sie wiesen in gewissen Bereichen Gemeinsamkeiten auf, in anderen starke Unterschiede.

Zu den Gemeinsamkeiten zählen ihre erstmalige Unabhängigkeit. Keiner der Staaten wies in seiner Geschichte einen Vorgängerstaat im modernen Sinn auf. Eine weitere Gemeinsamkeit war ihre ethnische Inhomogenität. Wie bereits beschrieben waren Nationalitäten in Zentralasien eine sowjetische Kreation und nicht immer vollkommen trennscharf. Die Republiken wiesen Grenzverläufe auf, die nach den nationalen Zugehörigkeiten gezogen wurden. Dies führte zu sehr verschlungenen Grenzen mit zahlreichen Exklaven. Zusätzlich hatten alle Staaten beträchtliche ethnische Minderheiten im Land. In Kasachstan lebten fast so viele Russen wie Kasachen, wobei der Anteil der Kasachen unter 40% der Gesamtbevölkerung ausmachte⁸. Auch Kirgisistan wies einen hohen nicht-kirgisischen Bevölkerungsanteil von knapp 50% auf, wobei rund 21% auf Russen und 13% auf Usbeken entfielen. In Tadschikistan waren 62% der Bevölkerung Tadschiken, 23% Usbeken und 8% Russen. Turkmenistan beherbergte 72% Turkmenen, 9% Russen und 9% Usbeken. In Usbekistan lebten 1991 rund 71% Usbeken, 8% Russen und je 4% Tadschiken und Kasachen. Alle Staaten hatten des weiteren zahlreiche andere Minderheiten, u.a. Deutsche, Ukrainer, Koreaner etc. Vor allem der hohe Anteil an Russen wurde in den jungen Republiken oft als potentieller Konfliktpunkt gesehen, da sich Russland nach wie vor als Schutzherr der Russen im Ausland verstand und das „Nahe Ausland“ als nach wie vor in seinem Einflussbereich sah (Eschment 2010: 152-154).

Eine weitere Gemeinsamkeit ist die Binnenlage der zentralasiatischen Staaten. Keiner von ihnen verfügt über einen Meerzugang, wobei Usbekistan sogar durch zwei Staaten vom Meer getrennt ist. Dies erschwert die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Staaten, welche auf Transitmöglichkeiten von außen hin angewiesen sind.

Auch in religiöser Hinsicht sind sich die Republiken relativ ähnlich. In allen ist der sunnitische Islam vorherrschend, wobei es zahlreiche Minderheiten gibt, vor allem orthodoxe Christen, die dominante Konfession der russischen Minderheiten.

Neben den zahlreichen Gemeinsamkeiten gibt es nicht weniger Unterschiede. Die zentralasiatischen Republiken starteten wirtschaftlich mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen. Kasachstan und Turkmenistan konnten stark auf Rohstoffe, vor allem Erdöl und -gas bauen, Usbekistan war stark von Baumwolle abhängig, Kirgisistan war von der Landwirtschaft geprägt und Tadschikistan star-

⁸ Die landwirtschaftlich nutzbaren Gebiete, vor allem Nordkasachstans, waren ab der Zarenzeit Siedlungsgebiet für Bauern aus dem europäischen Teil des Zarenreiches. Ab den frühen 1940er Jahren wurden unliebsame Bevölkerungsgruppen im großen Stil nach Kasachstan deportiert. So etwa wurde der Großteil der deutschstämmigen Bevölkerung Russlands nach Kasachstan und Sibirien gebracht, was den Anteil der Kasachen bis 1959 auf rund 30% schrumpfen ließ (Zardykan 2004)

tete als das Armenhaus der Sowjetunion, weitgehend ohne erschlossene Rohstoffe, Industrie und mit nur geringen landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, in die Unabhängigkeit.

1.2.3 Die politische und wirtschaftliche Entwicklung seit 1991

Kasachstan

Kasachstan startete mit einer Bevölkerung von rund 16 Millionen in die Unabhängigkeit. Dieser Wert erhöhte sich bis 2018 auf rund 18 Millionen. 1991 hielten sich der kasachische und der russische Bevölkerungsanteil mit je rund 40% in etwa die Waage. In den Jahren nach der Unabhängigkeit kam es zu einer starken Abwanderung der russischen und anderer Bevölkerungsteile, so dass der Anteil der kasachischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung auf knapp 70% stieg und der der russischen auf rund 20% sank (UN DESA/ Population Division, World Bank).

Wirtschaftlich war und ist Kasachstan das potenteste Land Zentralasiens, sowohl das BIP als auch das BIP/Kopf betreffend. Zur Zeit der Unabhängigkeit war es das einzige Land mit nennenswerter Industrie und verfügte zusätzlich über beträchtliche Rohstoffvorkommen. Das BIP stieg von 85 Mrd. \$ 1991 auf 186 Mrd. \$ 2017 und das BIP/Kopf von 5 200 auf 10 800 \$ (World Bank). Wichtigster Wirtschaftszweig und Einnahmequelle ist die Förderung von Rohstoffen, allem voran Erdöl. Jedoch ist Kasachstan nicht in dem Maße wie andere Staaten auf Erdöl angewiesen, sondern fördert auch Erdgas, Metalle wie etwa Uran und Bauxit und verfügt auch über, für die Region stark ausgebaute, Industrie und einen wachsenden Finanzsektor.

Die politische Entwicklung verlief nach der Unabhängigkeit, zum Erstaunen mancher Beobachter, relativ stabil. Der bereits zu Sowjetzeiten regierende Nursultan Nasarbajew wurde 1991, ohne Gegenkandidaten, zum Präsidenten gewählt. Er propagierte ein „Kasachstanisches Projekt von Nationsbildung“, mit dem er beabsichtigte die nicht kasachischen Bevölkerungsteile zu integrieren. Zwar konnte eine starke Abwanderung nicht verhindert werden, jedoch blieben ethnische Konflikte weitgehend aus (Halbach 2006: 206). Nasarbajew wurde in den folgenden fast drei Jahrzehnten bis zu seinem Rücktritt 2019 mehrfach wiedergewählt, wobei die Wahlen laut OSZE und anderen Beobachtern als nicht frei eingestuft wurden, und baute seine Kompetenzen durch Verfassungsänderungen weiter aus (OSCE 2019). Auch entwickelte sich ein beträchtlicher Personenkult. Sein Nachfolger Kassym-Schomart Tokajew wurde am 9. Juni 2019 mit 70,96% der gültigen Stimmen gewählt und gilt als Vertreter des Systems Nasarbajew und seine Wahl wurde von Protesten begleitet. (Böttger,Braun,Plottka: 2019: 303)

Kirgisistan

Kirgisistan hatte 1991 eine Bevölkerung von knapp 4,5 Millionen, welche bis 2017 auf rund 6,3 Millionen stieg. Auch hier stieg der Anteil der kirgisischen an der Gesamtbevölkerung stark an, von gut 50% auf knapp 75%, vor allem auf Kosten der russischen Bevölkerung, deren Anteil von 21% auf 5% schrumpfte (UN DESA/ Population Division, World Bank).

Das BIP Kirgisistans wuchs von 1991 bis 2017 von rund 4 Mrd. auf rund 6 Mrd. \$. Das BIP/Kopf stieg im gleichen Zeitraum von 970 auf 1070 \$ (World Bank). Die Kirgisische Wirtschaft war zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit stark an die sowjetische gebunden, was in den ersten Jahren zu starken Einbrüchen führte. Eine Erholung setzte nur langsam ein, bedingt durch Korruption und kaum erschlossene Rohstoffvorkommen. Die Wirtschaft war stark landwirtschaftlich geprägt und ein großer Teil der Einnahmen wurde durch Gastarbeiter in Russland erwirtschaftet (Böttger, Braun, Plottka: 2019: 302). In den letzten Jahren kam es zu einer Liberalisierung der Wirtschaft und der verstärkten Ausbeutung von metallischen Rohstoffen, allem voran Gold, was zu einer Diversifizierung der Wirtschaft und zu einem Zurückdrängen der landwirtschaftlichen Dominanz führte.

Nach der Unabhängigkeit Kirgisistans konnte sich das Parlament nicht darauf einigen, ob der Parteichef oder der Ministerpräsident das Amt des Präsidenten bekleiden sollte, so dass Askar Akaev, der Präsident der Akademie der Wissenschaften, als Kompromisskandidat gewählt wurde. Im Hintergrund tobte ein Konflikt zwischen den Machteliten aus den nördlichen und südlichen Teilen des Landes. Zu Beginn versuchte der Präsident eine marktliberale Demokratie zu etablieren. Die demokratischen Bemühungen erwiesen sich jedoch als weitgehend erfolglos, da es keinen institutionellen Hintergrund gab und der demokratische Gedanke in der Bevölkerung nicht verankert war. Ab 1994 folgte Akaev dem zentralasiatischen Trend und die Machtverhältnisse im Land verschoben sich hin zum Präsidenten. Auch wirtschaftlich erwies sich der eingeschlagene Weg als problematisch und die sozialökonomischen Probleme konnten nicht gelöst werden (Halbach 2006: 207-208). Akaev wurde 2005 im Zuge der „Tulpenrevolution“ gestürzt und durch Bakijew ersetzt (Shairbek 2008). 2010 kam es zu Ausschreitungen im Land. Im Süden kam es zu Zusammenstößen zwischen Kirgisen und Usbeken, in Städten des restlichen Landes zu Protesten gegen den Präsidenten, der es nicht geschafft hatte die Wirtschaftskrise der letzten Jahre zu lösen und zunehmend autoritär regierte. Bakijew wurde gestürzt und im Herbst fand ein Referendum für eine Verfassungsänderung mit anschließenden Parlamentswahlen statt. Beide wurden von der OSZE als frei eingestuft und ebneten den Weg für ein Parlamentarisches System, das erste in Zentralasien (OSCE 2010 (a,b)). Auch die Parlamentswahlen 2015 (OSCE 2016) und die Präsidentschaftswahlen 2017 (OSCE 2018) wurden als weitgehend frei eingestuft, wobei vor allem 2017 auch Bedenken kundgetan

wurden. Auch die Korruption bleibt jedoch weiterhin ein Problem. 2019 wurde der ehemalige Präsident Almasbek Atambajew der Korruption beschuldigt. Bei seiner Festnahme kam es zu Protesten und Ausschreitungen (Zeit Online 2019).

Tadschikistan

Tadschikistan hatte 1991 eine Bevölkerung von 5,4 Millionen welche bis 2017 auf 8,9 Millionen stieg. Der Anteil der Tadschiken stieg von 62% auf über 84% 2010. Die knapp 8% Russen verließen das Land fast zur Gänze, der Anteil der Usbeken verringerte sich von 23,5% auf 13,8% (UN DESA/ Population Division, World Bank).

Das BIP wuchs von 5,57 Mrd. \$ 1991 auf 7 Mrd. \$ 2015 und das BIP/Kopf schrumpfte im gleichen Zeitraum von 1161 \$ auf 1015 \$ wobei es 1996 den Tiefstand von 365 \$ erreichte (World Bank). Für diesen Einbruch ist, neben dem auch in anderen Staaten Zentralasiens und Osteuropas durch den Zusammenbruch des Kommunismus bemerkbaren Einbruch der Wirtschaft, der Bürgerkrieg hauptverantwortlich.

Tadschikistan war stets in hohem Maße von Überweisungen tadschikischer Arbeiter aus dem Ausland, hier vor allem aus Russland, abhängig, die Zeitweise über 50% der Wirtschaftsleistung ausmachten. Tadschikistan ist dadurch anfälliger als andere Länder für Wirtschaftskrisen, in denen ausländische Arbeiter ohne Ausbildung eines der ersten Ziele von Entlassungen sind (Böttger, Braun, Plottka: 2019: 302). Außerdem von Bedeutung sind die Landwirtschaft und vor allem der Bergbau. Landwirtschaftlich sind nur 7% der Staatsfläche nutzbar, diese werden jedoch sehr intensiv bewirtschaftet, wobei Baumwolle das wichtigste landwirtschaftliche Produkt darstellt. Die Förderung von Rohstoffen ist mittlerweile der wichtigste Wirtschaftszweig, führend sind die Förderung von Gold, Zink und Blei, jedoch werden auch zahlreiche andere Erze gefördert. Zusätzlich ist das gebirgige Land gut geeignet zur Stromproduktion, was es zum Stromexporteur macht und den Betrieb der größten Aluminiumfabrik Zentralasiens ermöglicht (World Bank, TALCO 2019).

Politisch startete Tadschikistan von den zentralasiatischen Republiken am chaotischsten in die Unabhängigkeit. Der ehemalige oberste Sowjet und neuer Präsident Nabiyeu konnte sich nicht durchsetzen und es brach ein Bürgerkrieg aus. Vier größere, die Democratic Party of Tajikistan (DPT), die nationale Koalition „Rastokhez“, die Islamic Rebirth Party/ Islamische Partei der Wiedergeburt (IRP) und eine lokale Partei, welche die Region Pamir kontrollierte, und mehrere kleinere Parteien, sowie ausländische Staaten, vor allem Russland und Usbekistan, waren involviert. Die Parteien repräsentierten vor allem unterschiedliche politische Clans aus verschiedenen

Regionen des Landes. Nabyew und sein Clan stammten aus dem Norden, während der große Sieger Rahmon aus der Gegend von Kulob stammt. Auch trat der Islam erstmals durch die IRP als politische Kraft in Erscheinung. 1997 wurde ein Friedensvertrag unterzeichnet, in dem Rahmon als Präsident bestätigt wurde und den oppositionellen Gruppierungen Regierungsbeteiligungen zugesagt wurden (Atkin 1997). Diese „nationale Versöhnung“ funktionierte weitgehend, auch wenn nicht alle Konflikte gelöst werden konnten. Rahmon schaffte es seine Macht zu konsolidieren und wurde 1999 zum ersten Mal wiedergewählt. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten baute er Tadschikistan zu einem autokratischen Staat aus, in dem die Kompetenzen beim Präsidenten konzentriert waren und der geschaffene politische Pluralismus stark eingeschränkt wurde (Halbach 2006: 209-210). 2015 wurde die Islamische Partei der Wiedergeburt verboten und zur terroristischen Vereinigung erklärt. Der Chef der Spezialkräfte der tadschikischen Polizei, Oberst Gulmurod Khalimov, lief ebenfalls 2015 zum IS über, was Rahmon weiter in der Ansicht bestärkte, der Islam sei eine Bedrohung (Tynan 2016: 88-90).

Turkmenistan

Die Bevölkerung Turkmenistans stieg von 1991 bis 2017 von 3,8 auf 5,75 Millionen. Der Anteil der Turkmenen stieg von 72 auf 86%, der der Russen und Usbeken fiel von je rund 9% auf 6% bzw. 5% (UN DESA/ Population Division, World Bank).

Aufgrund der politischen Situation im Land sind exakte Wirtschaftsdaten nicht erhältlich. Die Weltbank schätzt einen Anstieg des BIP von 1992 bis 2010 von 1,64 auf 22,27 Mrd. \$, die CIA schätzt das BIP für 2017 auf 37,93 Mrd. \$ (CIA 2019). Dies würde einen Anstieg des BIP/Kopf von 2 845 \$ 1991 auf 18 200 \$ 2017 bedeuten.

Die wirtschaftliche Stärke Turkmenistans ist vor allem auf den Gasreichtum zurückzuführen. Am Ende der Sowjetunion war die turkmenische SSR zweitgrößter Produzent von Gas nach der russischen. Mit der Unabhängigkeit erlangte Turkmenistan die Kontrolle über die Förderung, das Transportsystem war jedoch weiterhin auf das russische Zentrum ausgerichtet. Russland versuchte dies als Druckmittel einzusetzen, Turkmenistan wiederum versuchte seine Abhängigkeit zu verringern und baute Pipelines unter anderem in den Iran, nach China und in Zukunft Afghanistan, Pakistan und Indien (Anceschi 2017). China ist aktuell der bei weitem größte Abnehmer für turkmenisches Gas (OEC 2017d).

Politisch war Turkmenistan schon während der späten Phase der Sowjetunion konservativer als andere zentralasiatische Republiken. Die Führungsschicht rund um Saparmurad Nijazov, welcher seit 1985 an der Macht war, stellte sich entschieden gegen Perestrojka und Glasnost und waren für

eine Beibehaltung der Union. Nach der Unabhängigkeit errichtete Nijazov schnell ein autoritäres Regime mit einem ausgeprägten Personenkult. Er knüpfte die nationale Identität stark an seine Person und bezeichnete sich selbst als *Turkmenbashi*, den Vater der Nation (Halbach 2006: 208-209, Sullivan 2016). Nijazov starb 2006 und Berdimuhamedow, der stellvertretende Ministerpräsident und Leibarzt Nijazovs, übernahm das Amt des Präsidenten. Seitdem wurde er mehrmals wiedergewählt, stets mit weit über 90% Zustimmung. Der Personenkult seines Vorgängers wurde nach und nach durch seinen eigenen ersetzt, zahlreiche inszenierte Auftritte sollen seinen Status stärken.

Usbekistan

Die Bevölkerung Usbekistan stieg von knapp 21 Millionen 1991 auf Rund 32,4 Million 2017, womit Usbekistan das bevölkerungsreichste Land Zentralasiens ist. Der Anteil der Usbeken erhöhte sich von 71% auf 84%, der der Russen sank von über 8% auf knapp über 2% und der der Tadschiken blieb mit ungefähr 4% relativ stabil (UN DESA/ Population Division, World Bank).

Das BIP stieg von 18,74 Mrd. \$ auf 60,42 Mrd. \$, das BIP/Kopf von 3 000 auf 6 250 \$. Die Baumwollproduktion war seit der zaristischen Zeit der wichtigste Wirtschaftszweig Usbekistans und gewann in der Sowjetunion noch an Bedeutung. Großangelegte Bewässerungsprojekte führten nicht nur zur wirtschaftlichen Abhängigkeit Usbekistans sondern auch zu massiven Umweltschäden (Stadlbauer 1993: 72-75). Noch heute ist Baumwolle das wichtigste landwirtschaftliche Produkt, jedoch mit sinkender Bedeutung. Die landwirtschaftlich nutzbare Fläche ist weitgehend auf das Ferghana-Becken beschränkt und Anbauflächen werden zunehmend für andere landwirtschaftliche Produkte genutzt. Mittlerweile ist der Bergbau, vor allem der Abbau von Gold, zum bedeutendsten Wirtschaftsfaktor und Devisenbringer geworden. Auch die Industrie und der Tourismus sind, wenn auch noch auf bescheidenem Niveau, wachsende Wirtschaftszweige. Die Regierung bemüht sich um eine liberalere Wirtschaftspolitik, was unter anderem zu einer deutlich differenzierteren Wirtschaftsstruktur als in anderen zentralasiatischen Staaten führt (World Bank).

Ähnlich wie in Turkmenistan waren am Ende der sowjetischen Zeit die Eliten des Landes überaus konservativ eingestellt. Usbekistan wurde von einem Unterschlagungs- und Fälschungsskandal im Baumwollsektor erschüttert und die Versuche Moskaus zur Eindämmung der Korruption wurden von der Elite als nationaler Affront empfunden. 1989 übernahm Islam Karimov die Führung der KP in Usbekistan, er konnte seine Macht jedoch erst 1992 endgültig konsolidieren. Vor allem islamische Gruppierungen hatten seine Position bis dahin bedroht (Halbach 2006: 208). Karimov begründete seinen autoritären Regierungsstil mit einhergehenden nötigen Stabilität in der Anfangsphase der Transformation, behielt diesen jedoch bis zu seinem Tod bei.

2005 kam es zu Unruhen, welche auch eine deutliche Antwort der EU hervorriefen. Dies wird in den Kapiteln 5.3 und 5.4.1 näher behandelt. Karimov wurde mehrere Male wiedergewählt, wobei die OSZE die Wahlen als nicht frei einstufte. Nach dem Tod Karimovs 2016 wurde der Regierungschef Shavkat Mirziyoyev zum neuen Präsidenten bestimmt und später gewählt. Auch diese Wahl wurde von der OSZE als nicht frei eingestuft (OSCE 2017). Mirziyoyev verfolgt einen vorsichtigen Liberalisierungskurs, wobei neue Gesetze großteils erst erarbeitet und wirksam werden müssen oder gar im Gegensatz zu noch gültigen, älteren Gesetzen stehen, was die Umsetzung zusätzlich erschwert. Der Erfolg der eingeschlagenen Liberalisierung ist noch nicht abzusehen (Böttger, Braun, Plottka: 2019: 304).

Wie gezeigt wurde weisen die Staaten Zentralasiens gewisse Gemeinsamkeiten aber auch starke Unterschiede, vor allem im wirtschaftlichen und politischen Bereich, auf. Kasachstan und Turkmenistan verfügen über große Rohstoffvorkommen und einen gewissen Wohlstand, während Kirgisistan und Tadschikistan fast ohne erschlossene Rohstoffvorkommen, noch von großer Armut betroffen sind. Usbekistan verfügt dem gegenüber über eine differenziertere Wirtschaftsstruktur. Dies macht es für die EU schwierig, vergleichbare Maßnahmen zu setzen um die Demokratie in den betroffenen Staaten zu fördern, da etwa wirtschaftlicher Druck oder die Aussicht auf Hilfeleistungen in wohlhabenden Ländern kaum zum Erfolg führen kann. Auch politisch gibt es starke Unterschiede. Kirgisistan ist auf dem Weg sich zu einer liberalen Demokratie zu entwickeln, auch wenn dies noch ein langer Weg ist. Die anderen Staaten entwickelten sich zu mehr oder weniger ausgeprägten autokratischen Systemen. Auch hier wäre die EU gefordert, differenzierte Mittel anzuwenden, um den unterschiedlichen Voraussetzungen Rechnung zu tragen.

Tabelle 1 fasst im Folgenden kurz die wesentlichen Merkmale der behandelten Staaten zusammen.

Tabelle 1

Übersicht über die zentralasiatischen Staaten

	Kasachstan	Kirgisistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
Politische Rahmendaten					
Regierungsform¹⁴	Präsidialrepublik mit Zweikammer-Parlament	Parlamentarisch-präsidentielle Demokratie	Präsidialrepublik mit Zweikammer-Parlament	Präsidialrepublik (Einkammerparlament)	Präsidialrepublik mit Zweikammer-Parlament
Staatsoberhaupt¹⁵	Kassym-Schomart Tokajew (seit 20.3.2019)	Sooronbai Dscheenbekow (seit 24.11.2017)	Emomali Rahmon (seit 16.11.1994)	Gurbanguly Berdimuhamedow (seit 11.2.2007)	Schawkat Mirsijojew (seit 14.12.2016)
Einstufung Freedom House¹⁶ (2018)	„Not Free“ • Freedom Rating: 6,0 (PR 7, CL 5) • Gesamtpunktzahl: 22	„Partly Free“ • Freedom Rating: 4,5 (PR 5, CL 4) • Gesamtpunktzahl: 38	„Not Free“ • Freedom Rating: 6,5 (PR 7, CL 6) • Gesamtpunktzahl: 9	„Not Free“ • Freedom Rating: 7,0 (PR 7, CL 7) • Gesamtpunktzahl: 2	„Not Free“ • Freedom Rating: 6,5 (PR 7, CL 6) • Gesamtpunktzahl: 9
Volkswirtschaftliche Rahmendaten					
Einwohnerzahl¹⁷ (2018)	18.276.499	6.315.800	9.100.837	5.850.908	32.955.400
Bruttoinlandsprodukt¹⁸ (2018)	170,539 Milliarden US-Dollar	8,093 Milliarden US-Dollar	7,523 Milliarden US-Dollar	40,761 Milliarden US-Dollar	50,5 Milliarden US-Dollar
Pro-Kopf-Einkommen¹⁹ (2018)	7.830 US-Dollar („upper middle income“)	1.220 US-Dollar („lower middle income“)	1.010 US-Dollar („low income“)	6.740 US-Dollar („upper middle income“)	2.020 US-Dollar („lower middle income“)
Wachstumsrate²⁰ (2018)	4,1 Prozent	3,5 Prozent	7,3 Prozent	6,2 Prozent	5,1 Prozent
Zufluss ausländischer Direktinvestitionen²¹ (2018)	208.064.585,56 US-Dollar	46.599.800,00 US-Dollar	220.862.232,34 US-Dollar	1.985.147.000,00 US-Dollar	624.293.457,58 US-Dollar

Quelle: Böttger, Braun, Plottka 2019: 300

2 Theorie

2.1 Theorien zur Transformationsforschung

Die Transformationsforschung beschäftigt sich mit der Transformation politischer Systeme, wobei der Fokus meist auf dem Übergang von autoritären hin zu demokratischen Systemen liegt.

Auf politikwissenschaftlicher Ebene gibt es vier theoretische Ansätze zur Transformationsforschung. Systemtheorien, Strukturtheorien, Kulturtheorien und Akteurstheorien (Merkel 2010: 67). Oft werden Systemtheorien und Strukturtheorien auch zusammen gedacht und als Strukturalistische Theorien subsumiert (Jahn 2013: 313).

2.1.1 Systemtheorien

Der Grundgedanke der Systemtheorie ist, dass ein System durch die Interaktion mit seiner Umgebung verstanden werden muss.

Zentral ist die Annahme, dass für das Einsetzen einer Demokratisierung ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Entwicklung erforderlich ist. Seymour Lipset formulierte 1959 die These: Je wohlhabender eine Nation, desto höher die Wahrscheinlichkeit auf Demokratisierung und Aufrechterhaltung der Demokratie.

Es gab zahlreiche empirische Untersuchungen, die meist einen direkten kausalen Effekt bestätigen konnten (zb. Boix und Stokes 2003). Verwendet werden meist das BIP (Bruttoinlandsprodukt) als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung und eine minimalistische Definition für Demokratien. Direkte Korrelationen zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Status der Demokratien konnten festgestellt werden, es gibt jedoch auch Studien, welche eine direkte Korrelation widerlegen (zb. Acemoglu et al. 2005) und indirekten Wirkungskanälen große Bedeutung beimessen.

2.2.2 Strukturtheorien

Strukturtheorien fokussieren sich auf Faktoren innerhalb der betroffenen Gesellschaften. Es ist eine Differenzierung in Machtressourcen- und Klassenansätze möglich.

Klassenansätze sehen eine längerfristige Verschiebung der Machtstrukturen innerhalb einer Gesellschaft als Voraussetzung an. Barrington Moore definierte die Bourgeoisie als treibende Kraft für eine Transformation. Diese muss jedoch über genug Selbstständigkeit (vor allem wirtschaftlich) verfügen, um ihre demokratisierende Kraft entfalten zu können. Großgrundbesitzer sind ein potentieller, zu überwindender Akteur (Moore 1966).

Rueschmeyer, Huber und Stephens erweiterten den Ansatz um zwei zentrale Variablen: Klassenstrukturen und –koalitionen sowie das Machtverhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft (Rueschmeyer et. al 1992).

Der Machtressourcenansatz stellt eine Erweiterung des Klassenansatzes dar. Der Ansatz definiert die zentralen Machtressourcen „intellectual power“ und „economic power“. Wenn diese Ressourcen in den Händen weniger Akteure konzentriert sind, fördert dies die Bildung autokratischer Strukturen. Umgekehrt führt eine breite Verteilung der Machtressourcen eher zu einer Demokratisierung (Vanhanen 1989).

2.2.3 Kulturtheorien

Kulturtheorien fokussieren sich auf Religion und soziales Kapital als wesentliche Faktoren für eine Demokratisierung. Samuel P. Huntington prägte den Begriff „Zivilisationstypen“ und sah den Protestantismus als geeignetste Voraussetzung für die Etablierung einer Demokratie, gefolgt vom Katholizismus und der „japanischen Kultur“. Die slawisch-orthodoxe, die hinduistische und die afrikanische Kultur wurden als wenig förderlich und die konfuzianische sowie islamische Kultur als demokratiefeindlich bezeichnet.

Andere Ansätze setzen gesellschaftliche Werte, soziale Traditionen und historische Erfahrungen ins Zentrum. Das Vertrauen zwischen den unterschiedlichen Akteuren und das Vertrauen der Akteure in politische Institutionen ist entscheidend für eine erfolgreiche Demokratisierung (Merkel 2010: 79).

2.2.4 Akteurstheorien

Die Akteurstheorien setzen Akteure und deren strategisches Handeln in das Zentrum der Transformation. Akteurstheorien lehnen andere Theorien nicht grundsätzlich ab, sondern sehen sie vielmehr als Rahmenbedingungen oder Ergänzungen. Der Rational-choice-Ansatz ist eine häufig verwendete Variante, in dem von einem Kosten-Nutzen-Kalkül der, an der Transformation betei-

ligten, Akteure ausgegangen wird. Eine Transformation hin zur Demokratie ist demzufolge nur dann möglich, wenn ein Systemwechsel für die relevanten Akteure sinnvoll ist. Jede Situation ist durch die Konstellation bestimmter Akteure mit unterschiedlichen Interessen und durch bestimmte Bedingungen gekennzeichnet. Die Ergebnisse dieser Situationen können unter den passenden Bedingungen zur einer Demokratisierung führen (Jahn 2013: 314/315).

Hier soll es keine Versteifung auf eine der genannten Theorien geben. Bei der Analyse der Elemente (Kap. 3.3) werden, je nach Herangehensweise, verschiedene theoretische Hintergründe bedient, wobei vor allem die System- und die Akteurstheorien von Bedeutung sind.

2.2 Transformationsphasen

Eine Möglichkeit die Transformationsphasen zu unterteilen ist das Drei-Phasen-Modell wie es unter anderem von Merkel verwendet wird. Eine Transformation muss nicht zwangsläufig in diesem Schema ablaufen, jedoch hat sich das Modell als sehr treffend erwiesen, was die Transformation in Osteuropa und Ostasien betrifft.

Als erste Phase definiert Merkel das Ende des autokratischen Regimes, die *Liberalisierungsphase*. Hier wird zwischen internen und externen Ursachen unterschieden. Interne Ursachen können ökonomische Effizienz oder Ineffizienz sein oder aber auch politische Ereignisse wie der Tod eines Machthabers. Externe Ursachen können etwa Kriegsniederlagen oder der Wegfall externer Unterstützer sein.

Empirische Untersuchungen führten zu sechs idealtypischen Verlaufsformen:

Tabelle 2

Verlaufsformen

Verlaufsform	Merkmale/Beispiele
Langandauernde Evolution	Demokratie setzt sich evolutionär über einen relativ langen Zeitraum durch, stellt also keinen dramatischen Bruch in der Entwicklung dar. Das zentrale Merkmal dieser Verlaufsform ist die sukzessive Aufgabe des exklusiven Wahlrechts in den schon teilparlamentarisierten und rechtsstaatlich geregelten Ländern Europas, Amerikas oder Australiens. Beispiele: USA (Frauenwahlrecht ab 1920), Grossbritannien (Frauenwahlrecht ab 1928), Schweiz (Frauenwahlrecht ab 1971), etc.
Von alten Regimeeliten gelenkter Systemwechsel	Die alten autokratischen Regimeeliten initiieren den Systemwechsel und kontrollieren diesen in seinem weiteren Verlauf. Beispiele: Spanien (1974/75), Brasilien (1985), etc.
Von unten erzwungener Systemwechsel	Eine mobilisierte Öffentlichkeit manifestiert den Protest gegen das autokratische Regime so machtvoll, dass deren Unterdrückung mit repressiver Gewalt als aussichtslos erscheint. Beispiele: Portugal (1974), etc.
Ausgehandelter Systemwechsel	Bei einer Pattsituation zwischen Regimeeliten und Regimeopposition kommt es zu Verhandlungen über die neue politische Herrschaftsform. Weder die Elite noch die Opposition ist mächtig genug, die Modalitäten der zukünftigen politischen Herrschaftsordnung zu bestimmen. Beispiele: Polen (1988), Ungarn (1989), etc.
Regimekollaps	Ein autokratisches System bricht aufgrund äußerer Ursachen oder in Kombination mit einer latenten inneren Legitimitätskrise abrupt zusammen: Tschechoslowakei (1989), DDR (1989), etc.
Zerfall und Neugründung von Staaten	Der Zerfall eines autoritären/totalitären Imperiums oder eines Vielvölkerstaates führt zum Ende des autokratischen Regimes. Dadurch entstehen neue Staaten, welche die Chance eines demokratischen Neubeginns nutzen. Beispiele: Nachfolgestaaten der Sowjetunion (1990) und Jugoslawiens (1990).

Quelle: Merkel, 2010: 101-103

Es kommt in der ersten Phase zu einer Liberalisierung und zur Schaffung von Freiräumen. Das alte System wird geschwächt und externe Akteure tragen zu dessen Schwächung bei. Für eine Demokratisierung notwendig ist, dass die externen Akteure potentielle demokratische Eliten erkennen und sie fördern (Reiber 2009: 224).

Die zweite Phase ist die *Institutionalisierung* der Demokratie. In dieser Phase werden Regeln und Strukturen des alten Systems abgesetzt und gegen neue, demokratische ausgetauscht. Dies kann mitunter durchaus riskant sein. Alte Normen und Regeln verlieren ihre Gültigkeit während neue Institutionen noch nicht voll etabliert sind. Die politischen Akteure haben in dieser Phase einen deutlich größeren Handlungsspielraum als in etablierten Demokratien mit gefestigten Institutionen. Ein Vernachlässigen der individuellen Interessen der Akteure durch vor allem äußere Akteure kann diese dazu bringen, einen antidemokratischen Kurs einzuschlagen. Auf der anderen Seite verhindert ein zu starker Fokus auf die Interessen wichtiger Akteure eine Anerkennung derer Legitimität in der Bevölkerung. Beides kann zur Bildung defekter Demokratien oder eine Rückentwicklung in autoritäre Regime führen (Merkel 2010: 105).

Die dritte Phase ist die *Konsolidierungsphase*. Zu diesem Zeitpunkt ist das Land bereits formal eine Demokratie. Die Institutionen sind geschaffen, müssen sich jedoch noch legitimieren und bewähren. Es kann noch sehr lange dauern, oder eventuell gar nicht passieren, bis man von einer konsolidierten Demokratie sprechen kann. Über den Zeithorizont und den schnellsten Weg herrscht Uneinigkeit, was unter anderem daran liegt, dass Demokratien je nach Denkrichtung minimalistisch oder anspruchsvoller definiert werden.

Zwei Aspekte der Konsolidierung sind die positive und die negative Konsolidierung (Pridham 1995: 169). Die negative Konsolidierung ist erreicht, wenn Akteure mit antidemokratischer Ausrichtung politisch an Bedeutung verlieren. Die positive Konsolidierung beschreibt die Verankerung demokratischer Werte sowohl bei den Eliten, als auch bei der Bevölkerung. Vor allem die positive Konsolidierung kann sich über einen langen Zeitraum erstrecken.

Praktisch gibt es keinen trennscharfen Übergang zwischen den drei Phasen. Üblicherweise überlappen sie sich vielfach oder konterkarieren sich. Trotzdem ist eine Unterteilung sinnvoll, da dadurch der Einsatz von Instrumenten zielgerichteter erfolgen kann.

3 Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union

3.1 Historische Entwicklung

Die Europäische Union nimmt unter den internationalen Organisationen eine Sonderstellung ein. In keiner anderen haben die Mitgliedsstaaten in solchem Ausmaß Kompetenzen an supranationale Organe delegiert (Schimmelfennig 2017: 289).

Nach dem Zweiten Weltkrieg führte Druck von US-amerikanischer Seite zur ökonomischen Koordination, eine zunehmende Entfremdung zwischen den USA und der UdSSR sowie der Einsatz verschiedener Persönlichkeiten machten eine beginnende Integration möglich (Pollak, Slominski 2006: 17). 1951 wurde die EGKS gegründet und 1957 folgte die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, verankert durch die Römischen Verträge. Primäres Ziel war die Friedenssicherung durch wirtschaftliche Integration (Pollak, Slominski 2006).

1973 hielten die neun Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft im „Dokument über die europäische Identität“⁹ ihre gemeinsamen Werte erstmals fest. „The document pleads for harmonic and constructive relations with third countries and stresses that the goals in development policy should follow the approach of the EC as a civilian power“ (Knodt, Jünemann 2007: 3).

Mit Griechenland, Portugal und Spanien traten 1981 bzw. 1986 weitere Staaten der EG bei, in welchen die Demokratie noch weniger gefestigt war als in den älteren Mitgliedsstaaten. Dies spiegelte sich auch in der einheitlichen Europäischen Akte wieder, in welcher normative Fundamente in einen Vertrag gegossen wurden, und die Europäische Gemeinschaft von einer wirtschaftlichen in eine, auch, politische entwickelte (Knodt, Jünemann 2007: 13). Eine Fortsetzung erfuhr diese Entwicklung durch den Vertrag über die Europäische Union und den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in den Verträgen von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon.

Mit dem Vertrag von Maastricht wurden die normativen Werte auch auf weiter entfernte Gegenden angewandt. Dies findet vor allem in den Artikeln G 130u und J.1 (2) Ausdruck¹⁰.

9 Document on The European Identity published by the Nine Foreign Ministers on 14 December 1973, in Copenhagen

10 Vertrag über die Europäische Union (Maastricht, 7. Februar 1992)

Artikel 130 u

„ 1.) Die Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit, die eine Ergänzung der entsprechenden Politik der Mitgliedstaaten darstellt, fördert

- die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, insbesondere der am meisten benachteiligten Entwicklungsländer;
- die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft;
- die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern.

2.) Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich trägt dazu bei, das allgemeine Ziel einer Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verfolgen.“

(Rat der Europäischen Gemeinschaften 1992: 60)

J.1 (2)

„Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hat zum Ziel

- die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen und der Unabhängigkeit der Union;
- die Stärkung der Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten in allen ihren Formen;
- die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki und den Zielen der Charta von Paris;
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit;
- die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.“

(Rat der Europäischen Gemeinschaften 1992: 123-124)

Einen weiteren Schritt stellt der Vertrag von Nizza 2001 dar. Die Demokratieförderung wurde ausgedehnt auf die finanzielle, wirtschaftliche und technische Kooperation mit Drittstaaten mittels

der Demokratieklausel (Zandt 2008: 27). Kondt und Jünemann sprechen von einem „democracy mainstreaming“. „In summary, it has been proven that the EU considers itself as a community based on the values of democracy, human rights and the rule of law and aspires to export its model to third countries“ (Knodt, Jünemann 2007: 15).

Der Vertrag von Lissabon brachte schließlich noch eine zusätzliche Erweiterung. „Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts.“ (Vertrag über die Europäische Union Art. 21.1).

3.2 Das Konzept der Demokratieförderung

Die EU hat öfters auf die Bedeutung der Demokratieförderung hingewiesen, hält sich bei einer genaueren Definition jedoch nach wie vor zurück. Das Europäische Parlament gab im September 2019 eine Kurzdarstellung zur Demokratieförderung und Wahlbeobachtung heraus, indem die Wichtigkeit der Demokratieförderung besonders betont wird.

„Die weltweite Förderung der Demokratie ist eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union. Demokratie ist nach wie vor das einzige System der Regierungsführung, in dem die Menschen ihre Menschenrechte vollständig wahrnehmen können, und sie ist ein bestimmender Faktor für Entwicklung und langfristige Stabilität. Als einziges direkt gewähltes Organ der EU setzt sich das Europäische Parlament in besonderem Maße für die Demokratieförderung ein“ (Europäisches Parlament 2019a).

Eine genauere Definition erfolgte 2009 im 2974th EXTERNAL RELATIONS Council meeting, in welchem gemeinsame Werte, Normen und zentrale Prinzipien definiert wurden. Zu diesen zählen,

- dass Demokratie und Menschenrechte untrennbar miteinander verknüpft sind
- dass Fortschritte im Bereich der Menschenrechte, Demokratie und good governance notwendig für die Armutsbekämpfung und Entwicklung sind
- dass, obwohl Demokratien verschiedene Formen annehmen können, Grundrechte immer gewahrt sein müssen
- dass Gleichheit zwischen Männern und Frauen bestehen muss
- dass politische Repräsentanten, Parteien, die Medien und die Zivilgesellschaft respektiert

werden

- dass die Verantwortlichkeit der politischen Führer gegenüber der Bevölkerung gegeben ist und Korruption bekämpft wird
- und dass politischer Dialog gegeben ist

(Rat der Europäischen Union 2009a)

Zusätzlich wird betont, dass die EU verstärkt auf den spezifischen Kontext des betreffenden Staates eingehen soll und ihre Mittel und Instrumente dementsprechend wählt.

2011 folgte der „EU action plan on human rights and democracy“ (Rat der Europäischen Union 2012a) und 2012 der „Strategischen Rahmen für Menschenrechte und Demokratie“ (Rat der Europäischen Union 2012b). Hier kommt es nochmals zur Betonung gewisser Werte:

"Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts" (Rat der Europäischen Union 2012b).

Hervorgehoben wird auch die Wichtigkeit von Wahlbeobachtungen und Folgemaßnahmen dieser.

3.3 Instrumente

Die EU verfügt über eine Vielzahl von Instrumenten zur externen Demokratieförderung. Hinzu kommen zahlreiche Dokumente, in denen die Demokratieförderung als zusätzlicher Aspekt angesprochen wird.

Eine Einschränkung in ihren Instrumenten und Möglichkeiten erlegt sich die Europäische Union selbst auf. Ihr Selbstverständnis als zivile Macht nimmt der EU weitgehend die Möglichkeit militärisch zu handeln. Diplomatische und ökonomische Instrumente sind die bevorzugte Wahl, militärische Mittel werden nur in Extremfällen, wie Selbstverteidigung und humanitäre Interventionen, in Betracht gezogen. Demokratisierung oder Regimewechsel mit militärischen Mitteln sind nicht vorgesehen (Knodt, Jünemann 2007: 16).

Um die verschiedenen Instrumente und deren Wirkung analysieren zu können ist eine Systematisierung dieser notwendig. Die EU selbst bleibt eine Systematisierung schuldig. Es gibt verschiedene

Papiere der EU welche Instrumente auflistet, jedoch sind diese stets ungeordnet und zusammenhanglos.

In der Literatur gibt es unterschiedliche Ansätze einer Kategorisierung und Systematisierung anhand verschiedener Linien.

Ein Ansatz ist die Unterscheidung zwischen „positiven“ und „negativen“ Instrumenten. Auch von „carrots“ und „sticks“ bzw. Zuckerbrot und Peitsche wird gerne gesprochen (vgl. Burnell 2000, Huber 2008, Urdze 2013). Positive Instrumente sind solche, die einen Anreiz enthalten, um den gewünschten Effekt zu erzielen. Negative Instrumente arbeiten mit Drohungen oder negativen Konsequenzen, sollten die gestellten Forderungen nicht erfüllt werden. Huber erweitert diese Kategorisierung um die Faktoren „Explicit instruments“ und „Implicit instruments“ (Huber 2008: 46), wobei jedoch kaum eine ausreichende Trennschärfe gegeben ist.

Urdze, anknüpfend an Hazelzet (Hazelzet 2001), spricht von gemischten Kategorien, zusätzlich zu carrots und sticks, und einer Skala, auf welcher die jeweiligen Instrumente eingeordnet werden können (Urdze 2010: S. 26ff). Dies ermöglicht, dass Instrumente sowohl einen carrot, als auch einen stick – Charakter haben können. Dies ist insofern von Vorteil, als dass es in vielen Fällen nicht möglich und nicht sinnvoll ist, rein dichotom einzuordnen. Vor allem in weiter entfernten Staaten und solchen, welche nur in geringerem Ausmaß von der Europäischen Union abhängig sind, macht es Sinn mit einer Skala zu arbeiten, sofern dies möglich ist.

Erklärbar ist dieser Ansatz in der vorhandenen Konstellation mit den Akteurstheorien. Es wird von einem weitgehend rationalen Handeln der Akteure ausgegangen, was zum gewünschten Effekt positiver oder negativer Maßnahmen führen soll.

Eine weitere Möglichkeit der Klassifizierung ist eine hierarchische Unterteilung in Programme und Unterprogramme. Ein systematischer Vergleich ist hier aufgrund des Fokus auf die Form und des Ausblenden des Inhalts kaum möglich.

Ein anderer Ansatz, wie er etwa von Börzel und Risse vertreten wird, ist eine Kategorisierung aufgrund rein inhaltlicher Kriterien. Börzel und Risse unterscheiden etwa zwischen „political conditionality“, „political dialogue“ und „financial incentives and capacity building“ (Börzel, Risse 2004). Auch hier fehlt wieder die Trennschärfe, welche für eine fruchtbare Analyse notwendig wäre. Ein großer Teil der Programme fällt in zwei oder gar drei der definierten Kategorien. Dies birgt die Gefahr in sich, zum Fehlschluss zu kommen, dass die EU nach einem „one size fits it all“-Prinzip vorgehe.

Lavenex und Schimmelfennig (Lavenex, Schimmelfennig 2011) entschieden sich für einen differenzierteren Zugang. Sie unterscheiden zwischen drei Modellen: Linkage, Leverage und Governance.

Linkage ist ein bottom-up-Modell, in dem die Voraussetzungen für die Demokratisierung verbessert und Zivilgesellschaft sowie demokratische Opposition gestärkt werden. Es wird zwischen direkter und indirekter Demokratieförderung unterschieden. „Direct support“ beinhaltet materielle Hilfe, Ausbildung, Organisation etc. „Indirect channel of linkage“, also indirekte Unterstützung, bezieht sich auf die Modernisierungstheorie nach Seymour Martin Lipset, derzufolge ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung hergestellt wird. „The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy“ (Lavenex, Schimmelfennig 2011: 891). Ziel ist es, durch wirtschaftliche Entwicklung, verbesserte Bildung und den Aufbau einer breiten Mittelschicht die Chancen für eine Demokratisierung zu erhöhen. Diese Sichtweise entspringt den Systemtheorien.

Leverage ist ein top-down-Modell welches hauptsächlich auf „political conditionality“ beruht. Es wird hauptsächlich auf politische Institutionen und Eliten abgezielt um eine Demokratisierung zu erreichen. Dies funktioniert, wenn die Nutzen einer Transformation die Kosten übersteigen. Da die Kosten für die Eliten meist relativ hoch sind, muss auch der Nutzen sehr hoch sein. Praktisch ist dies im Fall der EU nur durch eine Beitrittsperspektive möglich (Lavenex, Schimmelfennig 2011: 892f). Auch hier wird von einem rationalen Handeln der Eliten ausgegangen, wie es in den Akteurstheorien üblich ist.

Das **governance**-Modell ist weitgehend indirekt ausgelegt und arbeitet mit sektoralen Schwerpunkten. „The focus is thus less on specific democratic Institutions such as elections or parliaments but rather on the principles underlying democracy which are applicable to all situations in which collectively binding decisions are taken“ (Lavenex, Schimmelfennig 2011: 895). Es wird angestrebt, dass durch die Zusammenarbeit in sektoralen Bereichen, die Werte der EU an den betreffenden Staat herangeführt werden. Durch Sozialisation soll die „acquis“ der EU übermittelt werden, wobei gewisse Punkte diese Übermittlung begünstigen bzw. behindern können:

- „the more that democratic governance elements are legally specified in the EU acquis, the more likely it is that these norms will be effectively transferred to the third country“
- „the more these interactions are institutionalized in transgovernmental networks, the more likely it is that the democratic governance norms will be effectively transferred to the third country „
- „the more EU activities are supported by other international actors, the more likely it is that these norms will be effectively transferred to the third country“
- „the higher the expected adoption costs of the third country are and the less sectoral interdependence favours the EU, the less likely successful rule transfer is“
- „the effectiveness of democratic governance promotion increases with the accessibility and autonomy of the administration of the target country“

(Lavenex, Schimmelfennig 2011: 896, 897)

Die drei Modelle können in jeweils vier Dimensionen differenziert werden. Target systems of democracy promotion: Zielgerichtet auf gewisse Bereiche; Envisaged outcome of democracy promotion: Auf ein Ergebnis gerichtet; Channels of democracy promotion: „we speak of an intergovernmental, transnational, and transgouvernemental channel of democracy promotion“ (Lavenex, Schimmelfennig 2011: 889); Instruments of democracy promotion: es wird in erster Linie zwischen Konditionalität und Sozialisation unterschieden.

Tabelle 3

Differenzierung nach Lavenex und Schimmelfennig

	Linkage	Leverage	Governance
Target	Society	Polity	Sector
Outcome	Democratic culture	Democratic institutions	Democratic governance
Channel	Transnational	Intergouvernemental	Transgouvernemental
Instruments	Socialization	Conditionality	Socialization

Quelle: Lavenex, Schimmelfennig 2011: 889

Diese relative Komplexität erlaubt einerseits eine deutlich differenziertere Betrachtung, die hohe Anzahl an Kombinationsmöglichkeiten macht jedoch einen Vergleich kaum möglich (Knodt, Urdze 2013: 54).

In dem vorliegenden Fall ist es sinnvoll die Maßnahmen der EU nach ihrem unterstützenden oder fordernden Charakter zu unterscheiden. Eine Skalierung wäre aufgrund der verbreiteten Vagheit der EU-Papiere nicht zielführend, wobei grobe Abstufungen durchaus möglich sind.

Eine weitere Differenzierung wird auf Basis des Linkage-Leverage-Governance-Modells vorgenommen. Dies ermöglicht es die Stoßrichtung der Maßnahmen zu bestimmen und so einzuordnen.

4 Demokratie in den Staaten Zentralasiens

4.1 Einschätzung der EU

Die Europäische Union ist sehr zurückhaltend was konkrete Einschätzungen des Demokratisierungsstandes einzelner Staaten oder Regionen betrifft.

Das Strategiepapier von 2002-2006 bringt erstmals (Urdze 2010: 57) eine Einschätzung der Transformation vor. Im „Strategy Paper 2002-2006 & Indicative Programme 2002-2004 for Central Asia“ im Abschnitt „Analysis of the Region“ steht: „Democratic transition in the region remains slow, and in some countries appears to be regressing. The democratic tradition is new to Central Asia, with the Soviet system, Soviet education and poor economic development forming the backdrop to reform.“ (Europäische Kommission 2002: 8). Verschiedene Aspekte werden beschrieben, so unter anderem zunehmende autokratische Tendenzen, Korruption, eine zunehmend besorgniserregende Menschenrechtslage etc. Beachtlich ist des weiteren, dass sich „sogar“ Kirgisistan in eine autoritärere Richtung bewegt, was inkludiert, dass Kirgisistan als das demokratischste Land der Region gesehen wird.

Das Strategiepapier fasst auch länderspezifisch in kurzer Form die jüngste Entwicklung und den Zustand der Demokratie zusammen.

Die Situation in *Usbekistan* wird folgendermaßen gesehen:

„Democratic reform is not far advanced in Uzbekistan. Basic human rights are not protected and obstacles to opposition parties and NGOs, violent intervention by police forces against demonstrations and torture of prisoners are regularly reported. There is no press freedom and no free elections. The Uzbek authorities do not allow open political debate.“ (Europäische Kommission 2002: 42).

Zusätzlich wird die bedenkliche Situation für Frauen erwähnt. Auch Bemühungen und Fortschritte Usbekistans werden erwähnt, jedoch sind diese eher punktuell zu erkennen.

Kasachstan wird schon positiver bewertet. „Reform is on-going on in Kazakhstan with enhanced powers granted to local government and efforts to reform the judiciary, although the absence of real freedom of the media, the death penalty and widespread corruption remain of concern.“ (Europäische Kommission 2002: 43). Eine erstarkende Opposition wird ausgemacht, welche jedoch noch nicht die herrschenden Autoritäten herausfordern kann, die sich nach wie vor öfters sowjetischen Methoden bedient.

Kirgisistan wird als das demokratischste Land der Region bewertet, jedoch mit Verschlechterungen. „Kyrgyzstan was considered as the most democratic country in Central Asia at the early stage of its independence. President Akaev was the only Central Asian President not to have held power during Soviet times and was elected freely. However recent developments have modified this opinion.“ (Europäische Kommission 2002: 43). Vor allem die Wahlen 2000 und der Umgang mit den Unruhen in Aksy 2002 werden als Schritte in ein autoritäres System gesehen. Auch die Korruption ist aus Sicht der EU ein besonderes Hindernis für die Demokratie in Kirgisistan.

Für *Tadschikistan* wird die Existenz einer legalen, moderaten, islamischen Partei erwähnt und auf die politische Instabilität hingewiesen. „...the political situation is far from calm - several political assassinations, kidnappings and armed uprisings took place in 2001. There are also concerns about freedom of media and the exclusion of the former opposition from the democratic process.“ (Europäische Kommission 2002: 44).

Die Situation in *Turkmenistan* wird als wenig demokratisch erkannt. „The power structure in Turkmenistan remains largely unaltered since Soviet days. President Saparmurad Niyazov, who has taken the title Turkmenbashi ('leader of the Turkmens') has been asked to be "president for life".“ (Europäische Kommission 2002: 45). Es gibt im Land keine Opposition, welche sich jedoch ,in geringem Ausmaß, im Ausland formierte, einen exzessiven Personenkult um Niyazov, diverse Menschenrechtsverletzungen und keine religiöse Toleranz.

Im Aktionsprogramm der Kommission für das Jahr 2003 gibt es eine Aktualisierung (Urdze 2010: 59), in der für Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan eine Verschlechterung der Situation zu erkennen war.

Eine weitere Anpassung gibt es im Indikativprogramm 2005-2006. Die Einschätzung Turkmenistans blieb weitgehend gleich. Kirgisistan wird als weder demokratisch noch autoritär gesehen. Ähnliches gilt für Tadschikistan, wo sich allerdings eine Machtkonsolidierung Rahmons abzeichnete. Kasachstan und Usbekistan befinden sich, die Demokratisierung betreffend, zwischen Kirgisistan auf der einen Seite und Turkmenistan auf der anderen. Usbekistan erfuhr laut Einschätzung der Kommission eine Verbesserung der demokratischen Situation, während sie sich in Kasachstan verschlechterte, wobei Kasachstan noch immer als demokratischer gesehen wurde als Usbekistan.

Im „European Community Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007-2013“ kommt es erneut zu einer Aktualisierung der Länderanalysen (Europäische Gemeinschaft 2007).

Für *Kasachstan* wurde die Rolle des neu wiedergewählten Präsidenten Nazarbayev, und dessen Wille Reformen durchzusetzen, als entscheidend angesehen.

Der Ausblick für *Kirgisistan* ist nicht eindeutig. Hervorgehoben werden unter anderem die Korruption und die uneinheitliche Linie für politische Reformen. „Kyrgyz authorities are still to define a clear and coherent political and economic programme, mainly as a result of delays in the formation of the new Government and a clear lack of consensus between the main leaders“ (Europäische Gemeinschaft 2007: 48).

Die Situation von *Tadschikistan* wird als ambivalent betrachtet. Auf der einen Seite wird wieder das Vorhandensein einer islamischen Partei betont, welche in keiner anderen der zentralasiatischen Republiken existiert, auf der anderen Seite gibt es verschiedene Kritikpunkte.

„In Presidential elections held in November 2006, President Rakhmonov has been” safely” reconfirmed in office with an overwhelming majority, given the lack of credible alternative candidates. Perhaps more worryingly, Tajikistan, which had joined the post 9/11 Western front against terror, seems today to be looking more towards Russia, China and Iran as its best possible partners, countries which are ready to provide Tajikistan with political support and much needed financial investments.“ (Europäische Gemeinschaft 2007: 50).

Die Unterstützung Rahmons für dessen usbekischen Kollegen Karimov nach den Unruhen in Andijon lässt der EU zufolge Rückschlüsse auf dessen autokratischen Tendenzen schließen. Auch die eingeschränkte Verfügbarkeit freier Medien wird kritisch betrachtet.

Für *Turkmenistan* sieht die EU nach dem Tod des Präsidenten Nyazov im Dezember 2006 und der Wahl von Berdymukhamedov im Februar 2007 die Möglichkeit positiver Veränderungen. Die Wahlen werden zwar als nicht den internationalen Standards entsprechend eingestuft, jedoch wird positiv hervorgehoben, dass es zu keiner Instabilität im Land kam. Insgesamt wird die Demokratie in Turkmenistan jedoch eher als schwach angesehen. „Turkmenistan is following its own path of democratisation which is quite different to that experienced in the EU. ... Formation of political parties with views different to the government remains a distant prospect“ (Europäische Gemeinschaft 2007: 55).

Usbekistan veränderte seine politische Ausrichtung nach dem Massaker von Andijon¹¹ und der Antwort der EU stark in Richtung China und Russland. „Part of this reflects Uzbekistan’s extreme irritation of the attitude of the “west” over the Andijan events in May 2005 but also a desire to attract investment from Russia and China who seem to be able to offer the type of financial incentives appreciated by Uzbekistan“ (Europäische Gemeinschaft 2007: 56).

Nach den Ereignissen von Andijan verstärkt die Regierung ihre Bemühungen freie Medien, die

11 Am 13. Mai 2005 stürmten Bewaffnete ein Gefängnis in Andijon im Ferghana Tal und befreiten zahlreiche Gefangene, darunter 23 lokale Geschäftsleute, welche wegen Verdachts auf Mitgliedschaft in einer radikalen islamischen Gruppierung inhaftiert waren. Mehrere Wachen wurden verwundet oder getötet. Im Anschluss besetzten einige Angreifer und Gefangene das Rathaus, woraufhin es am Hauptplatz zu Protesten gegen die Regierung kam. Diese waren jedoch eher spontan und richteten sich gegen die wirtschaftliche und soziale Lage und hatten kaum Verbindungen mit dem Ausbruch. Regierungstruppen eröffneten das Feuer auf Demonstranten, wodurch es zu zahlreichen Opfern gekommen sein soll. Genaue Zahlen sind nicht verfügbar. (Hill, Jones 2006: S 111ff.)

Versammlungsfreiheit und Menschenrechte im Allgemeinen einzuschränken. Insgesamt war ein Abwärtstrend für die Demokratie in Usbekistan erkennbar.

2016 wurde der „EU-Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt im Jahr 2015 – Länder- und regionenspezifische Themen“ (Rat der Europäischen Union 2016a) veröffentlicht. Dieser Bericht enthält eine relativ detaillierte Einschätzung über die Menschenrechts- und Demokratielage der einzelnen Staaten.

Kasachstan: „Die Situation hinsichtlich der Anwendung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit stellte sich 2015 durchwachsen dar: Es gab eine Reihe positiver Entwicklungen, die allerdings häufig von Maßnahmen begleitet wurden, die ernsthafte Bedenken hervorriefen“ (Rat der Europäischen Union 2016a: 65). Positiv hervorgehoben wird die zunehmende Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den politischen Entscheidungsprozess, wobei die Effektivität der gesetzten Maßnahmen als noch nicht abschätzbar gewertet wird. Eine Einschränkung von Grundrechten wird kritisiert. In Menschenrechtsfragen werden partielle Bemühungen zur Verbesserung gelobt und Besorgnis über den Druck auf unabhängige Medien ausgedrückt.

Kirgisistan: Positiv hervorgehoben werden die Parlamentswahlen im Oktober 2015. „Die Sprecherin der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin hat in einer Erklärung hervorgehoben, dass die Wahlen kompetitiv, geordnet und friedlich verlaufen seien“ (Rat der Europäischen Union 2016a: 67). Probleme werden insbesondere im Bereich der Menschenrechte festgemacht. Vor allem im Bezug auf die Rechte von LGBTI-Personen gab es 2015 eine besorgniserregende Entwicklung, in anderen Bereichen wird eine, wenn auch langsame, Reformbereitschaft festgestellt.

Tadschikistan: „Die Menschenrechtslage hat sich in der zweiten Jahreshälfte infolge umfassender Einschränkungen der Tätigkeiten der politischen Parteien und NRO insgesamt verschlechtert“ (Rat der Europäischen Union 2016a: 68). Vor allem der Verbot der PIWT, der Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans, einer der wichtigsten Oppositionsparteien, wird kritisch gesehen. Kritisiert wird auch der Umgang mit freien Journalisten und den Medien, welcher zunehmend repressiver wird. Auch gab es einen Hinweis auf die Unzulänglichkeit bei den Parlamentswahlen 2015.

Leicht positiv beurteilt werden die Bemühungen zur Bekämpfung von Folter, häuslicher Gewalt und die Arbeit des Bürgerbeauftragten.

Turkmenistan: Zu den größten Kritikpunkten gehören die Verschlechterung der Situation bezüglich Meinungs- und Pressefreiheit. Journalisten werden Schikanen ausgesetzt und der Zugang zu Information generell sehr eingeschränkt.

Positiv gewertet werden der Besuch von Diplomaten der EU, UN und USA in ein turkmenisches Frauengefängnis sowie die Zusage, mehrere solche Besuche möglich zu machen. Auch die Ankündigung einer Verfassungsänderung und weiterer Reformen wird positiv aufgenommen.

Usbekistan: Hier wird vor allem positiv hervorgehoben, dass es Usbekistan schaffte, die Kinderarbeit bei der Baumwollernte fast vollständig zurückzudrängen, „außerdem begrüßte sie (die EU) die Entschließung der usbekischen Regierung vom November, in der ein auf drei Jahre ausgelegter Aktionsplan zur Abschaffung der Zwangsarbeit angekündigt wird“ (Rat der Europäischen Union 2016a: 70).

In den folgenden Jahresberichten bis 2018, veröffentlicht 2019, gibt es keine spezifischen Länderanalysen mehr. Bis auf Kirgisistan finden die Zentralasiatischen Staaten kaum Erwähnung. Zentralasien als Region taucht des öfteren bei der Erörterung verschiedener Programme auf, es gibt jedoch keine Einschätzung zu den Systemen. Kirgisistan wird des öfteren bei Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie erwähnt, es kann also davon ausgegangen werden, dass die EU Kirgisistan als defekte Demokratie anerkennt.

Tabelle 4

Einschätzung der EU

	Kasachstan	Kirgisistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
2001	mit Einschränkungen autoritär	mit Einschränkungen autoritär			
Oktober 2002	mit Einschränkungen autoritär	mit Einschränkungen autoritär	mit Einschränkungen autoritär	autoritär	autoritär
2003	mit Einschränkungen autoritär			autoritär	autoritär
August 2004	mit Einschränkungen autoritär	nicht eindeutig beurteilbar	nicht eindeutig beurteilbar	autoritär	autoritär
April 2005		mit Einschränkungen autoritär			
September 2006				autoritär	autoritär
April 2007	nicht eindeutig beurteilbar	nicht eindeutig beurteilbar	mit Einschränkungen autoritär	autoritär	autoritär
2008					autoritär
2015	mit Einschränkungen autoritär	defekte Demokratie bis mit Einschränkungen autoritär	autoritär	autoritär	autoritär
2018		defekte Demokratie bis mit Einschränkungen autoritär			

Quelle: Urdze 2010: 68,69 und eigene Ergänzung

4.2 Einschätzung anderer Quellen

Wie im vorhergegangenen Kapitel gezeigt, ist die EU äußerst zurückhaltend mit Einschätzungen zum Zustand der Demokratien. Dies macht es notwendig auf externe Schätzungen zurückzugreifen, um die von der EU gesetzten Maßnahmen einordnen zu können.

Die EU selbst betont ihre Einschätzungen unabhängig von anderen Indizes zu machen, bezieht sich in manchen Fällen jedoch selbst auf externe Indizes. Diese beziehen sich jedoch auf spezielle Bereiche und sind für eine Analyse der Demokratiequalität insgesamt nur bedingt geeignet.

Die kompletteste Übersicht bieten Freedom House und der Bertelsmann Transformationsindex.

4.2.1 Freedom House

Freedom House ist eine US-amerikanische Nichtregierungsorganisation, welche mit Freedom of the World einen Index präsentiert. „*Freedom in the World* is an annual global report on political rights and civil liberties, composed of numerical ratings and descriptive texts for each country and a select group of territories“ (Freedom House 2019: 1). Diese Konzentration auf Freiheit und die neoliberale Ausrichtung sind eine der größten Kritikpunkte. „Neoliberalism has suggested a version of democracy completely tied down to the concept of freedom, to the detriment of the other substantive value of democracy: equality“ (Giannone 2010: 71). Diese Form der Kritik hat mit Sicherheit ihre Berechtigung, ist in dem vorliegenden Fall jedoch nur von untergeordneter Bedeutung, da die EU selbst, ähnlich wie Freedom House, mit dem Konzept der liberalen Demokratie arbeitet und ihre Förderungen auf diesem Konzept aufbaut.

Freedom House verwendet ein System von scores, ratings und status. In den jährlichen Reporten gibt es 10 Indikatoren für politische Rechte (political rights) und 15 für zivile Freiheiten (civil liberties). Jeder dieser Indikatoren wird auf einer Skala von 0 bis 4 bewertet, sodass ein Staat insgesamt maximal 100 Punkte erreichen kann. Die Kategorien political rights und civil liberties werden schließlich in Ratings von 1-7 umgerechnet¹², wobei 1 den höchsten Grad an Freiheit repräsentiert und 7 den geringsten. Aus den durchschnittlichen Ratings ergibt sich schließlich das Freedom Rating welches den Status free, partly free und not free annehmen kann¹³.

Die scores werden nach nach einem gewissen Schema vergeben, welches im Anhang (Kapitel 8.1) näher erläutert wird.

Ein großer Vorteil von Freedom House ist sein langes Bestehen, welches es ermöglicht den gesamten Zeitraum seit Gründung der zentralasiatischen Staaten abzudecken. Seine genaue Aufschlüsselung und die jährlichen Updates ermöglichen es außerdem, Veränderungen schnell zu erfassen.

Ein weiterer Index von Freedom House ist „Nations in Transit“.

„*Nations in Transit* is Freedom House’s research project on democracy in the 29 formerly communist countries from Central Europe to Central Asia. The flagship of the

12 Folgender score ergibt folgendes ranking: pr: 36-40: 1; 30-35: 2; 24-29: 3; 18-23:4; 12-17: 5; 6-11: 6; 0-5: 7
cl: 53-60: 1; 44-52: 2; 35-43: 3; 26-34: 4; 17-25: 5; 8-16: 6; 0-7: 7

13 Free: 1-2,5; partly free 3-5; not free 5,5-7

project is an annual survey of democratic reform that has been published since 1995, and with the same methodology since 2003. *Nations in Transit* also publishes briefs on topics relevant to democratic reform in the region“ (Nations in Transit).

Dieser Index geht teilweise spezifischer auf die politische Transformation ein als Freedom in the World. Die Länderreporte sind anhand folgender Punkte strukturiert:

- National Democratic Governance
- Electoral Process
- Civil Society
- Independent Media
- Local Democratic Governance
- Judicial Framework and Independence
- Corruption

(Nations in Transit Methodology)

Insgesamt wird für jedes Land ein score vergeben, der den demokratischen Status des Staates widerspiegeln soll¹⁴.

4.2.2 Bertelsmann Transformationsindex (BTI)

Der Bertelsmann Transformationsindex, im Folgenden kurz BTI genannt, ist ein Index, welcher alle zwei Jahre von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlicht wird.

Der BTI definiert seine Ziele selbst als: „Das BTI-Projekt analysiert und vergleicht weltweit Transformationsprozesse zu Demokratie und Marktwirtschaft. Ziel ist es, erfolgreiche Strategien zur Steuerung des Wandels zu identifizieren“ (BTI 2019).

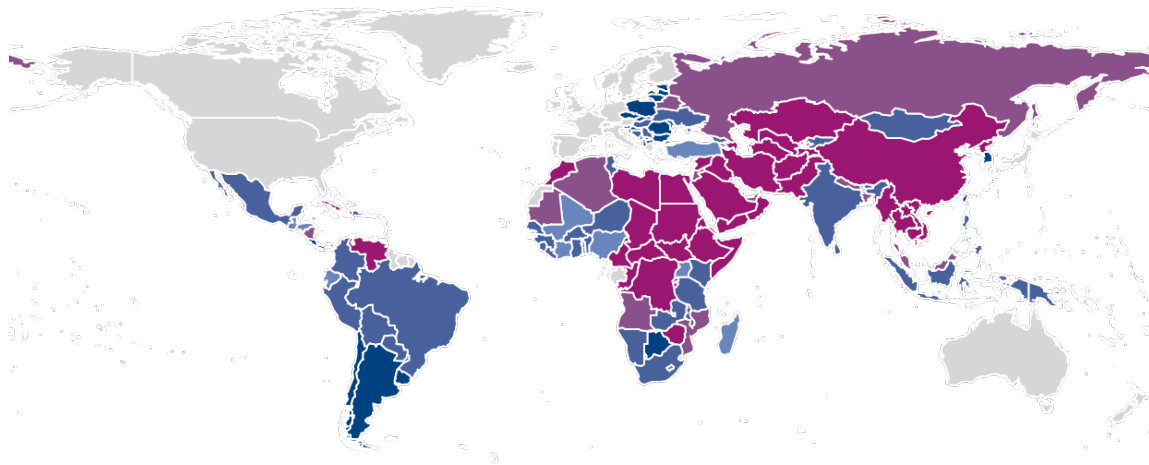
Der BTI untersucht aktuell (Stand 2019) die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und politischem Management in 129 Staaten. Die entwickelten Staaten des Westens werden nicht berücksichtigt. Dies stellt einen der Kritikpunkte am BTI dar, dem vorgeworfen wird Qualitätsunterschiede auszublenken und eine kolonialistische Perspektive einzunehmen (Koelble/Lipuma 2008, Brusis

14 1.00–2.99 Consolidated Democracies (1.00–1.99 Countries receiving a Democracy Score of 1.00–1.99 closely embody the best policies and practices of liberal democracy, 2.00–2.99 Countries receiving a Democracy Score of 2.00–2.99 closely embody the best policies and practices of liberal democracy), 3.00–3.99 Semi-Consolidated Democracies, 4.00–4.99 Transitional or Hybrid Regimes, 5.00–5.99 Semi-Consolidated Authoritarian Regimes, 6.00–7.00 Consolidated Authoritarian Regimes

u.a. 2012). Der BTI rechtfertigt sich damit, dass in konsolidierten Demokratien die Prioritäten für Reformen andere wären als in sich in Transformation befindlichen Staaten. Als „Konsolidierungsgrenze“ wird eine OSZE Mitgliedschaft vor 1989 herangezogen.

Abbildung 1

Demokratiequalität aus Sicht des BTI



*Anmerkung: Die blauen Bereiche weisen einen höheren Wert auf
Quelle: BTI*

Der BTI unterscheidet in seiner Demokratiemessung drei Elemente: der Stand der rechtsstaatlichen Demokratie, der einer sozialpolitisch flankierenden Marktwirtschaft und der des Transformationsmanagements. Der Status der politischen Transformation ist in 5 Ebenen unterteilt: sich konsolidierende Demokratie, defekte Demokratie, stark defekte Demokratie, gemäßigte Autokratie und harte Autokratie.

Die Bewertung erfolgt anhand von 5 Kriterien welchen insgesamt 18 Indikatoren zugrundeliegen.

Staatlichkeit

- Staatliches Gewaltmonopol
- Staatliche Identität
- Kein Einfluss religiöser Dogmen
- Grundlegende Verwaltungsstrukturen

Politische Partizipation

- Freie und faire Wahlen
- Effektive Regierungsgewalt
- Organisations- und Versammlungsfreiheit
- Presse und Meinungsfreiheit

Rechtsstaatlichkeit

- Gewaltenteilung
- Unabhängigkeit der Justiz
- Ahndung von Amtsmissbrauch
- Bürgerrechte

Stabilität demokratischer Institutionen

- Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen
- Akzeptanz demokratischer Institutionen

Politische und gesellschaftliche Integration

- Parteiensystem
- Interessensgruppen
- Zustimmung zur Demokratie
- Sozialkapital

Jedem Aspekt wird ein Wert zwischen 1 und 10 zugewiesen, wobei 1 der schlechteste und 10 der Beste ist. Zusammengerechnet ergibt dies einen Wert für den Demokratiestatus (BTI 2019).

Die Erhebung basiert auf qualitativen Expertenbefragungen, welche in eine numerische Bewertung übersetzt werden. Dies ergibt für jeden Bereich einen gewissen Wert. Dies ermöglicht es mit vergleichbaren Werten zu arbeiten und Vergleiche über die Zeit und zwischen verschiedenen Staaten anzustellen. Zusätzlich gibt es alle zwei Jahre detaillierte Analysen zu allen behandelten Staaten. Der BTI räumt selbst ein, dass ein gewisses Maß an Subjektivität nicht auszuschließen ist und versucht diese Unschärfe durch ein Kontrollsystem zu minimieren.

Die Unterscheidung in Demokratien und Autokratien wird anhand von sieben Schwellenwerten

getroffen, die nicht unterschritten werden dürfen¹⁵.

Eine der größten Schwächen des BTI ist in diesem Fall, dass er erst seit 2006 Länderreporte liefert und dementsprechend erst ab diesem Zeitpunkt auf ihn zurückgegriffen werden kann.

Der Bertelsmann Transformationsindex ist aufgrund seiner differenzierten Analysen in diesem Fall von Nutzen. Maßnahmen der EU zur Förderung der Demokratie richten sich in den meisten Fällen auf gewisse Bereiche, welche den Indikatoren des BTI zugewiesen werden können und so eine mögliche Auswirkung abgeschätzt werden kann. Zusätzlich bietet der BTI eine genaue Einschätzung der politischen Verhältnisse zu gewissen Zeitpunkten, was eine Betrachtung darauf ermöglicht auf welches Umfeld die Maßnahmen der Europäischen Union stoßen.

Vergleichbarkeit

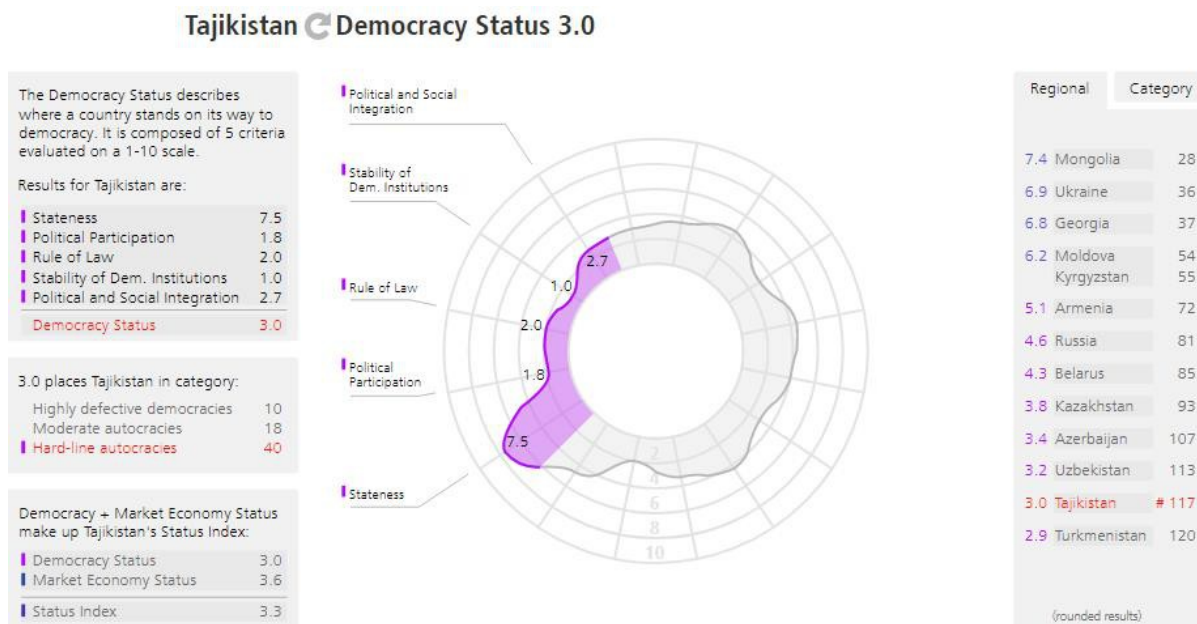
Sowohl Freedom in the World als auch Nations in Transit und der BTI arbeiten mit einer Skala, erstere mit einer von 1 bis 7, 1 am besten - 7 am schlechtesten, und letzterer mit einer von 1 bis 10, 1 am schlechtesten - 10 am besten. Für eine Vergleichbarkeit ist eine Umrechnung notwendig. Im Folgenden werden die Werte von FitW und NIT auf die Skala des BTI konvertiert.

Wie sich zeigen wird liegen die Werte für gewöhnlich relativ weit auseinander. Dies ist mit einer unterschiedlichen Auswahl der als relevant angesehenen Faktoren zu begründen. Der BTI bezieht den Faktor „Staatlichkeit“ in seinen Demokratiestatus mit ein. In „konsolidierten Autokratien“ mit kaum vorhandenen demokratischen Strukturen kann dieser Wert mitunter relativ hoch sein und den Gesamtwert entscheidend verbessern.

15 Die Schwellenwerte sind Freie und faire Wahlen: mindestens 6; Effektive Regierungsgewalt: mindestens 4; Organisations- und Versammlungsfreiheit: mindestens 4; Presse- und Meinungsfreiheit: mindestens 4; Gewaltenteilung: mindestens 4; Bürgerrechte: mindestens 4; Staatliches Gewaltmonopol und Grundlegende Verwaltungsstrukturen (Durchschnitt): mindestens 3

Abbildung 2:

Demokratiestatus in Tadschikistan



Quelle: BTI

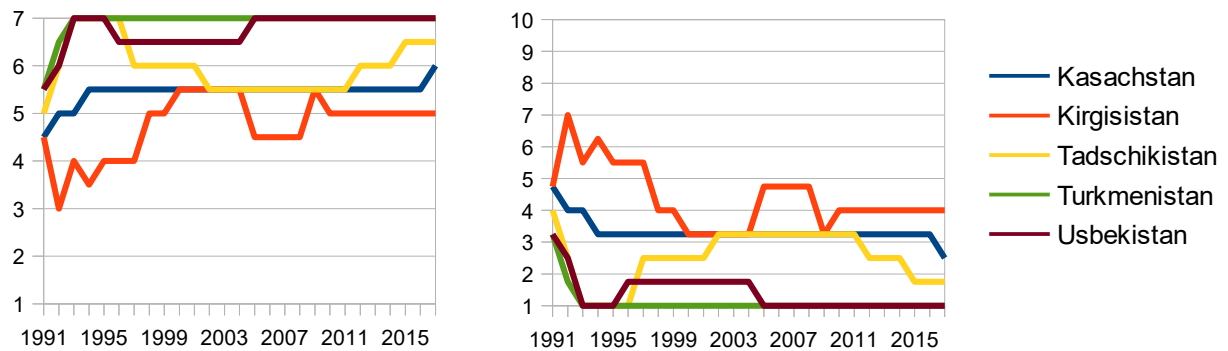
Die Bewertung von Tadschikistan 2018 ist ein Beispiel hierfür. Der Wert für Stateness ist deutlich höher als die anderen Werte, was zu einem Durchschnitt von 3 führt. Ohne den Wert für Stateness wäre der Durchschnitt nur 1,875.

Es wäre trotzdem nicht angebracht den Wert für Staatlichkeit nicht zu berücksichtigen, jedoch ist bei einem Vergleich mit den anderen Indizes diesem Faktor Rechnung zu tragen.

4.2.3 Die Bewertungen von Freedom House und des BTI für Zentralasien

Abbildung 3

Bewertung von Freedom House für Zentralasien

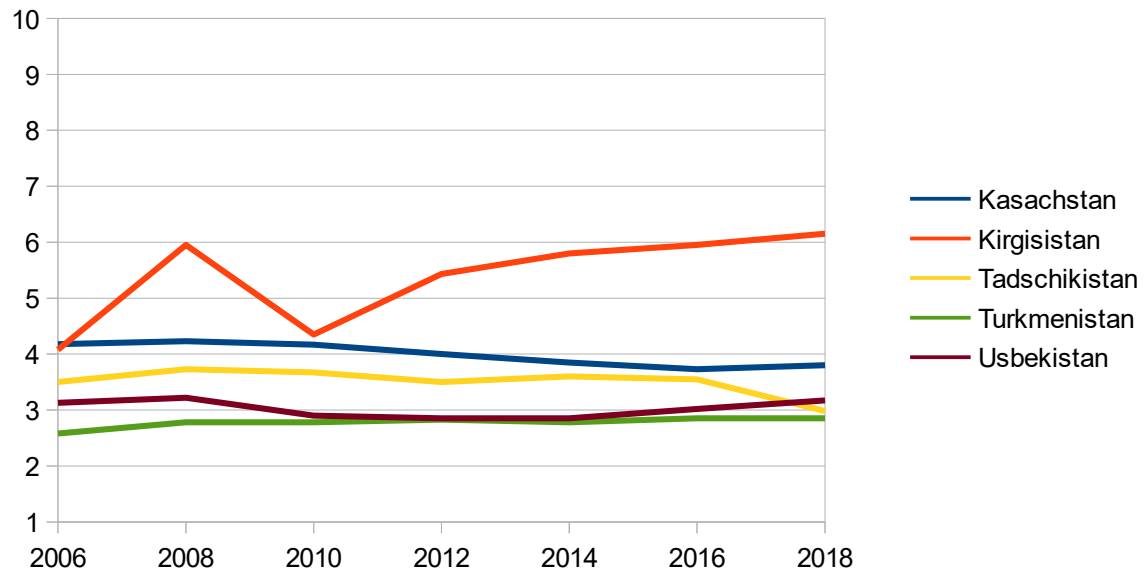


Quelle: FH, eigene Darstellung

Abbildung 3 zeigt die Bewertungen von Freedom House auf einer Skala von 1 bis 7, wobei 1 dem besten und 7 dem schlechtesten Wert entspricht und daneben, zur Vergleichbarkeit, auf die vom BTI verwendete Skala von 1 bis 10 skaliert, wobei 1 dem schlechtesten und 10 dem besten Wert entspricht.

Abbildung 4

Bewertung des BTI



Quelle: BTI

Im direkten Vergleich ist in Abbildung 4 zu erkennen, dass der BTI eine nuanciertere Betrachtung ermöglicht, während Freedom House den gesamten untersuchten Zeitraum abbildet.

Im Folgenden werden die Staaten separat betrachtet.

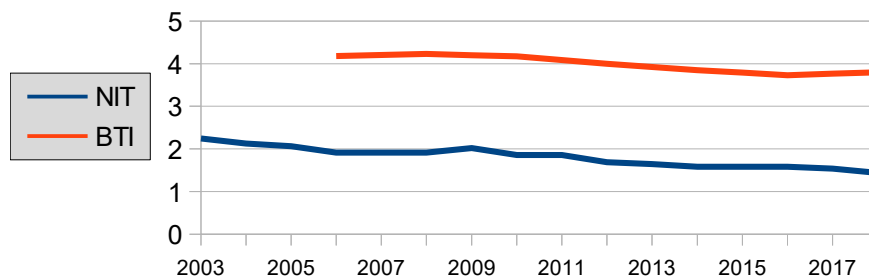
Kasachstan

Freedom in the World bewertete Kasachstan 1991 mit einem Wert von 4,5 welcher sich 1992 auf 5 und 1994 auf 5,5 verschlechterte, wo er bis 2017 blieb ehe er sich auf 6 abermals verschlechterte. Kasachstan hat damit die Bewertung „Not Free“. Für die letzte Verschlechterung wurden vor allem die Parlamentswahlen, welche keinen demokratischen Standards entsprachen und ein übermäßiges Vorgehen gegen Demonstranten verantwortlich gemacht.

Nations in Transit sah ebenfalls eine Verschlechterung des Democracy Score seit 2003.

Abbildung 5

Kasachstan



Anmerkung: NIT und der BTI bewerten sehr unterschiedlich. Auf der Skala von 1 bis 10 schneidet Kasachstan im BTI insgesamt deutlich besser ab, die Werte korrelieren jedoch mit einem Wert von 0,947.

Quelle: NIT, BTI

Der BTI sah Kasachstan bis 1994 auf dem Weg Richtung Demokratisierung inkl. wirtschaftlicher Liberalisierung. Ab 1994/1995 wurde das System von einer parlamentarischen Demokratie zu einer präsidentiellen geändert und Nazarbayev begann Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft mit Familienmitgliedern zu besetzen. Der autokratische Weg wurde von da an fortgesetzt und verlief parallel zu einem wirtschaftlichen Aufstieg der hauptsächlich durch den Rohstoffreichtum begründet war. 2015 kam es aufgrund wirtschaftlicher Turbulenzen zu Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung, was mit vorgezogenen Wahlen beantwortet wurde, welche sich noch weiter als die vorherigen von demokratischen Standards entfernten (Bertelsmann Stiftung 2018).

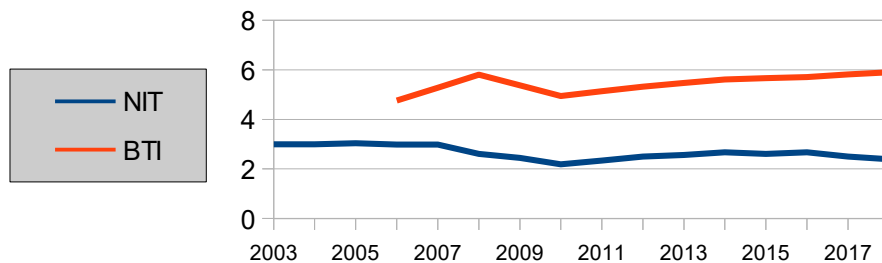
Kirgisistan

Freedom in the World bewertete Kirgisistan 1991 mit einem Wert von 4,5 welcher sich bis 2000 nach anfänglich positiven Entwicklungen auf 5,5 verschlechterte und seitdem bis 2017 auf 5 leicht verbesserte. Kirgisistan hat damit die Bewertung „Partly Free“.

NIT sah eine leichte Verschlechterung bis 2010 und seitdem ein annäherndes Verharren um einen Wert von 6. Der BTI sah 2008 eine starke Verbesserung, 2010 einen Einbruch und seitdem einen Anstieg der Demokratiequalität.

Abbildung 6

Kirgisistan



Anmerkung: Der vom BTI beobachtete Ausschlag 2008 sowie die stetige Verbesserung ab 2010 werden bei NIT nicht gesehen. Es gibt in diesem Fall kaum eine Korrelation zwischen den Werten. Der BTI und NIT bewerten die Situation in Kirgisistan sehr unterschiedlich.

Quelle: NIT, BTI

Der BTI bescheinigte Kirgisistan nach 1991 eine rasche Liberalisierung der Wirtschaft und demokratische Ansätze, welche jedoch durch Akayevs autoritäres Handeln vereitelt wurden. Die Tulpenrevolution 2005 zwang den Präsidenten zum Rücktritt und brachte ein weiteres korruptes Regime an die Macht welches sich bis 2010 halten konnte. Seitdem gibt es Verbesserungen und eine Stabilisierung, der BTI sieht Kirgisistan auf dem Weg in eine nicht-liberale Demokratie. Der gute Wert, welchen Kirgisistan 2008 erhielt, ist vor allem auf die Möglichkeit einer Demokratisierung und die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges zurückzuführen. „The country has the opportunity to consolidate its path toward democratization; it has already taken significant steps with the re-introduction of free speech, equal political rights and political competition in the spring of 2005“ (Bertelsmann Stiftung 2008a: 2).

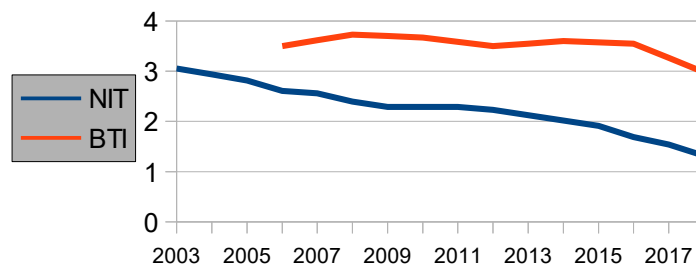
Tadschikistan

Die Bewertung von Freedom in the World startete 1991 mit einem Wert von 5 welcher sich aufgrund des Bürgerkrieges rasch auf 7 verschlechterte und sich bis 2002 wieder auf 5,5 verbesserte. Ab 2012 gibt es wieder Verschlechterungen und der Wert lag 2018 bei 6,5.

NIT sah 2003 einen modifizierten Wert von knapp über 3 und seitdem eine kontinuierliche Abnahme auf einen Wert knapp über 1. Das Bild des BTI ist differenzierter, jedoch kam es 2018 zu einer deutlichen Verschlechterung.

Abbildung 7

Tadschikistan



Anmerkung: Zwischen den Werten des BTI und von NIT besteht eine starke Korrelation von 0,756.

Quelle: NIT, BTI

Der BTI sieht in Tadschikistan eine weitere Zunahme der Machtkonsolidierung von Rahmon und zunehmend auch seiner Familie. Vor allem seit 2015 beschleunigt sich diese Entwicklung, unter anderem mit der Übernahme des Bürgermeisteramtes von Rahmons ältestem Sohn und dem Verbot der Islamic Revival Party of Tajikistan.

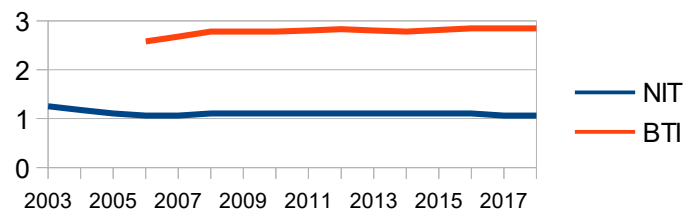
Turkmenistan

Freedom in the World bewertete Turkmenistan 1991 mit einem Wert von 5,5 und einer Verschlechterung auf 7 bis 1993, ein Wert der bis heute nicht verbessert werden konnte. Turkmenistan hat damit die Bewertung „Not Free“.

NIT startet mit einem Wert von 6,83 und ist 2018 bei einem Wert von 6,96.

Abbildung 8

Turkmenistan



Anmerkung: NIT bewegt sich knapp an der schlechtestmöglichen Bewertung. Der BTI sieht im Bereich der Staatlichkeit gute Werte was den Wert insgesamt stark steigert, in den anderen Bereichen sind die Werte des BTI mit denen von NIT vergleichbar. Bei beiden gibt es nur marginale Bewegungen über die Zeit. Es gibt eine mittelstarke Korrelation von 3,962 welche in diesem Fall wegen der minimalen Veränderungen kaum Aussagekräftig ist.

Quelle: NIT, BTI

Der BTI sah eine rasche Konsolidierung der Autokratie unter Niyazov und keine wirkliche Verbesserung unter Berdimuhamedov. Demokratische Elemente sind in Turkmenistan nur rudimentär vertreten.

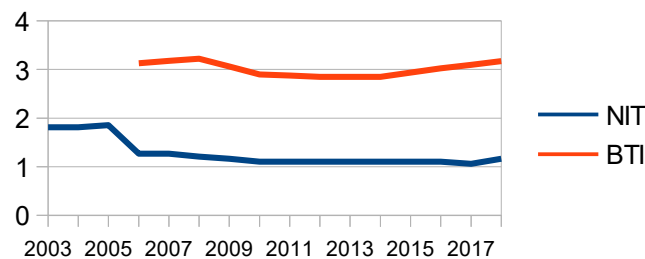
Usbekistan

Freedom in the World bewertete Usbekistan 1991 mit einem Wert von 5,5 welcher sich bis 1993 auf 7 verschlechterte, wieder kurz auf 6,5 verbesserte und seit 2005 wieder durchgehend auf 7 verharret. Die Bewertung für Usbekistan ist damit „Not Free“.

NIT bewertete Usbekistan mit einem Wert von 6,46 welcher rasch gegen 7 tendierte wo er bis heute verbleibt.

Abbildung 9

Usbekistan



Anmerkung: NIT und der BTI sahen eine Verringerung der Demokratiequalität, NIT etwas früher als der BTI und eine leichte Verbesserung, vor allem 2018. Es besteht eine Korrelation von 0,688.

Quelle: NIT, BTI

Auch in Usbekistan führte die Transformation rasch zu einem autokratischen System unter Karimov, welcher bis zu seinem Tod 2016 regierte und von Shavkat Mirziyoyev beerbt wurde. Der BTI sah in den letzten Jahren eine leichte Verbesserung der Demokratiequalität und die Hoffnung einer Demokratisierung unter Mirziyoyev, bringt jedoch gleichzeitig die Unsicherheit eines solchen Prozesses zum Ausdruck.

Vergleichbarkeit der Werte

Wie gezeigt wurde, sind die Indizes von Freedom House und der des Bertelsmann Transformationsindex unterschiedlich aufgebaut. Der BTI bewertet durch den Faktor Stateness, welcher in den zentralasiatischen Staaten durchwegs hohe Werte einnimmt, die Demokratiequalität stets besser als die Indizes von FH. Die Werte von NIT und des BTI sind allerdings durchaus vergleichbar und weisen meistens eine hohe Korrelation auf.

5 Die externe Demokratieförderung der EU in Zentralasien

Demokratiefördernde Maßnahmen der Europäischen Union beziehen sich zum Teil auf die Region als solche, also auf alle 5 Staaten gleichermaßen, und zum Teil auf die unterschiedlichen Staaten individuell. Vor allem in den früheren Phasen der Demokratieförderung wurde die Region häufig als einheitlicher Raum betrachtet, eine Sichtweise die zunehmend weniger vertreten wird. So sagte auch der Sonderbeauftragte für Zentralasien P. Morel 2006 „The EU [...] has to go beyond the principle one fits all“.

Im Folgenden sollen wesentliche Instrumente der EU zur Demokratieförderung in Zentralasien betrachtet werden und eine mögliche Auswirkung auf die Demokratiequalität aufgezeigt werden.

5.1 Bestimmung der Grundsätze und der allgemeinen Leitlinien für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die „Bestimmung der Grundsätze und der allgemeinen Leitlinien für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, ein Instrument der GASP, festgelegt im Artikel 12 des Vertrages von Amsterdam (davor Artikel J.2)¹⁶ ist ein allgemein gehaltenes Instrument des Europäischen Rates. Die Umsetzung erfolgt vor allem durch Schlussfolgerungen des Vorsitzes im Anschluss an Treffen des Europäischen Rates und in gewissen Fällen durch weitere Dokumente. Von Bedeutung ist hierbei die „Zentralasienstrategie“ (The EU and Central Asia: Strategy for a New Partnership) von 2007 und deren Fortführung 2017/2019. Bis 2007 stand Zentralasien kaum im Fokus der Europäischen Union (Urdze 2010). Eine verschärfte Sicherheitslage in der Region und zunehmende Wirtschaftsinteressen rückten die Region jedoch stärker in den Fokus der EU (vgl. Niepagenkemper 2007).

In der Zentralasienstrategie geht die EU näher auf die Region ein und betont die Bedeutung einer

¹⁶ Seit 2009 ist der Vertrag von Lissabon gültig

neuen Partnerschaft. Die Ziele werden folgendermaßen definiert:

„The common goal of achieving stability and prosperity by means of peaceful inter-action makes Europe and Central Asia partners for increased cooperation. The strong EU commitment towards its Eastern neighbours within the framework of the European Neighbourhood Policy will also bring Europe and Central Asia closer to each other, both in terms of political cooperation and economic development“ (Rat der Europäischen Union 2007a: 2)

Als strategisches Interesse definiert die EU Frieden, Demokratie und wirtschaftlichen Wohlstand in der Region, was auch zu Wahrung von Frieden und Wohlstand in den Nachbarstaaten beitragen soll. Aus Sicht der EU soll die Vertiefung der Partnerschaft zu beiderseitigem Nutzen erfolgen, um gemeinsame Interessen verfolgen zu können (Rat der Europäischen Union 2007a: 4).

Zur Umsetzung der Zentralasienstrategie soll das ganze Spektrum der GASP-Instrumente herangezogen werden und auch Institutionen außerhalb der EU sollten verstärkt mit eingebunden werden.

Es soll außerdem sowohl ein bilateral als auch ein regionaler Ansatz verfolgt werden. Der bilaterale Ansatz soll vor allem in den Bereichen Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung und sektorale Fragen zum Zug kommen, der regionale Ansatz in einer Reihe grenzüberschreitender Themenbereiche (Rat der Europäischen Union 2007a: 6).

Es werden insgesamt sieben Bereiche genannt, in welchen die EU eine konkrete Zusammenarbeit anstrebte.

1. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Staatsführung und Demokratisierung:

Die EU sieht Rechtsstaatlichkeit, demokratische Strukturen und eine verantwortungsvolle Staatsführung als Voraussetzung für einen stabilen politischen Rahmen und funktionierende Wirtschaftsstrukturen. Die Frage der Menschenrechte wird mit hoher Dringlichkeit aufgeworfen. Die EU kündigt hier eine Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene, unter Einbeziehung internationaler Organisationen, u.a. in Form von strukturierten, regelmäßigen und ergebnisorientierten Menschenrechtsdialogen¹⁷, an.

Auch die Bedeutung der Zivilgesellschaften wird hervorgehoben. Diese wird als unabdingbar für die Entwicklung von pluralistischen Gesellschaften gesehen und ein verstärkter Austausch mit den Staaten wird angestrebt.

2. In die Zukunft investieren: Jugend und Bildung:

Die EU sieht die Bildung der zentralasiatischen Jugend, nicht zuletzt aufgrund der demogra-

¹⁷ Menschenrechtsdialoge werden in Kapitel 5.5.1 näher behandelt

phischen Struktur, als wichtigen Faktor und kündigte Hilfestellungen, wie etwa den Aufbau einer „E-Seidenstraße“ an.

3. Förderung von Wirtschaftsentwicklung, Handel und Investitionen:

Die EU setzt sich für eine Vertiefung der Handelsbeziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten ein und kündigt an, diese bei einem Beitritt zur WTO zu unterstützen¹⁸. Das „neue allgemeine Präferenzsystem der EU“ wird als Instrument genannt, um die wirtschaftliche Diversifizierung zu unterstützen. Der Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen wird unterstützt und weitreichende Handelsbeziehungen in Aussicht gestellt.

4. Ausbau der Energie- und Verkehrsverbindungen:

Die Bedeutung Zentralasiens für die Energieversorgung und die globale Sicherheit wird hervorgehoben. Die EU strebt im Bereich der Energieressourcen eine Diversifizierung an und beabsichtigt die Etablierung langfristiger Partnerschaften. Für die Erschließung und Erhaltung dieser Ressourcen ist die EU bereit sich mit anderen interessierten Partner zu engagieren. Der Baku-Initiative wurde hierbei besondere Bedeutung beigemessen¹⁹.

5. Umweltverträglichkeit und Wasser:

In diesem Bereich ist die EU bemüht Kooperationen auf regionaler Ebene anzustoßen. Vor allem im Bezug auf die Nutzung der Wasserressourcen wird der grenzüberschreitende Faktor betont.

6. Bewältigung gemeinsamer Bedrohungen und Herausforderungen:

Dieser Punkt umfasst Aspekte der organisierten Kriminalität, des internationalen Drogenhandels, der Migration und des Grenzschutzes. Hier wird eine verbesserte Kooperation und Einbeziehung Afghanistans angestrebt.

7. Brücken bauen: Der interkulturelle Dialog:

Die EU lobt die gemäßigte Auslegung des Islam und das friedliche Zusammenleben verschiedener Ethnien und Glaubensrichtungen. Die EU kündigt ihren Einsatz für den Dialog innerhalb der Zivilgesellschaft und für die Achtung der Religionsfreiheit an.

(Rat der Europäischen Union 2007a)

18 Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Zentralasienstrategie 2007 waren 4 der 5 Staaten noch nicht Mitglieder der WTO. Kirgisistan trat ihr bereits 1998 bei, Tadschikistan 2013 und Kasachstan 2015. 2019 besitzt Usbekistan Beobachterstatus und Turkmenistan bekundet Interesse an diesem (WTO, Ministry of foreign affairs of Turkmenistan 2019).

19 Eine Initiative zur Energiezusammenarbeit zwischen der EU und den Anrainerstaaten des Schwarzen und des Kaspischen Meeres und ihren Nachbarstaaten (Rat der Europäischen Union 2004b, Batzella 2018)

Eine Ausweitung der Mittel für verschiedene Projekte zur Umsetzung der oben angeführten Punkte wird angekündigt. Ein Großteil der Mittel ist für bilaterale Projekte vorgesehen.

Es gab verschiedene Zwischenberichte zur Umsetzung der Zentralasienstrategie, so auch eine Schlussfolgerung des Rates 2015 (Rat der Europäischen Union 2015). In diesem wurden die 2007 formulierten Ziele erneut bekräftigt und darauf hingewiesen, dass diese in einem veränderten Umfeld weiter zu verfolgen seien. Die Unterschiede der fünf Staaten wurden hervorgehoben und als Konsequenz eine definiertere Herangehensweise angekündigt, um so mehr konkrete Ergebnisse und Reformen zu erreichen. Die gesetzten Maßnahmen sollten flexibler gestaltet werden und sich weniger auf die Region und mehr auf die einzelnen Staaten und gewisse Prioritäten fokussieren (Böttger, Braun, Plottka: 2019: 298, 311). Eine leichte Eigenkritik gibt es auch bei der mangelnden Koordination zwischen den jeweiligen EU-Akteuren und auch einzelnen Mitgliedsstaaten, welche verbessert werden soll (Rat der Europäischen Union 2015).

Auch der Zwischenbericht 2017 (Rat der Europäischen Union 2017a) bestätigt das Strategiepapier von 2007 und den Bericht von 2015. Der Rat bekräftigt hier die Menschenrechtsproblematik und betont die Bedeutung von ernsthaften Dialogen, wobei auch die Zivilgesellschaft verstärkt eingebunden werden soll. Auch die verschärfte Sicherheitsproblematik, vor allem im Bereich des Extremismus, wird aufgegriffen. Das Ausarbeiten einer neuen Strategie wird von der Hohen Vertreterin und der Kommission gefordert, um den gewachsenen Bedürfnissen und Anforderungen gerecht zu werden (Böttger, Plottka 2017: 386, Böttger, Braun, Plottka: 2019: 311-313, Rat der Europäischen Union 2017a).

2019 forcierte die EU eine neue Strategie, aufbauend auf der von 2007, mit dem Titel „The EU and Central Asia: New Opportunities for a Stronger Partnership“. Eine zusätzliche Grundlage der neuen Zentralasienstrategie stellt die globale Strategie der EU dar, welche sich verstärkt auf die Interessen der EU konzentriert und Demokratisierungszielen weniger Bedeutung beimisst. Der „prinzipiengeleitete Pragmatismus“ (Europäischer Auswärtiger Dienst 2016: 8) soll die Balance zwischen eigenen Interessen und dem Anspruch, eine normative Macht zu sein, ausdrücken (Böttger, Braun, Plottka: 2019: 307).

„This Joint Communication aims to forge a stronger, modern and non-exclusive partnership with the countries of Central Asia so that the region develops as a sustainable, more resilient, prosperous, and closely interconnected economic and political space. It will build upon the lessons learnt from EU engagement in the region, take into consideration other relevant strategies“ (Europäische Kommission 2019a: 1).

Der Fokus liegt auf drei Punkten: *Partnering for Resilience*, *Partnering for Prosperity* und *Working Better Together* mit jeweils mehreren Unterpunkten die zum großen Teil an die sieben Bereiche der Zentralasienstrategie von 2007 anschließen, diese jedoch weiterentwickeln und die Schwerpunkte verschieben.

Im vorliegenden Kontext von besonderem Interesse ist der Punkt 1.1 Promoting Democracy, Human Rights and the Rule of Law.

„Consolidating democratic institutions, empowering citizens and establishing more inclusive political and economic governance structures, promoting the rule of law, strengthening the accountability of public institutions and ensuring respect for human rights are key conditions for the success of the sustainable development of Central Asia. Respect for human rights will therefore remain an essential element of the EU's bilateral relations with the countries of the region.“ (Europäische Kommission 2019a: 3).

Der Verbreitung von Menschenrechten, demokratischen Strukturen und der Einbeziehung der Zivilgesellschaft wird eine hohe Priorität beigemessen.

Eine Beurteilung der Strategie und ihrer Bewertungen bzw. Erneuerung ist aufgrund des Umfangs nicht ohne Probleme vorzunehmen. Die Strategie von 2007 kann als unterstützend eingestuft werden. Vor allem in Fragen der Menschenrechte und Demokratie werden Probleme und eine Dringlichkeit zu Reformen betont, jedoch gibt es keine direkte Adressierung an Staaten und negative Konsequenzen werden nicht erwähnt. Auch in den anderen Punkten bleibt die Strategie eher vage und bezieht sich meist auf Hilfestellungen.

Die Strategie bezieht sich stark auf das Linkage-Modell. Sowohl direkt als auch indirekt soll Unterstützung geleistet werden. Dies bezieht sich zum einen auf die Zivilgesellschaft, welche durch verschiedene Maßnahmen und in verschiedenen Bereichen gestärkt werden soll, und zum anderen auf die Wirtschaft, welche durch eine verstärkte Liberalisierung und durch verbesserten Handel, sowohl mit der EU als auch zwischen den zentralasiatischen Staaten, stabilisiert und gestärkt werden soll.

Auf Ebene des Leverage-Modells sollten vor allem demokratische Institutionen gestärkt werden. Der Hebel der Konditionalität ist jedoch nur schwach ausgeprägt, da die Druckmittel der EU den entstehenden Kosten der autokratischen Eliten kaum begegnen können und die EU im Strategiepapier eventuelle Druckmittel auch nicht explizit erwähnt.

Der Bereich des Governance-Modells ist wieder stärker ausgeprägt. Es wird ein starker Fokus auf die Zusammenarbeit und den Dialog in spezifischen Bereichen gelegt, um dadurch eine Demokratisierung zu unterstützen. Auch ist der Wille der EU erkennbar, die vorhandenen und angestrebten Kanäle zu institutionalisieren und andere Akteure miteinzubeziehen.

Die Zwischenberichte und die Strategie 2019 verfolgen größtenteils das gleiche Schema, wobei weiterhin unterstützend vorgegangen wird.

Ein Blick auf die Auswirkungen der Zentralasienstrategie im Bereich der Demokratieförderung zeigt ein ernüchterndes Bild (Böttger 2016: 407,408). Nur Kirgisistan bildet hier eine Ausnahme. 2007 beurteilte die EU alle Staaten als mit Einschränkungen autoritär oder autoritär, eine Einschätzung die sich nicht änderte. Die Ausnahme bildet hier Kirgisistan. Wie im Kapitel 4.2.3 beschrieben bewerten auch NIT und der BTI die Staaten als Not Free / autoritär mit fallender Tendenz, wieder mit Kirgisistan als Ausnahme.

Die genaue Aufschlüsselung der Indizes erlaubt es die sieben Bereiche und deren Umsetzung näher zu betrachten.

Punkt 1 birgt mehrere Aspekte in sich, mit einem besonderen Fokus auf die Menschenrechte. Als Erfolg kann die Etablierung der Menschenrechtsdialoge, welche bis 2008 aufgenommen wurden (Europäische Kommission 2016). Die EU selbst ist in diesen Dialogen überaus vorsichtig, nachdem 2004 der Dialog mit dem Iran fast vollständig zum Erliegen kam als die EU deutlich direkter vorgeht (Axyonova 2011: 3). Diese Zurückhaltung bezieht sich auch auf die Bewertung der Staaten, sodass in den Berichten hauptsächlich punktuelle Fortschritte und positiv gewertete Absichtsbekundungen erwähnt werden ohne jedoch die Gesamtsituation zu beurteilen.

Der BTI und NIT bewerten die Menschenrechtssituation als weitgehend unverändert schlecht. Kirgisistan und Tadschikistan fallen hierbei etwas aus dem Rahmen. Der Trend in Kirgisistan geht in Richtung eines verantwortungsvolleren Umgangs mit Menschenrechten, auch wenn diese Entwicklung immer wieder von Ereignissen wie den Unruhen 2010 unterbrochen wird. Freedom in the World hebt etwa die Situation der NGOs positiv hervor, welche die Möglichkeit haben, sich aktiv am zivilen und politischen Leben zu beteiligen. Problematisch bleibt die Situation für NGOs, welche sich für die usbekische Minderheit einsetzen, welche nach wie vor Repressionen ausgesetzt sind, auch wenn es etwa 2018 zu keinem Zwischenfall kam, was eine Verbesserung um einen Punkt im Abschnitt E2²⁰ ermöglichte (Freedom in the World 2019).

Tadschikistan auf der anderen Seite verzeichnet eine klare Verschlechterung der Menschenrechtssituation. Vor allem seit 2014/2015 gibt es einen starken Einbruch der Wertung bei Freedom in the World. Der Bericht 2016 fasst die Entwicklung zusammen:

„Tajikistani authorities continued to arbitrarily limit free speech, access to information, and the right to civic organization in 2015. The government led a legal and media campaign against the

20 E2. Is there freedom for nongovernmental organizations, particularly those that are engaged in human rights– and governance-related work? 2 / 4 (+1)

country's largest opposition group, the Islamic Renaissance Party of Tajikistan (IRPT), ahead of and following parliamentary elections in March, in which the ruling People's Democratic Party (PDP) retained its majority. In September, after a series of decisions revoking the legal status of the IRPT and limiting its activities, the Supreme Court declared the party a terrorist organization, criminalizing membership in or public expression of support for the group. Authorities shuttered IRPT offices and arrested scores of members following the decision" (Freedom in the World 2016).

Im Bereich der Rechtsstaatlichkeit sieht Nations in Transit für alle Staaten eine Verschlechterung²¹, wobei Turkmenistan im gesamten relevanten Zeitraum seit 2007 den schlechtesten Wert von 7 inne hat, Usbekistan seit 2009. Der BTI zeigt für den Zeitraum von 2006 bis 2018 im Bereich Rule of Law eine Verbesserung für Kirgisistan und Turkmenistan, wobei die für Kirgisistan seit 2010 eine konstante Verbesserung darstellt und 2018 mit einem Wert von 5,3 im mittleren Bereich liegt, und für Turkmenistan eine leichte Verbesserung von 2006 auf 2008 und eine darauf folgende Stagnation auf niedrigem Niveau. Der Wert von Usbekistan fiel von 2006 auf 2008 leicht und stagniert seitdem auf niedrigem Niveau, die Werte von Kasachstan und Tadschikistan fielen stark bzw. sehr stark, wobei es für Kasachstan von 2016 auf 2018 eine leichte Erholung gab und für Tadschikistan im gleichen Zeitraum einen sehr starken Verlust auf den niedrigsten Wert aller zentralasiatischer Staaten.

Als weiterer Faktor wird die „verantwortungsvolle Staatsführung“ erwähnt. Vor allem der Punkt „Stateness“ des BTI kann hier als Vergleich herangezogen werden. In diesem Bereich zeigt sich ein anderes Bild. Während die zentralasiatischen Staaten bei den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit durchwegs schlecht abschnitten, nehmen sie bei der Staatlichkeit gute bis sehr gute Werte, mit steigender Tendenz, ein. Kasachstan konnte sich von 2006 bis 2018 nicht verbessern, nimmt mit einem Wert von 8,5 jedoch zwischen „Sound“ und „Excellent performance“ den höchsten Wert in Zentralasien ein. Turkmenistan konnte sich, ebenso wie Kirgisistan, von 7,3 auf 8 verbessern, Usbekistan von 6,8 auf 8 und Tadschikistan von 5,8 auf 7,5, womit es nach wie vor den niedrigsten Wert einnimmt, sich jedoch gleichzeitig am stärksten verbessern konnte.

Punkt 7 der Zentralasienstrategie bezieht sich auf religiöse und ethnische Aspekte. Freedom in the World geht in Punkt B4 darauf ein²² und bewertet die betroffenen Staaten durchwegs schlecht. Kasachstan wird 2018 mit einem Punkt bewertet, basierend auf dem Verbot politischer Bewegungen mit religiösem oder ethnischem Fokus, der Bevorzugung der kasachischen Sprache und der Benachteiligung von Frauen. Auch Kirgisistan erhält einen Punkt, basierend auf der Minderheitenpolitik und der Unterrepräsentation von Frauen. Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan erreichen keinen Punkt, da nach Freedom in the World die Repressionen alle Bevölkerungsteile umfassen.

21 Bereich Judicial Framework and Independence

22 Do various segments of the population (including ethnic, religious, gender, LGBT, and other relevant groups) have full political rights and electoral opportunities?

Der BTI sieht die Situation der Religionsfreiheit deutlich besser²³. Alle Staaten erreichen durchwegs gute Werte zwischen 8 und 10, wobei sich der Wert für Kasachstan und Kirgisistan leicht von 10 auf 9 verschlechterte, der für Tadschikistan von 9 auf 8 verschlechterte, der für Turkmenistan konstant auf 9 blieb und der für Usbekistan sich von 8 auf 9 verbesserte.

Sektoral betrachtet zeigt sich also ein differenziertes Bild. Kirgisistan macht Fortschritte im Bereich der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, während sich die Situation in den anderen Staaten verschlechtert oder auf niedrigem Niveau stagniert. Durchwegs gute Werte hingegen erreichen die Bereiche verantwortungsvolle Staatsführung und Religionsfreiheit.

5.2 Gemeinsame/durchzuführende Aktion und Sonderbeauftragte

Die erste gemeinsame Aktion zu Zentralasien wurde 2005 angenommen und im Zuge dessen Ján Kubiš zum Sonderbeauftragten ernannt (Rat der Europäischen Union 2005a, Art 1). Die Ernennung beruht auf den politischen Zielen der EU und soll dabei helfen, Kontakte aufzubauen und zu verbessern, die Kooperation zwischen den Staaten zu intensivieren, Kontakte mit äußeren Akteuren zu verbessern, zur Konfliktlösung beizutragen, eine Vermittlerrolle einzunehmen und die politische Koordinierung allgemein zu erleichtern. Seit 2007 und dem Inkrafttreten der Zentralasienstrategie hat der Sonderbeauftragte zusätzlich die Aufgabe „die Umsetzung der EU-Strategie für eine neue Partnerschaft mit Zentralasien zu überwachen, Empfehlungen auszusprechen und den zuständigen Ratesgremien regelmäßig Bericht zu erstatten“ (Rat der Europäischen Union 2007b: Art 1).

2007 übernahm Pierre Morrel das Amt des Sonderbeauftragten, Patricia Flor folgte 2012 (Böttger 2013: 325)²⁴ und 2015 Peter Burian (Rat der Europäischen Union 2015), welcher bis heute, Stand 2019, im Amt ist (vgl. Rat der Europäischen Union 2017a).

Bei der Bewertung der gemeinsamen Aktion sind unterstützende Elemente vorhanden. Punkt c in Artikel 2 zur Erörterung der politischen Ziele bezieht sich auf die Demokratieförderung: „...einen Beitrag zur Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvoller Staatsführung und

23 No interference of religions dogmas

24 Patricia Flor wurde Anfang 2014 durch Janos Herman ersetzt, nachdem sie als Leiterin der Abteilung für Vereinte Nationen und Globale Fragen ins Auswärtige Amt wechselte. Er wurde nicht, wie etwa Flor, vom Europäischen Rat in Vertretung der Mitgliedsstaaten benannt (Böttger 2014: 356)

Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Zentralasien“ (Rat der Europäischen Union 2005a, Art 1c). Auch die Punkte a, b und d weisen einen, wenn auch indirekteren unterstützenden Charakter auf.

2005 beurteilte die EU alle zentralasiatischen Staaten als mit Einschränkungen autoritär oder autoritär. Mehrere Punkte machen deutlich, dass zum Erreichen der Ziele nicht nur mit den staatlichen Eliten gearbeitet werden soll, sondern auch mit anderen Gruppierungen und der Zivilgesellschaft. Dies kann in Anbetracht des autoritären Charakters der betroffenen Staaten als fordernd gewertet werden. Eine Änderung ergibt sich für Kirgisistan, welches sich als einziger Staat in Richtung einer Demokratie entwickeln konnte, womit sich der fordernde Charakter in einen eher unterstützenden wandeln konnte.

Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und anderer Organisationen ist dem Linkage-Modell zuzuordnen. Auch Leverage Elemente sind vorhanden, was sich aus dem fordernden Charakter ergibt, wobei die Konditionalität hier eher schwach ausgeprägt ist. Der angestrebte enge Kontakt zu den Regierungen und den staatlichen Institutionen in Artikel 3.a ist dem Governance-Modell zuzuschreiben, kann aufgrund des autoritären Charakters der betreffenden Staaten jedoch auch als Linkage gewertet werden.

Die Ziele des Sonderbeauftragten überlappen sich weitgehend mit denen der Zentralasienstrategie und durch seine Rolle als Vermittler und Koordinator sollen diese leichter erreicht werden. Was die Auswirkungen betrifft kann also auf die Analyse der Zentralasienstrategie (Kapitel 5.1) zurückgegriffen werden, wo keine Verbesserung in den verschiedenen Bereichen, mit Ausnahme der Staatlichkeit, und partiell anderen Bereichen in Kirgisistan, festgestellt werden konnte.

5.3 Gemeinsame bzw. einzunehmende Standpunkte

Gemeinsame Standpunkte (seit dem Vertrag von Lissabon einzunehmende Standpunkte) liegen zu Usbekistan in Folge der Unruhen von Andijan 2005 vor²⁵. Die EU reagierte auf die Vorfälle in Form von Schlussfolgerungen des Rates und Parlamentsresolutionen. Der Rat forderte die Durchführung

25 Seit 2004 kam es in Usbekistan vermehrt zu Demonstrationen, hervorgerufen vor allem durch die wirtschaftlich angespannte Situation. Die Proteste weiteten sich aus und im Mai 2005 kam es zu Demonstrationen zur Freilassung von 23 Geschäftsleuten, welche wegen Islamismus angeklagt waren. In den folgenden Tagen kam es zur gewaltsamen Befreiung der Geschäftsleute und weiterer Inhaftierter, woraufhin das usbekische Militär eingriff und ein „Massaker“ veranstaltete. Die Anzahl der Opfer wird von westlicher Seite und Menschenrechtsorganisationen auf 500 bis 1500 veranschlagt (Hartman 2016), von Usbekischer Seite wird von 211 Toten gesprochen (Akiner 2005). Die ODIHR beziffert die Zahl der Opfer mit 300-500 (ODIHR 2005: 23).

von unabhängigen Untersuchungen und die Verurteilung der Verantwortlichen, Forderungen denen von usbekischer Seite nicht nachgekommen wurde. Mittels eines gemeinsamen Standpunkts wurden schließlich im November 2005 Sanktionen verhängt. Diese Sanktionen umfassen ein Embargo für Waffen und andere militärische Ausrüstung sowie ein Einreiseverbot für Personen welche an dem Massaker beteiligt waren bzw. dessen Aufklärung behindert hatten. Unter den Personen, welche von den Sanktionen betroffen waren, waren u.a. der Innenminister Sakirdschan Almatow und der Verteidigungsminister Kadir Gafurowitsch Gulamow. Angelegt waren die Sanktionen auf ein Jahr mit Möglichkeit auf Verlängerung oder einer Vorzeitigen Beendigung im Fall einer deutlichen Änderung der Situation (Rat der Europäischen Union 2005b).

Insgesamt gab es sechs gemeinsame Standpunkte zu diesem Thema, von November 2005, November 2006, Mai 2007, November 2007, Mai 2008 und November 2008. Die gemeinsamen Standpunkte welche auf die von 2005 folgten dienten der Verlängerung der Sanktionen und gelegentlich einer Lockerung.

Der erste gemeinsame Standpunkt vom November 2005 war auf ein Jahr begrenzt und Resultat der Erfolglosigkeit anderer Instrumente, die Usbekistan dazu drängten, die Ereignisse aufzuarbeiten. Die gesetzte Maßnahme kann als stark fordernd gewertet werden. Die Ereignisse in Andijan werden in deutlichen Worten kritisiert:

„On 23 May 2005 the Council strongly condemned the excessive, disproportionate and indiscriminate use of force by the Uzbek security forces during events in Andijan in May and expressed its deep regret regarding the failure of the Uzbek authorities to respond adequately to the UN's call for an independent international inquiry into these events“ (Rat der Europäischen Union 2005b). Ebenso stößt der Umgang mit den Ereignissen auf Kritik: „On 13 June 2005 the Council condemned the Uzbek authorities' refusal to allow an independent international inquiry into the recent events in Andijan, reiterated its conviction that a credible independent international inquiry should be held and urged the Uzbek authorities to reconsider their position by the end of June 2005“ (Rat der Europäischen Union 2005b).

Dieser deutlichen Verurteilung und Aufforderungen, den Forderungen der EU nachzukommen, folgen die gesetzten Maßnahmen. Das Waffenembargo umfasst Elemente, welche dazu geeignet sind zur internen Repression verwendet zu werden. Dies kann als direkter Angriff auf die innere Sicherheit und Stabilität Usbekistans gewertet werden. Auch wirtschaftliche Sanktionen kommen in Artikel 4 zum Einsatz: „No technical meetings scheduled in accordance with the Partnership and Cooperation Agreement establishing a partnership between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Uzbekistan, of the other part (1), shall take place“ (Rat der Europäischen Union 2005b). Das Partnership and Cooperation Agreement (PKA, Kapitel 5.5) zielt vordergründig auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit ab, womit ein Aussetzen dieses eine Maßnahme gegen die wirtschaftliche Entwicklung ist und damit den fordernden

Charakter unterstreicht. Auch die Einreiseverbote für bedeutende Mitglieder der usbekischen Politik und des Militärs sind eindeutig fordernd.

Im November 2006 kam es zu einer Verlängerung der Sanktionen mit zwei Elementen, welche den fordernden Charakter abschwächten bzw. ein unterstützendes Element hinzufügten. Das Waffenembargo wurde für ein Jahr verlängert, die Einreiseverbote jedoch nur für ein halbes Jahr. Außerdem wurden die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben. „However, the Council decided that the meetings referred to in Article 4 of Common Position 2005/792/CFSP should be reinstated, with the aim of bringing about, through dialogue, compliance by Uzbekistan with the principles of respect for human rights, rule of law and fundamental freedoms“ (Rat der Europäischen Union 2006). Dieser Punkt kann als unterstützend betrachtet werden, wenn auch mit Einschränkungen, da er darauf abzielt, Ziele zu erreichen, welche nicht im Interesse der usbekischen Eliten liegen.

Im Mai 2007 kam es zu einer Verlängerung der Einreiseverbote für 8 der 12 Personen (Rat der Europäischen Union 2007c). Der Charakter der Maßnahme ist fordernd, die Verringerung der betroffenen Personen schwächt dies jedoch ab.

Im November 2007 kam es erneut zu einer Verlängerung der Sanktionen, jedoch mit deutlichen Änderungen. Das Waffenembargo wurde erneut um 12 Monate verlängert, das Einreiseverbot jedoch für 6 Monate ausgesetzt. Die Forderung die Vorfälle in Andijan aufzuklären wurde nicht erneuert, stattdessen gab es eine allgemeine Forderung zur Verbesserung der Menschenrechtssituation

„On 15 October 2007, the Council called on the Uzbek authorities to make further progress in the area of human rights. It urged Uzbekistan to implement in full its international obligations relating to human rights and fundamental freedoms as well as rule of law and, in particular, to allow full unimpeded access by relevant international bodies to prisoners; to engage effectively with the UN Special Rapporteurs to Uzbekistan; to let all NGOs, including Human Rights Watch, operate without constraints in Uzbekistan; ...“ (Rat der Europäischen Union 2007d).

Es ergibt sich für den gemeinsamen Standpunkt vom November 2007 ein neutraler Charakter, da sich fordernde Punkte wie das Beibehalten des Waffenembargos und unterstützende, wie das Aussetzen der Einreiseverbote und die Rücknahme zur Aufklärung der Vorkommnisse von Andijan, weitgehend ausgleichen.

Der gemeinsame Standpunkt von April 2008 verlängerte das Aussetzen der Einreiseverbote um weitere 6 Monate (Rat der Europäischen Union 2008a) und ist daher als unterstützend zu werten.

Im gemeinsamen Standpunkt von November 2008 lobte die EU, unter Bezug auf Schlussfolgerungen des Rats, ausdrücklich die Fortschritte in der Rechtsstaatlichkeit und der Situation der Menschenrechte. Die Einreiseverbote wurden aufgehoben, das Waffenembargo jedoch für weitere 12 Monate verlängert (Rat der Europäischen Union 2008b). Dies ergibt einen leicht unterstützenden

Charakter. Im Oktober 2009 wurde beschlossen, die Sanktionen nicht weiter zu verlängern, was jedoch nicht in Form eines gemeinsamen Standpunktes festgehalten wurde.

Was den Zugang betrifft, sind Elemente des Linkage-Modells nur schwach vertreten. Vor allem die Sanktionen im wirtschaftlichen Bereich können ihr zugeordnet werden. Elemente des Leverage-Modells sind stark vertreten, sowohl die Einreisebeschränkungen als auch das Waffenembargo ist ihr zuzuordnen. Ersteres bezieht sich direkt auf involvierte Eliten, zweiteres auf die Eliten Usbekistans im allgemeinen, da es einen direkten Angriff auf ihre Fähigkeit darstellt, ihre Macht durchzusetzen.

Da gemeinsame Standpunkte bis jetzt nur im Fall von Usbekistan eingesetzt wurden bleiben auch die Auswirkungen auf dieses Land beschränkt, eventuelle Auswirkungen auf andere Staaten, in Form etwa einer abschreckenden Wirkungen, werden nicht untersucht

Freedom in the World änderte den Wert für civil liberties von 2005 auf 2006 von 6 auf 7. Der Grund sind die Ereignisse von Andijan und deren Folgen.

„Uzbekistan's poor human rights record deteriorated further in 2005 following the government's violent suppression of a mass public demonstration in the city of Andijon in May in which hundreds of largely unarmed civilians were reportedly killed. The aftermath of the uprising saw an intensified crackdown by the government of President Islam Karimov against independent media, civil society organizations, and human rights activists, particularly those with ties to Western governments or groups regarded as posing a potential challenge to the regime. On the international front, the Andijon events sparked condemnation from the European Union (EU), brought support from Russia and China, and further strained relations with the United States and neighboring Kyrgyzstan“ (Freedom in the World 2006).

In den nächsten Jahren, der Zeit der Sanktionen, wurde von Freedom in the World eine weitere Zunahme der Repressionen gegen die Opposition, freie Medien und, vor allem ausländische, NGOs festgestellt. Karimov ließ sich 2007 für eine dritte Amtszeit wiedewählen, was einen Bruch der usbekischen Verfassung darstellte. Ab 2007 kam es zu einer erneuten Annäherung an die Europäische Union und an die USA, was die usbekische Abhängigkeit von Russland verringerte und den EU und den USA bzw. der NATO logistische Unterstützung für Operationen in Afghanistan brachte. Innerstaatlich veränderte sich die Situation kaum.

Nations in Transit ermöglicht einen genaueren Blick auf die unterschiedlichen Bereiche.

Tabelle 5

Entwicklung von Usbekistan

Nations in Transit Ratings and Averaged Scores										
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Electoral Process	6.75	6.75	6.75	6.75	6.75	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00
Civil Society	6.50	6.50	6.50	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00
Independent Media	6.75	6.75	6.75	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00
Governance*	6.25	6.25	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
National Democratic Governance	n/a	n/a	6.50	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00	7.00
Local Democratic Governance	n/a	n/a	6.25	6.75	6.75	6.75	6.75	6.75	6.75	6.75
Judicial Framework and Independence	6.50	6.50	6.25	6.75	6.75	6.75	7.00	7.00	7.00	7.00
Corruption	6.00	6.00	6.00	6.50	6.50	6.50	6.50	6.75	6.75	6.75
Democracy Score	6.46	6.46	6.43	6.82	6.82	6.86	6.89	6.93	6.93	6.93

Quelle: NIT

Der Democracy Score, der Durchschnittswert der Unterpunkte, verschlechterte sich von 2005 auf 2006 von 6,43 auf 6,82 und damit nahe an den schlechtestmöglichen Wert von 7,0.

Der Electoral Process hielt seinen Wert von 6,75 und verschlechterte sich 2008 auf den Wert von 7, begründet in den Wahlen von 2007, welche als nicht demokratisch gesehen wurden.

Der Wert für Civil Society sank von 6,5 auf 7,0 und wurde von NIT als der am stärksten angegriffene Bereich im Zuge der Unruhen von Andijan gesehen. „Uzbekistan's civil society rating worsens from 6.50 to 7.00 owing to the severe level of repression directed against human rights defenders, NGOs, and their employees and to the intensified campaign of personality worship instigated by the authorities“ (Nations in Transit 2006). Es kam auch in den nächsten Jahren zu keiner nennenswerten Verbesserung.

Der Wert von Independent Media sank von 6,75 auf 7,0. Usbekistan dehnte die Kontrolle über alle Formen der Medien aus, gegen ausländische Medien gab es eine „Schmierenkampagne“ und kritische Journalisten sowie Aktivisten wurden verhaftet. Der Wert verbesserte sich im Zeitraum der Sanktionen nicht mehr (Nations in Transit 2006).

Der National Democratic Governance Wert sank von 6,5 auf 7,0. Schon vor den Unruhen gab es kaum eine Machttrennung, diese konzentrierte sich fast ausschließlich auf den Präsidenten und die Exekutive. Mit den Ereignissen von 2005 wurde dies schlagend, als die Exekutive ihre Möglichkeit benutzte, alle Aspekte der usbekischen Gesellschaft zu dominieren. Auch hier kam es zu keiner Verbesserung mehr (Nations in Transit 2006).

Auch auf lokaler Ebene kam es zu Verschlechterungen. „Because of the failure of local authorities to subject themselves to democratic reforms and because of their increased harassment of potential sources of opposition, Uzbekistan's local democratic governance rating worsens from 6.25 to 6.75“ (Nations in Transit 2006).

Der Wert für Judicial Framework and Independence sank von 6,25 auf 6,75 und 2009 auf 7,0. Einer der Hauptforderungen der EU war die Aufklärung der Ereignisse was nicht geschah. Stattdessen wurde die usbekische Justiz, schon vorher nicht frei und unabhängig, vollends zum helfenden Organ Karimovs.

Auch der Wert für Corruption verschlechterte sich von 6,0 auf 6,5 und schließlich 6,75 in 2010.

Der BTI erhebt seine Werte in einer vergleichbaren Form erst seit 2006, wodurch die direkten Auswirkungen der Unruhen nicht zu erfassen sind, jedoch ein Blick auf die Auswirkungen der Sanktionen geworfen werden kann. Der Democracy Index stieg von 2006 auf 2008 von 3,13 auf 3,22 und fiel bis 2010 auf 2,90.

Die Werte für Stateness und Political Participation stiegen, die für Political and Social Integration, Stability of Dem. Institutions und Rule of Law sanken.

Für das Ansteigen des Wertes von Political Participation sind zwei Punkte verantwortlich. Der erste ist „Effective Power to govern“, in welchem vor allem die informellen Gruppierungen hervorgehoben werden, und welcher sich von 1 auf 2 verbessert. Der zweite ist „Association / assembly rights“, welcher sich von 2 auf 3 verbessert, und schließlich wieder auf 2 abfällt. Bei beiden Punkten gibt es keine direkte Begründung für die Veränderung.

Im Bereich der Political and Social Integration sank u.a. der Wert von „Interest groups“ von 3 auf 2, wieder mit Verweis auf informelle Gruppierungen und Patronagennetzwerke. Der Wert für Stability of Dem. Institutions fiel von 2008 auf 2010 von 2 auf 1, womit Usbekistan demokratische Elemente auf staatlicher Seite aberkannt werden. „Uzbekistan is an authoritarian state with an anti-democratic establishment; its “democratic” institutions are merely a façade. The presidential administration is the core institution exercising dominance and control as it stands above the entire political system and operates along its own informal rules“ (Bertelsmann Stiftung 2008b: 8).

Zusammenfassend ist zu erkennen, dass es im Zuge der Unruhen zu einem deutlichen Einbruch der Demokratiequalität in Usbekistan auf fast allen Ebenen kam. Den Forderungen der Europäischen Union nach Aufklärung wurde nicht nachgekommen und mögliche Akteure zur Aufklärung, ob die Justiz auf staatlicher Seite, oder Zivilgesellschaft sowie nationale und internationale NGOs, wurden stärker an die Exekutive gebunden bzw. unterdrückt. Das Waffenembargo richtete sich auf die innere Sicherheit Usbekistans, ohne jedoch einen negativen Effekt erzielen zu können. Der Stateness-Wert des BTI stieg im Zeitraum von 2006 bis 2010 und das autokratische System konnte sich festigen. Auch die Einreiseverbote konnten auf keinen der betrachteten Punkte einen wesentlichen Effekt erwirken.

5.4 Verordnungen des Rates sowie Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates

Verordnungen sind ein Instrument, welches äußerst vielfältig angewendet werden kann. Im zugrundeliegenden Kontext sind zwei Aspekte wesentlich. Erstens, die Ausgestaltung von Sanktionen mittels Ratsverordnung, welche sich hier auf Usbekistan beziehen. Zweitens sind Verordnungen des Rates und Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates wichtige Instrumente zur Gestaltung von TACIS, DCI und EIDHR.

5.4.1 Verordnungen über restriktive Maßnahmen gegen Usbekistan

Zu den Sanktionen gegen Usbekistan wurden zwei Verordnungen erlassen, eine im November 2005 und eine im Februar 2009²⁶. Die Verordnung von 2005 verweist direkt auf den gemeinsamen Standpunkt von 2005 und übernimmt dessen Inhalt (Rat der Europäischen Union 2005c). Die Verordnung von 2009 stellt eine technische Abänderung dar (Rat der Europäischen Union 2009b), welche auf einer Neudefinition der EU beruht, welche Güter zur internen Repression verwendet werden können

²⁶ Es handelt sich um die COUNCIL REGULATION (EC) No 1859/2005 und die COUNCIL REGULATION (EC) No 154/2009

(Urdze 2010: 96).

Die Bewertung der Verordnungen zu den restriktiven Maßnahmen zu Usbekistan stimmen mit denen der gemeinsamen Standpunkte überein, weshalb sie hier nicht weiter behandelt werden.

5.4.2 Verordnungen zu TACIS

TACIS (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States and Georgia) wurde 1991 durch die Verordnung 2157/91 des Rates gegründet und „ist der Sonderbeitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Unterstützung des Wirtschaftsreformprozesses in den elf GUS-Staaten und Georgien. Es handelt sich dabei um das weltweit grösste Hilfeprogramm dieser Art mit einer anfänglichen Mittelausstattung für 1991 von 400 Millionen ECU und weiteren 450 Millionen ECU für 1992“ (Europäische Kommission 1992). Die Verordnung von 1991 bezieht sich hauptsächlich auf technische Maßnahmen um die wirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen und den Übergang in eine Marktwirtschaft zu ermöglichen. „An operation to assist economic reform and recovery in the Union of Soviet Socialist Republics shall be implemented by the Community in 1991 and 1992 in accordance with the criteria laid down in this Regulation“ (Rat der Europäischen Gemeinschaften 1991). Die Verordnung 2053/93 von 1993 verbleibt bei technischen Maßnahmen zur Neubelebung der Wirtschaft, bezieht sich jedoch ausdrücklich auf Fortschritte in der Demokratisierung und bei Menschenrechten, welche als Notwendig für die Etablierung einer marktorientierten Wirtschaft seien. Auch umgekehrt wird eine Stärkung der Marktwirtschaft als Element der Stärkung der Demokratie gesehen (Art. 4.1). Zusätzlich kam es zur Einführung einer Konditionalität. „When an essential element for the continuation of cooperation is missing, the Council may, on a proposal from the Commission, acting by a qualified majority, decide upon measures concerning the assistance to a beneficiary State“ (Rat der Europäischen Union 1993a). 1996 kam es in der Verordnung 1279/96 zu einer Verschärfung dieser Konditionalität, indem die Wahrung der Demokratie und der Menschenrechte als Grundsätze genannt werden (Rat der Europäischen Union 1996: Art. 3.11), welche auch in der Verordnung 99/2000 von 1999 beibehalten wurde. In keinem der Dokumente gibt es einen direkten Bezug auf den Adressaten der Demokratieförderung, womit diese sowohl an staatliche, als auch an nichtstaatliche Akteure gerichtet sein kann.

Die EU setzte bis zum Auslaufen von TACIS 2006 insgesamt 650 Millionen Euro für Projekte in Zentralasien ein²⁷. Eine direkte Bezugnahme verschiedener Projekte auf eine angestrebte Demokra-

²⁷ Die tatsächlichen Summen weichen teilweise von den angegebenen Summen ab. In der Tabelle werden die im Originaldokument verwendeten Summen wiedergegeben.

tisierung ist schwierig, da die Stärkung der Demokratien in den Dokumenten selten erwähnt wird. Im Strategiepapier 2002-2006 gibt es lediglich eine Erwähnung zur technischen Unterstützung zur Reformation von Bildungssystemen, welche unter anderem zu einer Stärkung der Demokratie führen sollen.

Tabelle 6

Ausgaben für TACIS

<i>Ausgaben für TACIS in mio € pro Budgetjahr</i>						
	Kasachstan	Kirgisistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan	Summe/Jahr
1991	8,00	1,00		1,00	2,00	12,00
1992	20,60	9,20		8,80	18,80	57,40
1993	14,00	10,00				24,00
1994	14,00		4,00	8,00	15,00	41,00
1995	15,00	8,00	4,00	4,00	10,00	41,00
1996					28,00	28,00
1997	24,00	13,00		11,50		48,50
1998					29,00	29,00
1999	24,00	12,00		9,00		45,00
2000					15,40	15,40
2001	15,00	10,00				25,00
2002	5,40	8,30	10,70	2,30	12,30	39,00
2003	6,60	7,50	9,70	1,50	9,70	35,00
2004	7,00	6,20	9,60	2,20	11,00	36,00
2005	3,40	15,25	17,35	5,75	9,25	51,00
2006	11,50	7,50	14,50	3,50	8,80	45,80
Summe	168,50	107,95	69,25	64,35	168,95	650,00

Quelle: Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007-2013

Der Charakter von TACIS weist unterstützende und fordernde Elemente auf. Der grundlegende Charakter ist unterstützend, durch die ökonomische Stabilisierung soll auch eine Demokratisierung erreicht werden, wobei die Europäische Union unterstützend eingreifen sollte. Ein fordernder Charakter ergibt sich aus der autokratischen Natur der betroffenen Systeme und dem Hinzufügen der Konditionalität. Die nicht vorhandene Präzisierung der Adressaten der Demokratieförderung ermöglicht eine Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen in den autokratischen Staaten, was als stark fordernd verstanden werden kann.

Aufgrund der Breite des Instruments sind sowohl Elemente des Linkage, des Leverage und Gover-

nance-Modells vorhanden. Auf Linkage-Ebene gibt es eine Förderung der Zivilgesellschaft im Sinne eines direct support sowie einen indirect channel of linkage, in Form einer Demokratieförderung durch wirtschaftliche Entwicklung. Auf Leverage-Ebene gibt es die Möglichkeit der Demokratieförderung durch Einwirkung auf die Eliten, befördert durch die vorhandene Konditionalität. Auf Governance-Ebene wurde eine Demokratisierung durch die Zusammenarbeit in sektoralen Bereichen, vor allem in solchen der Wirtschaft, angestrebt. Vor allem zu Beginn von TACIS war eine institutionalisierte Kooperation nur schwach ausgeprägt.

TACIS bestand von 1991 bis 2006, ein Zeitraum in dem sich die Bewertung von Freedom House für alle zentralasiatischen Staaten, mit Ausnahme von Kirgisistan, dessen Bewertung sowohl 1991 als auch 2006 den Wert von 4,5 erreichte, verschlechterte. Turkmenistan und Usbekistan rutschten auf den schlechtest möglichen Wert ab, Kasachstan verschlechterte sich genauso stark, jedoch von einem höheren Anfangswert ausgehend und Tadschikistan verschlechterte sich leicht. Es ergibt sich ein Zusammenhang zwischen den finanziellen Hilfen der EU und der Bewertung von Freedom House. Sowohl was die Förderungen pro Kopf als auch die Förderungen in Prozent des BIP betrifft ist zu erkennen, dass, je höher die Förderungen ausfallen, desto geringer die Verschlechterung ausfällt, also zwischen Förderungen und der Entwicklung der Demokratiequalität eine Korrelation besteht²⁸. Von dieser Korrelation kann jedoch nicht direkt auf einen kausalen Zusammenhang geschlossen werden, da in diesem Fall externe Faktoren ausgeklammert werden.

5.4.3 Verordnungen zum DCI

Mit dem Auslaufen von TACIS 2006 rief die EU eine Reihe neuer Programme ins Leben, darunter das „Development Cooperation Instrument“, das DCI. Dieses ist ein Instrument für Entwicklungszusammenarbeit in Entwicklungsländern, nicht nur in Zentralasien. Die geographische Einteilung der GUS-Staaten, für welche der Vorgänger TACIS zuständig war, entfällt damit.

Die Demokratieförderung erhält einen höheren Stellenwert, was bereits bei den Zielen zum Ausdruck kommt.

„The primary and overarching objective of cooperation under this Regulation shall be the eradication of poverty in partner countries and regions in the context of sustainable development, including pursuit of the Millennium Development Goals (MDGs), as well as the promotion of democracy, good governance and respect for human rights and for the rule of law“ (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006, Art. 2.1).

²⁸ Der Korrelationskoeffizient liegt bei 0,71 bzw. 0,81

In den Unterpunkten wird zum Ausdruck gebracht, dass die Kooperation mit den Partnerstaaten u.a. folgenden Effekt haben soll: „consolidate and support democracy, the rule of law, human rights and fundamental freedoms, good governance, gender equality and related instruments of international law“ (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006, Art. 2.1). Auch in den allgemeinen Grundsätzen wird zuerst auf die Werte der Europäischen Union hingewiesen, welche unter anderem Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte darstellen, und diese sollen auch durchgängig in alle Programme eingebunden werden (Art. 3.1).

Das DCI unterscheidet nach geographischen Regionen, von denen Zentralasien, oder wie im Dokument verwendet „Mittelasien“, eine ist. Die gewährte Hilfe in den Regionen wird wiederum Kooperationsbereichen zugeordnet. Die Bereiche f bis j werden unter

„Governance, democracy, human rights and support for institutional reforms“ subsumiert, wobei der Bereich f von besonderem Interesse ist. „promoting and protecting fundamental freedoms and human rights, strengthening democracy, the rule of law, access to justice and good governance including actions to combat corruption, which may include, but are not limited to, capacity building and strengthening the institutional and legislative framework, particularly in the areas of national administration, design and implementation of policies and management of public finances and national resources in a transparent way“ (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006, Art. 5.2f).

In den weiteren Bereichen geht es u.a. um die Stärkung der Zivilgesellschaft, den Aufbau von Institutionen, Zusammenarbeit bei Sicherheit und Justiz etc.

Artikel 8 beschäftigt sich konkret mit Zentralasien/Mittelasien, geht jedoch nicht zusätzlich auf die Stärkung der Demokratien in der Region ein. Besondere Aufmerksamkeit sollte auf die Förderung der Verfassungsreformen, die Angleichung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die Stärkung nationaler Institutionen, die Förderung der Marktwirtschaft, effektiver Grenzschutz, die Bekämpfung der Drogenproduktion, die Bekämpfung von HIV/AIDS und die Förderung der Zusammenarbeit und des Dialogs in der Region, genießen. (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006, Art. 8).

Ähnlich wie bei TACIS verfügt der DCI mit Artikel 37 ein Element der Konditionalität. Wenn ein Partnerland die Grundsätze aus Artikel 3.1 nicht einhält und Konsultationen mit diesem zu keinem Ergebnis führen, können Hilfen ausgesetzt werden (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006, Art. 37).

2014 kam es zu einer Verlängerung des DCI für den Zeitraum von 2014 bis 2020. Dieses stützt sich auf den „europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik“ (Europäisches Parlament, Rat, Kommission 2006), welcher, einschließlich der vorgenommenen Änderungen, den allgemeinen Rahmen für die Verordnung bieten sollte. In Einklang mit diesem ist das wichtigste Ziel die Verringerung und langfristige Beseitigung von Armut. Die Zusammenarbeit soll außerdem dazu führen,

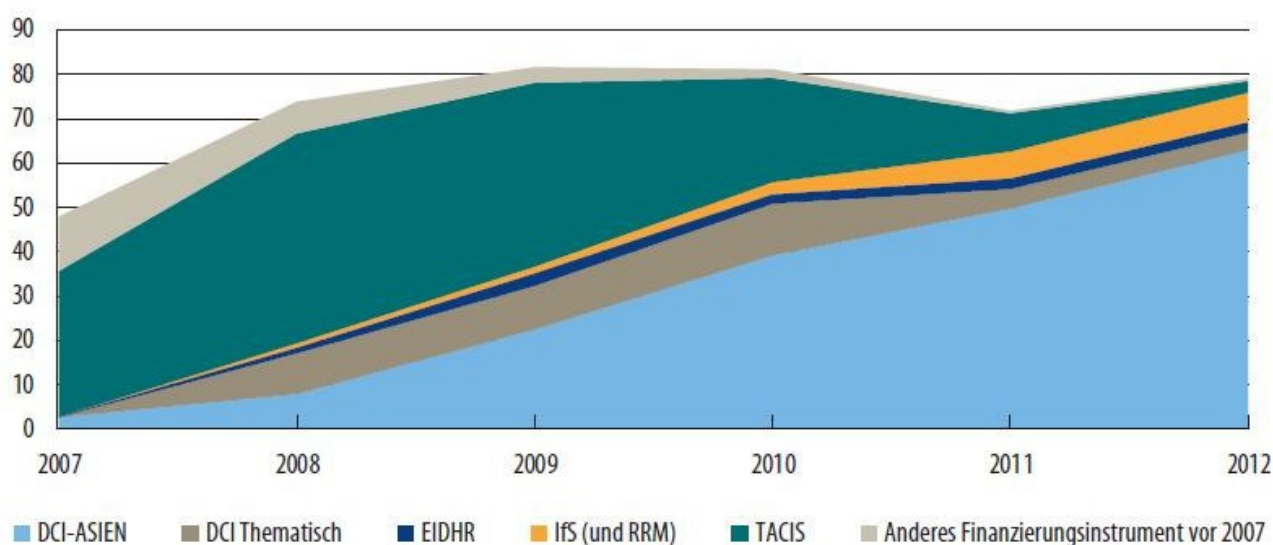
die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und „consolidating and supporting democracy, the rule of law, good governance, human rights and the relevant principles of international law“ (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2014 Art. 2.1bii). Die geographischen Programme sind in ähnlicher Form wieder vertreten. Für Krisenfälle, in denen es u.a. zur Bedrohung der Demokratie oder der Menschenrechte kommt, wurden in Art. 12 und 15 Möglichkeiten festgelegt, unmittelbar zu reagieren. Dem regionalen Bereich, nun „Zentralasien“ genannt, kommt die Demokratie einen höheren Stellenwert zugemessen als im Dokument von 2006. „As overarching objectives, contributing to sustainable and inclusive economic and social development, social cohesion and democracy“ (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2014 ANNEX I B.IVa). In Punkt c wird die spezielle Förderung repräsentativer Parlamente, die Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung und die allgemeine Demokratisierung angekündigt. Die Zuweisung der Mittel und die Umsetzung der Programme wird in Strategiepapieren und Aktionsprogrammen für die Region und die einzelnen Partnerländer festgelegt (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006, Art. 8). Für den Zeitraum von 2007-2013 war eine Summe von 719 Millionen Euro vorgesehen (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006)²⁹, davon sollten 30-35% in den Bereich „regional cooperation and good neighbourly relations“, 40-45% in den Bereich „reduce poverty and increase living standards“ und 20-25% in den Bereich „promote good governance and economic reform“ fließen. (Europäische Gemeinschaft 2007). Für den Zeitraum von 2014 bis 2020 sind insgesamt 1 072³⁰ Millionen Euro vorgesehen. Kasachstan hat seit 2014 den Status eines Landes mit mittlerem Einkommen, wodurch es für die bilateralen Teile des DCI nicht mehr förderfähig ist, jedoch nach wie vor von den regionalen Programmen profitiert (Europäisches Parlament 2019b). Ähnliches gilt seit 2017 für Turkmenistan (Böttger, Plottka 2017: 385).

29 Die Central Asia indicative programmes kommen auf 635 mio Euro, 314 mio. im Zeitraum von 2007-2010 und 321 mio. im Zeitraum von 2011-2013 (Europäische Kommission (2007, 2011).

30 Im Dokument 233/2014 wird die Summe von 1 072 mio Euro genannt, im Factsheet des Europäischen Parlaments die Summe von 1 028 mio Euro.

Abbildung 10

Zahlungen der EU



Anmerkung: Zahlungen der EU an Zentralasien, Zeitraum 2007 – 2010 nach Finanzierungsinstrument (in Millionen Euro). Der Großteil der Entwicklungshilfe in Zentralasien ging ab 2007 von TACIS zu DCI über.

Quelle: Europäischer Rechnungshof 2013

Der Charakter der Verordnung zum DCI ist weder klar fordernd noch unterstützend. Im wirtschaftlichen Bereich gibt es klar unterstützende Maßnahmen in beträchtlichem finanziellen Volumen, was als eindeutig unterstützend zu werten ist. Artikel 37 führt die Konditionalität ein, derzufolge Programme bei Nichtbeachtung europäischer Werte die Hilfen gestrichen werden können, was einen fordernden Charakter hinzufügt und so aus dem stark unterstützenden einen leicht unterstützenden macht. Auch für die innere Stabilität gibt es einen unterstützenden Charakter. Mehrere Passagen beschäftigen sich mit Punkten, welche die innere Stabilität der Staaten unterstützen sollen, ohne dabei auf die Demokratieförderung einzugehen. Abgeschwächt wird der unterstützende Charakter wieder durch die Konditionalität in Artikel 37. Die mehrfach betonten Grundsätze der Europäischen Union und das Ziel der Demokratieförderung und der Förderung der Menschenrechte ist in Anbetracht der politischen Situation der Partnerländer zu betrachten. Keiner der Staaten wurde 2006 als demokratisch gesehen, 2014 war es nur, mit Einschränkungen, Kirgisistan. Die Forderung nach Demokratisierung und der Einhaltung der Menschenrechte kann in diesem Kontext als stark fordernd gesehen werden. Jedoch sind die Dokumente im Allgemeinen stark auf Kooperation ausgerichtet und es mangelt an Passagen, in welchen Maßnahmen ohne Zustimmung der Macht-

haber zur Sprache kommen. Dadurch ergibt sich für die autoritär regierten Staaten Kasachstan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan ein leicht fordernder, für Kirgisistan ein leicht unterstützender Charakter.

Die starke wirtschaftliche Ausprägung des DCI bedient den indirect channel of linkage, womit durch wirtschaftliche Entwicklung die Demokratie gestärkt werden soll. Die entsprechenden Dokumente weisen selbst des öfteren auf den Zusammenhang hin. Auch die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft wird angestrebt, wobei im Sinne des Konsens dies nicht ohne Einverständnis der Eliten vorgesehen ist. Der Bereich des Leverage-Modells ist eher schwach ausgeprägt. Die erwähnte Konditionalität bedient sie, ist im Fall von Zentralasien jedoch eher von theoretischer Bedeutung. Das Governance-Modell wird wieder durch die Kooperation bedient, welche sich auf zahlreiche Bereiche erstreckt und dementsprechend ausgeprägt ist.

Die herangezogenen Indizes zeigen für alle Staaten ein weitgehend einheitliches Bild für den Zeitraum von 2007 bis 2018. Die Demokratiequalität verschlechterte sich überall, mit Ausnahme von Kirgisistan, und in geringerem Ausmaß auch Turkmenistan. In Kirgisistan sahen Freedom House, Freedom in the World und Nations in Transit seit 2007 eine Verschlechterung, der Bertelsmann Transformationsindex hingegen eine Verbesserung. Insgesamt kam es dem BTI zufolge zu einer stetigen Verbesserung der Demokratiequalität, der Ausschlag von 2008 wurde bereits erwähnt, und Kirgisistan erreichte 2018 die Kategorie der defekten Demokratien. Während sich Kirgisistan im BTI in allen Bereichen der Kategorie Democracy Status stark verbessern konnte ist die Verbesserung Turkmenistans fast ausschließlich auf den Bereich Stateness zurückzuführen. Die gesteigerten Ausgaben des DIC gegenüber TACIS konnten nicht in bessere Resultate umgewandelt werden.

5.4.4 Verordnungen zur EIDHR

„The European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR) is a thematic funding instrument for EU external action aiming to support projects in the area of human rights, fundamental freedoms and democracy in non-EU countries. This instrument is designed to support civil society to become an effective force for political reform and defence of human rights“ (Europäische Kommission 2019b).

Das EIDHR wurde 1999 unter der Bezeichnung „European Initiative for Democracy and Human Rights“ durch zwei Ratsverordnungen gegründet³¹, in denen es um die Förderung der Demokratie und den Schutz der Menschenrechte in Entwicklungsländern bzw. Drittstaaten ging. 2004 kam es zu

³¹ Ratsverordnung 975/1999 und Ratsverordnung 976/1999

einer Verlängerung und Neuregelung der Förderungen³² und 2006 zu einer Zusammenlegung und Neubenennung in European Instrument for Democracy and Human Rights³³. 2014 kam es zu einer Verlängerung mit leichten Abänderungen und einem neuen Finanzrahmen bis 2020³⁴.

Auch beim EIDHR werden Strategiepapiere erstellt, welche zur Festlegung der Schwerpunktbereiche und der zu treffenden Maßnahmen dienen sollen. Auf Basis dieser Strategiepapiere werden jährlich Aktionsprogramme erstellt, welche eventuelle Änderungen erläutern. Die Kommission kann außerdem Sondermaßnahmen beschließen, welche nicht in den Strategiepapieren vorgesehen sind und Menschenrechtsverteidigern punktuelle Zuschüsse gewähren (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006b).

Das EIDHR ist, anders als etwa TACIS oder das DCI, darauf ausgelegt, die Förderung der Demokratie und der Menschenrechte vor allem über den Weg von NGOs auszuüben. Zwar wird auch die Verbesserung staatlicher Strukturen wie die Stärkung und Reformen der Justiz erwähnt (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006b: Art. 2.1aII), bei der Finanzierung ist der Fokus jedoch auf Akteuren der Zivilgesellschaft gerichtet (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006b: Art. 10.1). Eine Abstimmung mit den Drittstaaten ist nicht vorgesehen, ganz im Gegenteil werden teilweise Förderungen von der Kommission bewusst nicht veröffentlicht. Hintergrund dafür ist, dass die geförderten NGOs in autoritär regierten Staaten im Bereich der Demokratieförderung kaum im Interesse der Machthabenden handeln können, und sie durch die Geheimhaltung nicht zusätzlich in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken (Urdze 2010: 112).

Nach Darstellung des Europäischen Parlaments kommt das EIDHR in allen Zentralasiatischen Staaten, mit Ausnahme Turkmenistans, in dem es zu wenige und zu schlecht organisierte Organisationen der Zivilgesellschaft gibt, zum Einsatz (Europäisches Parlament 2019).

Die Beurteilung des EIDHR fällt aufgrund der Datenlage schwer, jedoch kann von einem weitgehend fordernden Charakter gesprochen werden. Die Adressierung an die Zivilgesellschaft unter Ausklammerung staatlicher Akteure in autoritären Regimen begründet die Bewertung als fordernd. Auch hier kann wieder Kirgisistan als Ausnahme gesehen werden. In einem demokratischeren System ist das fordernde Element weniger dominant, jedoch aufgrund der möglichen Destabilisierung der Herrschaftsstrukturen und der Stoßrichtung gegen die Eliten nach wie vor vorhanden. Hinzu kommt jedoch ein unterstützender Faktor, da die Stärkung der Zivilgesellschaft in einer Demokratie zu deren Stärkung beiträgt.

Im Linkage-Leverage-Governance Schema ist das Linkage-Modell in Form des direct support dominant. Durch die Förderung der Zivilgesellschaft und besonders von NGOs sollen die Voraus-

32 Ratsverordnung 2240/2004 und Ratsverordnung 2242/2004

33 Ratsverordnung 1889/2006

34 Ratsverordnung 236/2014

setzungen für eine Demokratisierung geschaffen werden.

Von einer Beurteilung der Effizienz des EIDHR wir aufgrund der Datenlage an dieser Stelle abgesehen.

5.5 Partnerschafts-und Kooperationsabkommen

Seit Ende der 1990er Jahre schloss die EU Partnerschafts-und Kooperationsabkommen (PKA) mit Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Russland, Ukraine, Usbekistan und Tadschikistan. Die Ziele werden folgendermaßen definiert:

- „ - die Bereitstellung eines geeigneten Rahmens für den politischen Dialog,
- die Unterstützung der Anstrengungen dieser Länder zur Konsolidierung ihrer Demokratie und Entwicklung ihrer Wirtschaft,
 - die Begleitung ihres Übergangs zur Marktwirtschaft und
 - die Förderung von Handel und Investitionen.“ (Europäische Union 2010).

Auch in den allgemeinen Grundsätzen wird auf die Wahrung der Demokratie und der Menschenrechte verwiesen. Zusätzlich wird ein bilateraler politischer Dialog angekündigt, in dem konvergierende Standpunkte erörtert werden sollen und der die Zusammenarbeit u.a. im Bereich von Demokratie und Menschenrechten stärken soll. Der politische Dialog soll auf Ministerebene, auf Ebene parlamentarischer Ausschüsse und auf Ebene hoher Beamter stattfinden sowie diplomatische Kontakte und Expertentagungen beinhalten (Europäische Union 2010). Den quantitativ größeren Teil der Abkommen nehmen wirtschaftliche Bereiche ein. Im Warenhandel wird einander die Meistbegünstigung eingeräumt, Einfuhr- und Zollbestimmungen werden geregelt, geistiges, gewerbliches und kommerzielles Eigentum werden geschützt, etc.

Die Abkommen wurden für zehn Jahre geschlossen, mit einer anschließenden automatischen Verlängerung für jeweils ein Jahr, wenn nicht einer der Vertragspartner das Abkommen kündigt. Auch eine Form der Konditionalität ist in den Abkommen enthalten.

„If either Party considers that the other Party has failed to fulfil an obligation under the Agreement, it may take appropriate measures. Before so doing, except in cases of special urgency, it shall supply the Cooperation Council with all relevant information required for a thorough examination of the situation with a view to seeking a solution acceptable to the Parties“ (Europäische Gemeinschaft 1999, Art. 93).

Von der Unterzeichnung der Abkommen bis zum endgültigen Inkrafttreten vergingen stets einige Jahre, währenddessen waren Interimsabkommen in Kraft. Mit Turkmenistan konnte noch kein PKA

getroffen werden, jedoch ist seit 2010 ein Interimsabkommen in Kraft. Dieses umfasst gewisse Punkte des bereits unterzeichneten, jedoch noch nicht in Kraft getretenen PKAs³⁵, unter anderem die allgemeinen Grundsätze mit ihrem Bezug zur Demokratie und den Menschenrechten. Weitere Verweise in diesem Gebiet gibt es nicht (Europäische Union 2011).

2015 wurde ein Abkommen über eine verstärkte Partnerschaft und Zusammenarbeit (EPKA) paraphiert. Dieses ist ab 2016 teilweise, 2019 jedoch noch nicht vollständig in Kraft (Böttger 2016: 406-407, Rat der Europäischen Union 2016b). Ein erweitertes Abkommen für Kirgisistan steht 2019 kurz vor der Unterzeichnung und ein erweitertes Abkommen für Usbekistan wird seit 2019 verhandelt (European Union External Action 2019, Europäische Kommission 2019c).

Im EPKA mit Kasachstan wird wieder Bezug auf die Demokratie und Menschenrechte genommen

„Respect for democratic principles and human rights as laid down in the Universal Declaration of Human Rights, the OSCE Helsinki Final Act and the Charter of Paris for a New Europe, and other relevant international human rights instruments, and for the principle of the rule of law, underpins the internal and international policies of both Parties and constitutes an essential element of this Agreement“ (Europäische Union 2016: Title I, Article 1).

Die Implementierung wird folgendermaßen festgelegt: „The implementation of this Agreement shall be based on the principles of dialogue, mutual trust and respect, equal partnership, and mutual benefit and full respect for the principles and values enshrined in the UN Charter“ (Europäische Union 2016: Title I, Article 1). Der politische Dialog nimmt wieder eine wichtige Rolle ein. In diesem sollen wieder Demokratie und Menschenrechte im Zentrum stehen, sowie internationale Organisationen, vor allem die UNO und die OSCE eingebunden werden. Die Zusammenarbeit soll außerdem nicht nur auf Kasachstan beschränkt sein, sondern Voraussetzungen für weitere regionale Kooperation, in Zentralasien und darüber hinaus, schaffen. (Europäische Union 2016: Title II, Article 4). Der Großteil des Abkommens beschäftigt sich mit wirtschaftlichen Aspekten verschiedenster Art. Das Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft, nachhaltigen Entwicklung und Wirtschaftswachstum ist als zweiter Punkt ebenfalls in den allgemeinen Grundsätzen festgeschrieben. Ein Kündigen des Abkommens ist von beiden Seiten mit einer Frist von 6 Monaten möglich, womit wieder eine Form der Konditionalität gegeben ist. Es werden jedoch keine Gründe für eine Kündigung angeführt, so dass ein Verletzen der allgemeinen Grundsätze dies nicht zwingend zur Folge haben muss (Europäische Union 2016: Title IX, Article 281.10).

Für Kirgisistan und Usbekistan sind ebenfalls erweiterte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen in Arbeit. Das für Kirgisistan ist bereits ausverhandelt und befindet sich Stand 2019 in juristischer Prüfung und Übersetzung (European Union External Action 2019). Das Abkommen mit Usbekistan befindet sich in Verhandlung (Europäische Kommission 2019c).

35 Menschenrechtsbedenken verhinderten eine Ratifizierung (Böttger 2012: 350)

Tabelle 7

Interimsabkommen, PKAs und EPKAs

Zeitpunkt der Unterzeichnung und des Inkrafttretens der Abkommen					
	Kasachstan	Kirgisistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
Interimsabkommen unterzeichnet	1995	1996	2004	1999	1996
Interimsabkommen in Kraft getreten	1997	1998	2005	2010	1998
PKA unterzeichnet	1995	1995	2004	1998	1996
PKA in Kraft getreten	1999	1999	2010		1999
EPKA unterzeichnet	2015	2019 in Prüfung			2019 in Verhandlung
EPKA in Kraft getreten					

Quelle: Rat und Kommission der Europäischen Union 1999a, Rat der Europäischen Union 2016b, Rat und Kommission der Europäischen Union 1999b, European Union External Action 2019, Rat und Kommission der Europäischen Union 2009, Rat der Europäischen Union 2011, Rat und Kommission der Europäischen Union 1999c, Europäische Kommission 2019c

Die Beurteilung der unterschiedlichen Dokumente zu den Partnerschafts- und Kooperationsabkommen kann hier gemeinschaftlich behandelt werden, da sie fast ident sind. Der Fokus liegt auf wirtschaftlicher Kooperation, was einem stark unterstützenden Charakter entspricht. Es werden zwar keine konkreten wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen forciert, jedoch der Abbau von Handelshemmnissen und die Verstärkte Kooperation angekündigt. Eine leichte Abschwächung erfährt der stark unterstützende Charakter durch die Möglichkeit das Abkommen, oder Teile davon, auszusetzen. Bei den Sanktionen gegen Usbekistan kam dies für kurze Zeit zum tragen (Kapitel 5.3). Das EPKA für Kasachstan konzentriert sich noch mehr auf wirtschaftliche Aspekte und schwächt die Konditionalität zusätzlich ab.

Im Bereich der Demokratieförderung sind zwei Aspekte zu beachten. Der erste bezieht sich auf die Situation der Staaten zum Zeitpunkt der Unterzeichnung bzw. des Inkrafttretens. Zu diesem Zeitpunkt wurden alle Staaten weitgehend autoritär regiert, was der Demokratieförderung einen fordernden Charakter verleiht. Der zweite Aspekt ist die Art der Förderung, welche dem Charakter der Abkommen nach mit den Herrschenden in Absprache zu gestalten sei (politischer Dialog). Dies schwächt den fordernden Charakter ab, wobei auch hier die Möglichkeit des Aussetzens der

Abkommen in Betracht gezogen werden muss.

Ähnliches gilt für die Interimsabkommen, welche sich auf die wirtschaftlichen Aspekte konzentrieren, jedoch weniger umfangreich sind, aber ebenfalls die Passagen zur Demokratie, zu Menschenrechten und zur Konditionalität enthalten.

Insgesamt ergibt sich ein weitgehend neutraler bis leicht unterstützender Charakter der Abkommen, basierend auf den schwerer gewichteten, leicht unterstützenden wirtschaftlichen, und dem leicht fordernden Teil der Demokratieförderung.

Im Linkage-Leverage-Governance-Modell ist wieder auf die zwei Aspekte der Abkommen einzugehen. Der wirtschaftliche Aspekt ist ein indirect channel of linkage, demzufolge wirtschaftlicher Erfolg einen positiven Effekt auf die Demokratisierung hat. Der politische Dialog und die Konditionalität kann durch das Leverage-Modell erklärt werden. Hier wird auf die Eliten der Partnerländer abgezielt und der wirtschaftliche Teil der Abkommen als mögliches Druckmittel eingesetzt.

Da die Abkommen zum Großteil Handelserleichterungen enthalten, wird hier die Entwicklung des Handels zwischen der Europäischen Union und den zentralasiatischen Staaten betrachtet. Dieser ist maßgeblich für den wirtschaftlichen Erfolg und dem indirect channel of linkage eine Form der Demokratieförderung.

Insgesamt konnte der Handel mit den zentralasiatischen Staaten stark gesteigert werden. Er stieg für Zentralasien von 8,6 Mrd. € im Jahr 2002 auf knapp 31 Mrd. € 2018, wobei der Großteil auf den Handel mit Kasachstan entfällt.

Tabelle 8

Handelsvolumen der EU mit Zentralasien, Angaben in mio €

	Kasachstan	Kirgisistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan	Total
2002	6.099,00	141,70	291,60	618,80	1.453,50	8.604,60
2003	6.157,00	133,30	340,10	671,10	1.043,30	8.344,80
2004	10.200,50	126,10	290,20	1.056,30	1.088,30	12.761,40
2005	13.859,20	127,30	195,20	1.232,20	1.229,10	16.643,00
2006	18.952,30	186,40	359,50	955,60	1.825,00	22.278,80
2007	19.411,60	249,00	375,50	757,00	2.138,10	22.931,20
2008	23.573,80	269,00	316,40	2.498,90	1.763,40	28.421,50
2009	16.152,30	215,10	176,20	1.414,00	1.293,20	19.250,80
2010	21.144,70	409,50	201,80	1.089,60	1.591,50	24.437,10
2011	28.904,80	463,10	216,10	1.400,30	1.697,70	32.682,00
2012	31.481,90	476,00	283,20	1.995,20	1.482,30	35.718,60
2013	31.337,30	476,60	285,30	1.947,80	1.650,60	35.697,60
2014	30.609,80	480,10	277,40	1.969,70	1.794,30	35.131,30
2015	22.443,40	320,50	223,90	1.522,10	1.837,00	26.346,90
2016	17.836,90	310,80	270,90	1.803,20	1.798,40	22.020,20
2017	22.695,90	458,70	214,10	1.146,00	1.907,10	26.421,80
2018	26.641,70	917,20	220,50	687,50	2.452,20	30.919,10

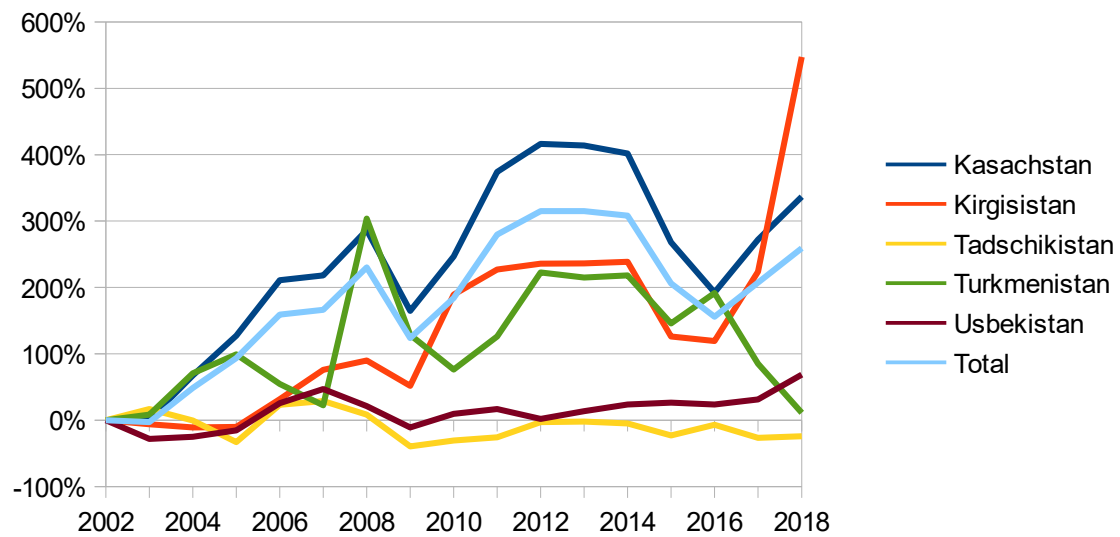
Anmerkung: Die teils starken Schwankungen sind hauptsächlich auf die Rohstoffpreise, hier vor allem dem Ölpreis zurückzuführen. Von 2008 auf 2009 fiel der Ölpreis von einem Maximum von 146 \$/ Barrel Brent auf ein Minimum von 36,6\$, der Rückgang von 2014 auf 2016 betrug rund 80\$ auf ein Minimum von 28,8\$

Quelle: Eurostat

Es konnte in fast allen Staaten eine deutliche Steigerung des Handelsvolumens seit 2002 erzielt werden. Abbildung 14 zeigt die Entwicklung des Gesamthandels der Europäischen Union mit den einzelnen zentralasiatischen Staaten sowie Zentralasien insgesamt.

Abbildung 11

Entwicklung des Handelsvolumens seit 2002, prozentuelle Veränderung

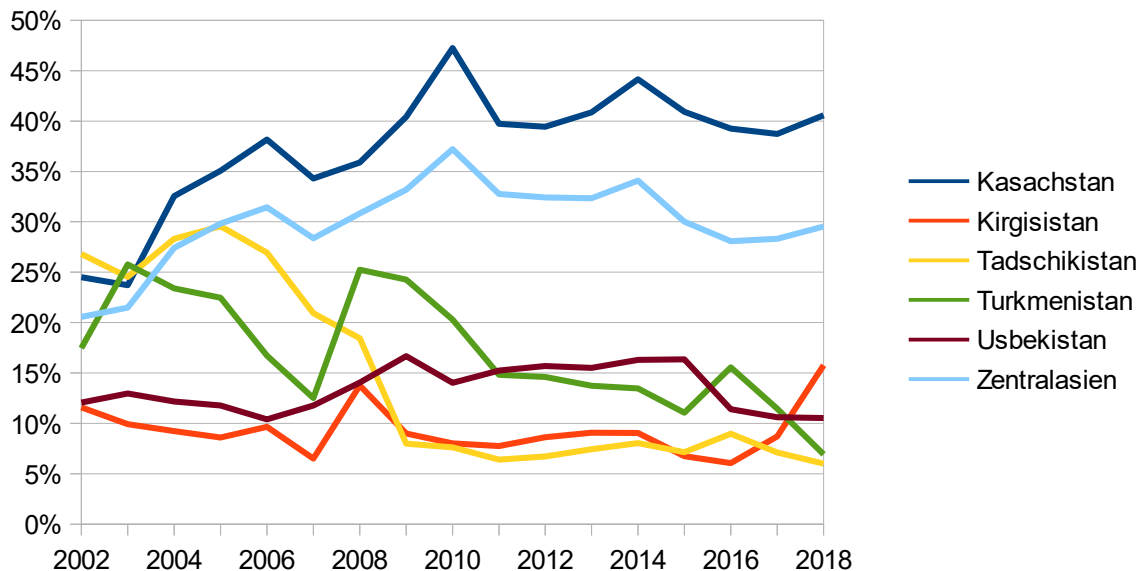


Quelle: Eurostat

Im Vergleich mit dem gesamten Handel der zentralasiatischen Staaten relativieren sich diese Steigerungen.

Abbildung 12

Anteil der Europäischen Union am Gesamthandel



Quelle: IMF

Der Anteil der Europäischen Union am Gesamthandel konnte seit 2002 von 20,56% auf 29,54% 2018 gesteigert werden. Dieser Anstieg ist vor allem der quantitativen Dominanz von Kasachstan, und hier vor allem den Ölexporten, geschuldet (OEC 2017a).

Knapp 50% der kasachischen Exporte beliefen sich auf Rohöl, wovon rund 80% auf die EU entfielen (IMF). Kasachstan stellte 2018 rund 7,31% des von der Europäischen Union importierten Erdöls und ist damit einer der bedeutendsten Herkunftsländer (Statista 2018). Der absolute Umfang des Handels mit Kasachstan ist starken Schwankungen unterworfen, was vor allem dem Ölpreis geschuldet ist. Die Exporte in die Europäische Union betragen seit 2009 rund 50% der Gesamtexporte, die Importe bewegen sich seit 2011 bei rund 20% (IMF).

Der Anteil der Europäischen Union im Gesamthandel mit Kirgisistan bewegt sich seit 2002 meist zwischen 6% und 10%, wobei die Importe relativ etwas höher liegen als die Exporte³⁶. Das wichtigste Exportgut Kirgisistans nach Europa ist Gold, welches bis 2015 hauptsächlich mit der Schweiz gehandelt wurde³⁷ (IMF). Ab 2016 erfolgte eine Umstellung des Handels auf Großbritannien,

36 Aufgrund der stark defizitären Handelsbilanz Kirgisistans machen die Importe aus der EU absolut meist ein Vielfaches der Exporte aus.

37 Die Exporte Kirgisistans in die Schweiz machten 2015 rund 562 Millionen \$ aus, was mehr als dem zehnfachen des

wodurch sich die Exporte in die EU von 2015 bis 2018 von rund 80 Millionen auf rund 757 Millionen \$ erhöhte, was sich im Gesamtanteil der Europäischen Union am Gesamthandel mit Kirgisistan deutlich bemerkbar macht (OEC 2017b).

Der Anteil der EU am tadschikischen Gesamthandel sank von rund 27% 2002 auf knapp 6% 2018. Der Anteil an den Exporten sank von knapp 42% auf 1%, der der Importe stagniert zwischen 8 und 11% (IMF). Vor allem Kasachstan, die Türkei und die Schweiz stiegen zu den bedeutendsten Abnehmern tadschikischer Waren auf, China und mit Abstand Russland stellen die wichtigsten Importnationen (OEC 2017c).

Der Anteil der EU am Handel mit Turkmenistan sank von rund 17% 2002 auf rund 7% 2018, die Exporte von 21% auf 2,5% und die Importe von 12% auf 24% (IMF). Die Wirtschaft ist stark auf die Erdgasproduktion ausgerichtet, wobei auch die Erdölproduktion zwischenzeitlich von höherer Bedeutung war, ein Bereich in dem sich Italien stark engagierte und um 2010 den Großteil des europäischen Handels mit der EU stellte. Bis 2008 wurde fast das gesamte Erdgas in die Ukraine exportiert, seit 2009 ist China der quasi exklusive Abnehmer (OEC 2017d).

Usbekistan stellt sich als der stabilste Staat Zentralasiens im Bereich des Handels mit der EU dar. Der Anteil der Europäischen Union sank leicht von 12% 2002 auf 10,5% 2018, wobei die Importe aus Europa deutlich umfangreicher sind als die Exporte dorthin (IMF). Insgesamt ist Usbekistan wirtschaftlich deutlich breiter aufgestellt als seine zentralasiatischen Nachbarn (Kapitel 1.2.3) und auch im Außenhandel ist das Land in geringerem Ausmaß auf wenige Partner fokussiert, wobei auch hier die Schweiz als Goldhändler auftritt und sie, analog zum Anteil des Goldes an den Gesamtausfuhren, 2018 mit 44% zur wichtigsten Exportdestination wurde (OEC 2017e, Coppenrath 2018).

Insgesamt erhöhte sich der Anteil der Europäischen Union am Außenhandel der zentralasiatischen Staaten im Zeitraum von 2002 bis 2018 von 20,5 auf 29,5 Prozent, wobei mehr als Dreiviertel davon auf die Exporte Kasachstans entfallen.

Bei einer Zuweisung von Werten für die Interimsabkommen und Partnerschafts- und Kooperationsabkommen³⁸ ergibt sich eine deutliche Korrelation zwischen den abgeschlossenen Abkommen und der Zunahme des Handels. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass es zu einer positiven Beeinflussung der Abkommen auf die Handelsaktivität kam. Externe Faktoren können gleichzeitig dafür sorgen, dass die Handelsaktivität steigt und die politischen Voraussetzungen zum Abschluss von Abkommen gegeben sind.

gesamten Handels mit der EU entsprach.

38 Kein Abkommen = 0; Interimsabkommen = 0,5; PKA = 1; EPKA = 2 (teilweise in Kraft für Kasachstan ab 2016)

5.5.1 Politischer Dialog

Neben dem dominierenden wirtschaftlichen Aspekt ist der politische Dialog ein zweiter bedeutender Punkt der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Der politische Dialog umfasst faktisch jede Form der Kommunikation zwischen Vertretern von Drittstaaten und Vertretern der Europäischen Union (Urdze 2010: 119). Zwei bedeutende Formen des politischen Dialogs sind speziell eingerichtete Kooperationsräte und der Menschenrechtsdialog.

Es finden Treffen der Kooperationsräte mit allen zentralasiatischen Staaten, mit der Ausnahme von Turkmenistan, auf jährlicher Basis statt. Der Detailgrad der Veröffentlichungen variiert stark, teilweise werden umfangreiche Dokumente (vgl. The Cooperation Council 2019) veröffentlicht, manchmal werden diese nur partiell veröffentlicht und große Abschnitte für die Öffentlichkeit aus den Dokumenten entfernt (vgl. The Cooperation Council 2009) und manchmal werden nur kurze Presseerklärungen (vgl. Rat der Europäischen Union 2017) herausgegeben.

Die EU selbst wertet den politischen Dialog weitgehend als Erfolg (Europäisches Parlament 2019c) und hebt den politischen Dialog im erweiterten Strategiepapier von 2019 noch einmal hervor (Europäische Kommission 2019a).

Die Leitlinien zu den Menschenrechtsdialogen wurden 2001 festgelegt (Rat der Europäischen Union 2001) und 2008 aktualisiert (Rat der Europäischen Union 2008c). Die Formen der Dialoge sind sehr unterschiedlich und in den allgemeinen Grundsätzen wird festgehalten, dass Menschenrechtsfragen über die Menschenrechtsdialoge hinaus behandelt werden müssen.

„Die Europäische Union verpflichtet sich, den Prozess der Einbeziehung der die Menschenrechte und die Demokratisierung betreffenden Ziele in alle Aspekte ihrer Außenpolitik zu intensivieren („Mainstreaming“). Im Hinblick darauf wird die EU dafür Sorge tragen, dass die Frage der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit bei allen ihren Treffen und Gesprächen mit Drittländern auf allen Ebenen ... berücksichtigt wird“ (Rat der Europäischen Union 2008c: 5).

Auch eine Einbeziehung der Menschenrechtsfrage in politische Dialoge wird ausdrücklich erwähnt (Rat der Europäischen Union 2008c: 14).

Die Menschenrechtsdialoge sollen „flexibel und pragmatisch“ sein und nach Möglichkeit auf Ebene der zuständigen Regierungsvertreter stattfinden um einen fruchtbaren Austausch zu ermöglichen. Auch Dialoge mit der Zivilgesellschaft sollen stattfinden und die Dialoge mit staatlichen Vertretern für die Zivilgesellschaft transparent und zugänglich sein (Rat der Europäischen Union 2008c: 9-11). Strukturierte Dialoge mit den zentralasiatischen Staaten finden seit 2007/2008 statt, mit Turkmenistan gab es bereits 2005 einen ad hoc Dialog. Mit der Zivilgesellschaft und mit NGOs finden Dialoge, in Form von Seminaren statt (Europäische Kommission 2016).

Die Europäischen Union geht bei den Dialogen insgesamt sehr behutsam vor, basierend auf der Befürchtung, und mit den Erfahrungen etwa des Iran, dass ein zu forderndes Vorgehen ein rasches Ende der Dialoge bedeuten kann (Axyonova 2011: 3).

Es gibt noch weitere Formen des politischen Dialogs, da dieser seiner Definition nach alle diplomatischen Kontakte umfasst. Offizielle Besuche von Vertretern der EU in Zentralasien oder umgekehrt sind demzufolge ebenfalls als politischer Dialog zu werten. Die hohen Vertreter und andere hohe Beamte der Europäischen Union kommen jedes Jahr mehrfach mit zentralasiatischen Vertretern zu unterschiedlichen Themenbereichen zusammen (vgl. z.B. European Union External Action 2017, European Union External Action 2018). Die Vielfältigkeit und unterschiedliche Form der Dokumentation macht einen sinnvollen Vergleich und Analyse dieser Formen des Dialoges an dieser Stelle unmöglich.

Die politischen Dialoge, besonders die Kooperationsräte, in geringerer Form auch die Menschenrechtsdialoge, richten sich hauptsächlich an staatliche Akteure und sollen auf einer kooperativen Basis geführt werden. Dies verleiht dem Instrument einen unterstützenden Charakter. Die Möglichkeit die Zivilgesellschaft hinzuzuziehen und der Inhalt der Dialoge, vor allem der Menschenrechtsdialoge, verleihen dem Instrument jedoch auch fordernde Züge. Dies wird noch verstärkt durch die Forderung, Menschenrechts- und Demokratiethemen in alle Aspekte der Außenpolitik aufzunehmen. Daraus ergibt sich insgesamt ein weitgehend neutraler Charakter des politischen Dialogs, wobei dieser umso fordernder ist, je autoritärer der Partnerstaat regiert wird.

Der politische Dialog ist mit dem governance-Modell erklärbar. Es wird stark mit sektoralen Schwerpunkten gearbeitet, in denen die Werte der EU verbreitet werden sollen. Die Dialoge sind relativ flexibel gestaltet und die Vertreter der EU sowie die der betroffenen Staaten individuell ausgewählt. Der Dialog, und nicht rechtlich bindende Ergebnisse, steht im Vordergrund. (Rat der Europäischen Union 2008c).

Die Auswirkungen der politischen Dialoge auf die Demokratisierung und die Menschenrechtssituation sind schwer festzustellen. Dies liegt zum einen an der unklaren Zielsetzung und zum anderen an der indirekten Wirkungsweise. Kooperationsräte behandeln unterschiedliche Themenbereiche und die Ziele der Menschenrechtsdialoge sind von Land zu Land unterschiedlich und werden im Einzelfall festgelegt (Rat der Europäischen Union 2008c: 5). Konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit in vertraulichem Rahmen behandelt und erst am Ende des allgemeinen Dialogs behandelt, was den Grund hat, dass die Dialoge nicht schon zu Beginn kollabieren (Axyonova 2011: 3). Die Entwicklung der Menschenrechtssituation wurde bereits in Kapitel 5.1 nachgezeichnet.

5.6 Weitere Dokumente

Es gibt noch zahlreiche weitere Dokumente, welche in keines der vorgestellten Schemen passt, und welche rechtlich nicht verbindlich sind. Diese stehen meist in Zusammenhang mit den vorgestellten Instrumenten und wurden zu deren Erörterung auch öfters benützt. Im Folgenden sollen die wichtigsten dieser Dokumente betrachtet werden.

Zum Ersten zu nennen sind Schlussfolgerungen, Erklärungen und Entschlüsse des Rates.

„Der Rat der EU erörtert und verabschiedet nicht nur Rechtsakte, sondern auch **Dokumente** wie Schlussfolgerungen, Entschlüsse und Erklärungen, **die keine Rechtswirkung beabsichtigen**. Der Rat nutzt diese Dokumente, um einen politischen Standpunkt zu einem Thema im Zusammenhang mit den Tätigkeitsbereichen der EU zum Ausdruck zu bringen. In Dokumenten dieser Art werden lediglich **politische Verpflichtungen oder Standpunkte** dargelegt; sie sind nicht in den Verträgen vorgesehen. Sie sind daher auch nicht rechtsverbindlich“ (Europäischer Rat und Rat der Europäischen Union o.J.).

Schlussfolgerungen des Rates geben die Haltung des Rates wieder, Schlussfolgerungen des Vorsitzenden nur die Haltung des Vorsitzes, was zum tragen kommt, wenn sich der Rat auf keine gemeinsame Position einigen kann.

Es existieren Schlussfolgerungen, Erklärungen und Entschlüsse des Rates zu Zentralasien als Region sowie zu den einzelnen Staaten (vgl. Rat der Europäischen Union 2017b, Rat der Europäischen Union 2019, Rat der Europäischen Union 2010). Teilweise werden allgemeine Standpunkte, oder solche zu gewissen Themen, wie etwa der Todesstrafe, zum Ausdruck gebracht, teilweise werden klare Handlungsaufforderungen an gewisse Akteure, wie etwa der Kommission, formuliert.

Auf Grundlage der von der Kommission veröffentlichten Menschenrechtsberichte werden Démarchen verfasst, welche jedoch zum überwiegenden Teil nicht öffentlich zugänglich sind (Urdze 2010: 148). Im Jährlichen Menschenrechtsbericht der Europäischen Union wird teilweise angegeben, welche Staaten Démarchen erhielten. Themen sind beispielsweise die Menschenrechte (vgl. Rat der Europäischen Union 2005d: 22) oder die Todesstrafe (Rat der Europäischen Union 2008d: 31).

Auf eine Beurteilung der rechtlich nicht verbindlichen weiteren Dokumenten wird an dieser Stelle verzichtet. Dies ist zum einen darin begründet, dass ihre Verfügbarkeit sehr eingeschränkt ist und zum anderen darin, dass ihre Wirkungsweise nicht sinnvoll operationalisiert werden kann.

5.7 Fazit

In den Kapiteln 5.1 bis 5.6 wurden Instrumente der Europäischen Union zur Demokratieförderung betrachtet sowie deren Charakter und Auswirkungen analysiert. Der Charakter wurde daraufhin untersucht, ob er unterstützend oder fordernd ausgeprägt war, sowie darauf hin, ob er dem Linkage, dem Leverage oder dem Governance-Modell zugerechnet werden kann.

Die Auswirkungen der Instrumente wurden schließlich, sofern möglich, anhand der Indizes von Freedom House und des Bertelsmann Transformationsindex, sowie anhand wirtschaftlicher Daten, festgestellt. An dieser Stelle soll eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse erfolgen.

In den folgenden Tabellen werden die in den Kapiteln vorgestellten Instrumente unter kürzeren Bezeichnungen subsumiert.

Tabelle 9

Einordnung

Zentralasienstrategie	5.1 Bestimmung der Grundsätze und der allgemeinen Leitlinien für die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik
Gemeinsame/durchzuführende Aktionen	5.2 Gemeinsame/durchzuführende Aktionen und Sonderbeauftragte
Gemeinsame bzw. einzunehmende Standpunkte	5.3 Gemeinsame bzw. einzunehmende Standpunkte
Verordnungen zu Usbekistan	5.4.1 Verordnungen über restriktive Maßnahmen gegen Usbekistan
Verordnungen zu TACIS	5.4.2 Verordnungen zu TACIS
Verordnungen zum DCI	5.4.3 Verordnungen zum DCI
Verordnungen zur EIDHR	5.4.4 Verordnungen zur EIDHR
PKAs	5.5 Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
Politischer Dialog	5.5.1 Politischer Dialog

Anmerkung: Um die nachfolgenden Tabellen lesbarer zu machen werden für die Instrumente unter kürzeren Bezeichnungen verwendet

Bei der Frage nach dem Charakter, ob unterstützend oder fordernd, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 10

Charakter der Instrumente

	Kasachstan	Kirgisistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan	ZA
Zentralasienstrategie	+	+	+	+	+	+
Gemeinsame/durchzuführende Aktionen		++				+
Gemeinsame bzw. einzunehmende Standpunkte					--	
Verordnungen zu Usbekistan					--	
Verordnungen zu TACIS	+	+	+	+	+	+
Verordnungen zum DCI	+	+	+	+	+	+
Verordnungen zur EIDHR	-	+	-	-	-	-
PKAs	++	+	+		+	+
Politischer Dialog	-	+	-	-	-	

Anmerkung: ++ stark unterstützend, + unterstützend, _ weder noch oder einander aufhebend, - fordernd, – stark fordernd

Quelle: eigene Darstellung

Die Instrumente der Europäischen Union weisen einen überwiegend unterstützenden Charakter auf. Dies ist jedoch häufig vom politischen System des betroffenen Staates abhängig, so weisen die Instrumente für das demokratischere Kirgisistan einen unterstützenderen Charakter auf, als für seine autoritären Nachbarn. Hervorzuheben ist das EIDHR, welches einen weitgehend negativen Charakter aufweist, wieder mit Kirgisistan als Ausnahme.

Tabelle 11

Bezug der Instrumente

	Linkage	Leverage	Governance
Zentralasienstrategie	++	+	++
Gemeinsame/durchzuführende Aktionen	++	+	+
Gemeinsame bzw. einzunehmende Standpunkte	+	++	
Verordnungen zu Usbekistan	+	++	
Verordnungen zu TACIS	++	+	+
Verordnungen zum DCI	++		++
Verordnungen zur EIDHR	++		
PKAs	+	+	
Politischer Dialog			++

Anmerkung: ++ starker Bezug, + mäßiger bis schwacher Bezug, _ kein Bezug oder nicht beurteilbar

Quelle: eigene Darstellung

Das zur Anwendung kommende Modell betreffend, unterscheiden sich die Instrumente teilweise stark. Einige sind sehr breit angelegt und umfassen Elemente des Linkage-, des Leverage- und des Governance-Modells. Andere konzentrieren sich auf zwei oder nur auf einen Bereich, wie etwa der politische Dialog.

Tabelle 12

Auswirkungen der Instrumente

	Demokratie	Menschenrechte	Wirtschaft
Zentralasienstrategie			
Gemeinsame/durchzuführende Aktionen			
Gemeinsame bzw. einzunehmende Standpunkte	-	-	
Verordnungen zu Usbekistan	-	-	
Verordnungen zu TACIS			+
Verordnungen zum DCI			+
Verordnungen zur EIDHR			
PKAs			++
Politischer Dialog			

Anmerkung: - - sehr negative Auswirkungen, - negative Auswirkungen, _ keine Auswirkungen vorhanden oder feststellbar, + positive Auswirkungen, ++ sehr positive Auswirkungen

Quelle: eigene Darstellung

In den Analysen zu den Auswirkungen zeigte sich, dass die Demokratieförderung und die Menschenrechtssituation in allen Instrumenten einen hohen Stellenwert einnehmen, jedoch keine positiven Auswirkungen in diesen Bereichen zu erkennen sind. Die Zentralasienstrategie umfasst viele Bereiche, zu einer wirklichen Verbesserung kam es jedoch nur im Bereich der verantwortungsvollen Staatsführung. Die Sanktionen gegen Usbekistan im Nachklang der Unruhen von Andijan versandeten, ohne die erwünschte Wirkung erzielen zu können und der usbekische Staat schaffte es im selben Zeitraum, seine autoritären Züge auszubauen. Das TACIS, das DCI und die PKA zielen hauptsächlich auf die wirtschaftliche Kooperation ab. Vor allem im Fall von Kasachstan kann diese Kooperation als durchwegs erfolgreich gesehen werden. Für die anderen Staaten Zentralasiens ist die Europäische Union nach wie vor ein eher unbedeutender Wirtschaftspartner mit meist noch schwindender Relevanz. Unter Bezugnahme auf die Modernisierungstheorie kann von einem verstärktem Handel und dem damit einhergehenden erhöhten Wohlstand, von einer erhöhten Chance auf eine Demokratisierung ausgegangen werden. Praktisch konnte sich dies in Zentralasien bis jetzt

nicht bestätigen. Auch in Kasachstan, welches durchschnittlich hohe Wachstumsraten und für die Region einen hohen Wohlstand aufweist, konnten sich die autokratischen Strukturen festigen. Innerhalb der Europäischen Union kam es u.a. 2015 im Zuge der Überprüfung der Zentralasienstrategie zu Diskussionen über die Wirksamkeit der eingesetzten Instrumente und zur Priorität der europäischen Werte in der europäischen Zentralasienpolitik, auch im Angesicht der außenpolitischen Angebote weiterer Akteure, vor allem Russlands und Chinas (Böttger, Braun, Plottka: 2019: 313).

6 Faktoren, welche die Demokratieförderung beeinträchtigen

Wie gezeigt wurde, sind die Maßnahmen der Europäischen Union, die Demokratie in Zentralasien zu fördern, kaum von Erfolg gekrönt. Dies hat viele Ursachen, an dieser Stelle sollen drei davon näher beleuchtet werden.

Der erste Faktor sind Drittstaaten, welche eigene Interessen in Zentralasien verfolgen und dadurch die Bemühungen der EU zur Demokratisierung unterstützen, aber auch behindern oder deren Wirksamkeit verpuffen lassen können. Drei Staaten und deren Zentralasienpolitik, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, Russland und China sollen hier näher betrachtet werden.

Der zweite Faktor sind das präsovjetoische und das sowjetische Erbe, welches für die Region spezifische Eigenheiten mitbringt, die ebenfalls die Demokratisierung behindern können.

Als drittes wird noch ein Blick auf den „Ressourcenfluch“ und dessen Auswirkungen geworfen.

6.1 Drittstaaten

Zentralasien war seit dem Great Game³⁹ in der Einflussphäre, und integraler Bestandteil, Russlands. Mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Staaten öffnete sich die Region wieder als Handlungsfeld internationaler Akteure, welche jeweils unterschiedliche Interessen mit unterschiedlicher Intensität verfolgen.

³⁹ Kap. 1.2.2

6.1.1 Vereinigte Staaten von Amerika

Die Vereinigten Staaten sahen sich 1991 und in den darauf folgenden Jahren mit einer besonderen Situation konfrontiert, welche Zbigniew Brzeziński treffend charakterisierte: „The geostrategic implications for America are clear: America is too distant to be dominant in this part of Eurasia but too powerful not to be engaged“ (Brzeziński 1997: 125). Zentralasien wurde in Folge dessen als „offene Region“ (Tolipov et al 2016: 9) verstanden, als abhängige Region, welche eine natürliche geopolitische Verbindung zwischen anderen Regionen darstellte.

Ähnlich wie bei der Politik der Europäischen Union ist die amerikanische geprägt vom Gegensatz zwischen normativen und geopolitischen bzw. wirtschaftlichen Ansprüchen. Auf normativer Ebene wird der Unterstützung der Demokratie und der Menschenrechte ein hoher Stellenwert beigemessen, wirtschaftlich wird die Entwicklung von Marktwirtschaften betont (Congress 1999-2000) und geopolitisch wird eine amerikanische Präsenz, sowie das Verhindern einer zu starken Einflussnahme anderer Großmächte, angestrebt. Die Entwicklungen in Afghanistan seit 2001 brachte neue Facetten, welche unter anderem militärische Basen in Zentralasien beinhalten.

Die Demokratieunterstützung in den zentralasiatischen Staaten begann schon kurz nach 1991 in Form unterschiedlicher Programme wie dem FREEDOM Support Act (FSA) 1992 (Congress 1992) oder dem Central Asian-American Enterprise Fund (CAAEEF) 1994. Diese erste Phase der amerikanischen Demokratieförderung brachte nicht die erwünschten Ergebnisse,

„One can certainly argue that ‘promotion of democracy’ in Central Asia has been a ‘failed policy’. Not only did US money and policies not improve the situation in the republics, in most cases, such as Kazakhstan and Uzbekistan, they helped the leaders to establish monopoly on power. In fact, a family-state has replaced a communist-state monopoly in these countries“ (Yazdani 2007: 145).

1998 bekräftigten die Vereinigten Staaten die Bedeutung der Demokratieförderung im Dokument „A National Security Strategy for a New Century“, speziell auch für Zentralasien. „The independence, sovereignty, territorial integrity, and democratic and economic reform of the NIS are important to American interests“ (The White House 1998: 41). In Folge der Ereignisse von 2001 gerieten diese Bemühungen endgültig in den Hintergrund und strategische Interessen dominierten. Die autoritären Herrscher der Region garantierten Stabilität, das Fortbestehen bzw. Neuerrichten amerikanischer Militärbasen sowie einen Schutz der Region gegen islamistische Tendenzen (Crawford 2007: 134). Die Bush-Administration hielt jedoch, zumindest offiziell, an der Demokratieförderung fest, was auch von der Obama-Administration beibehalten wurde. Die Schwerpunkte verschoben sich mehr und mehr in Richtung der Zivilgesellschaft, mit dem Hintergrund, dass eine

demokratisch orientierte Zivilgesellschaft den Schlüssel für eine Demokratisierung darstellt (Omeli-cheva 2015: 7). Restriktive Maßnahmen, welche im Zuge der Ereignisse von Andijan unter Bush verhängt wurden, wurden ähnlich wie die der EU, 2012 unter Obama beendet, ohne zu Ergebnissen geführt zu haben (McDermott 2008, Neistat 2015).

2015 wurde eine Dialogplattform mit der Bezeichnung C5+1 ins Leben gerufen, welche das Ziel hat, gemeinsame Herausforderungen der fünf zentralasiatischen Staaten und der Vereinigten Staaten von Amerika zusammen zu begegnen. Die 2016 definierten zentralen Projekte sind „C5+1 Counter-Terrorism“, „C5+1 Central Asia Business Competitiveness“, „C5+1 Transport Corridor Development“, „C5+1 Power the Future“ und „5+1 Supporting National and Regional Adaptation Planning“ (U.S. Department of State 2017). Fragen der Demokratie und der Menschenrechte wurden ausgespart und damit der Weg, die Demokratieförderung hinter geopolitische Interessen zu stellen, konsequent fortgesetzt (Tolipov 2015).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die USA in den 1990er Jahren einen Mix aus verschiedenen Interessen in der Region verfolgte, wovon die Demokratieförderung eines war und auf diesen Bereich bezogen die USA den wichtigsten Akteur darstellte. Der 11. September verschob den Schwerpunkt auf sicherheitspolitische Aspekte und 2005 kam es, infolge der Ereignisse von Andijan, zu einer Entfremdung, speziell mit Usbekistan, und zu einer weiteren Einschränkung der Demokratieförderung, welche bis heute keinen hohen Stellenwert mehr einnimmt.

6.1.2 Russland

Russland nimmt unter den externen Akteuren in Zentralasien eine besondere Stellung ein, welche in den historischen, kulturellen und wirtschaftliche Verknüpfungen begründet ist (Kap. 1.2.2). Die gemeinsame Vergangenheit im Zarenreich und der Sowjetunion führt zu mehreren Faktoren, welche auch nach der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken von Bedeutung sind.

Es kam, in unterschiedlichem Ausmaß, zu einer Kolonisierung zentralasiatischer Gebiete und zu einer starken Rückwanderung ethnischer Russen, besonders nach 1991, jedoch existieren bis heute russische Minderheiten in Zentralasien (Kap. 1.2.3, Flynn 2004). In den neu gegründeten Titularnationen wurden die jeweiligen Sprachen dominant, welche von den verbliebenen Russen selten beherrscht wurden. Sie blieben weitgehend von politischer Teilhabe ausgeschlossen und auch die Posten in den staatlichen wirtschaftlichen Betrieben wurden mit Mitgliedern der Titularnationen besetzt (Peyrouse 2008: 9f.). Russland selbst sieht sich nach wie vor als Schutzmacht von ethni-

schen Russen im nahen Ausland, was in diesem Bereich ein Interesse an der Region hervorrufen muss.

Ein weiterer Faktor ist die Bedeutung der russischen Sprache in Zentralasien, welche die uneingeschränkte lingua franca darstellt. Nach wie vor ist so gut wie jeder Zentralasiate und jede Zentralasiatin des Russischen mächtig und es stellt eine verbreitete Verkehrssprache dar. Speziell in Kasachstan und Kirgisistan, den Staaten mit dem höchsten russischen Bevölkerungsanteil, wird Russisch häufig als Alltagssprache verwendet. Viele ethnische Russen sind des Kasachischen bzw. Kirgisischen nur bedingt oder gar nicht mächtig, was die Rolle des Russischen noch verstärkt. In Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan, in denen der russische Bevölkerungsanteil geringer ist, gibt es eher Bewegungen hin zu den nationalen Sprachen (Baimatov 2013, Peyrouse 2008: 16). Ein weiterer Faktor sind russische Medien, welche in Zentralasien dominant sind. Sowohl in den Massenmedien, als auch in den sozialen Netzwerken dominieren Informationen aus Russland, weitgehend ohne ausländische Konkurrenz. Westliche Inhalte sind in einer kleinen Schicht junger, gebildeter Zentralasiaten verbreitet, jedoch nur in einem Ausmaß, der der russischen kulturellen Dominanz nichts entgegenzusetzen hat (CAA-Network 2017).

Die wirtschaftlichen Verknüpfungen zwischen Zentralasien und Russland waren 1991 und in den darauffolgenden Jahren sehr ausgeprägt. Die Ökonomien der zentralasiatischen Staaten waren fast ausschließlich auf Russland ausgerichtet. Eine Tatsache, die sich nur langsam ändern konnte. Vor allem die auf fossile Rohstoffe ausgerichteten Staaten Kasachstan und Turkmenistan waren davon betroffen. Zwar war Russland als Abnehmer nur von untergeordneter Bedeutung, die Infrastruktur zum Transport von Erdgas und -öl verlief jedoch durch russisches Territorium, was Russland die vollkommene Kontrolle über die Außenwirtschaft Kasachstans und Turkmenistans ermöglichte und dies wurde auch genutzt (Ouyang, Savin 2011: 60-61). Die Antwort war das Bestreben der Betroffenen Staaten, ihre Abhängigkeit zu reduzieren und neue Transportmöglichkeiten unter Umgehung Russlands zu ermöglichen. Vor allem im Fall von Turkmenistan gelang dies (Kap. 5.5), indem eine Pipeline in das chinesische Xingyang gebaut wurde (Anonymous 2009: 12), wodurch sich die Exporte, und damit auch die Abhängigkeiten, ausschließlich auf China verlagerten.

Eine weitere Form der wirtschaftlichen Verknüpfung sind die Arbeitsmigranten in Russland, vor allem aus Tadschikistan, welche schon in Kapitel 1.2.3 Erwähnung fanden.

Neben diesen russlandspezifischen Faktoren bleiben vor allem geopolitische und wirtschaftliche Interessen.

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre strebte Russland nach innerer Konsolidierung und einer Annäherung an den Westen. Zentralasien verlor in der russischen Wahrnehmung signifikant an Bedeutung und die wirtschaftliche, diplomatische und militärische Kooperation ging zurück. „...by the

mid-1990s Russia had in practice "lost" Central Asia, not only from the political point of view but also in defence and economic matters" (Paramonov, Stokov 2008: 7). Ab Mitte der 1990er vollzog die russische Außenpolitik einen gravierenden Wandel, als die Anbahnung an den Westen der Primakov-Doktrin⁴⁰ wich. Diese sieht eine multipolare Weltordnung, in welcher die NATO kaum mehr als ein Instrument amerikanischer Machtausübung darstellt, welches Europa sicherheitspolitisch dominiert und in welcher Russland wieder den Anspruch hat, eine Weltmacht zu sein (Rontoyanni 2002: 814-816). Zentralasien wurde als russische Einflussosphäre betrachtet⁴¹, ein Raum, welcher noch nicht von einer anderen Macht, hier vor allem den Vereinigten Staaten, beeinflusst war, und der, vor dem Hintergrund einer zunehmenden islamischen Radikalisierung in Afghanistan und im Nordkaukasus, Sicherheitspolitisch von besonderem Interesse war. Russland versuchte vor allem mit wirtschaftlichem Druck seine Ziele zu erreichen, was kaum gelang, bedingt durch die eigene wirtschaftliche Schwäche und der Orientierung der zentralasiatischen Staaten nach außen (Flikke 2003; Paramonov, Stokov 2008: 8-12). Ab den 2000er Jahren kam es unter Vladimir Putin zu einer Intensivierung und Verbesserung der Beziehungen sowie einer Erweiterung der Primakov-Doktrin. Dies wurde durch die verbesserte wirtschaftliche Lage und den damit einhergehenden höheren finanziellen Mitteln Russlands und einer erhöhten Priorisierung möglich. Eine Institutionalisierung der Beziehungen wurde angestoßen, und in Zuge dessen eine Vielzahl von Organisationen zur Zusammenarbeit gegründet. Den Anspruch, Zentralasien geopolitisch zu dominieren, konnte Russland jedoch nach wie vor nicht verwirklichen.

Wirtschaftlich versucht Russland, nach der Phase des Niedergangs der Kooperation in den 1990er Jahren und weitgehender Stagnation in den 2000er Jahren, seine Bande zu Zentralasien wieder zu stärken. Die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft war ab 2000 eine erste Form der institutionalisierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der neben Russland und Weißrussland noch Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan angehörten. 2015 wurde diese von der Eurasischen Wirtschaftsunion abgelöst, welche einen Binnenmarkt und eine Zollunion beinhaltet und sich ausdrücklich an der Europäischen Union und nicht an der Sowjetunion orientiert (Halbach 2011). Wladimir Putin dazu: „Es geht nicht darum, die Sowjetunion auf die eine oder andere Art auferstehen zu lassen. Es wäre naiv, etwas zu restaurieren oder zu kopieren, was der Vergangenheit angehört. Aber eine enge Integration auf hohem politischen und wirtschaftlichem Niveau ist das Gebot der Stunde“ (Putin 2011). Aktuell (2019) gehören der Eurasischen Wirtschaftsunion Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland und Weißrussland an, Tadschikistan besitzt den Status eines Beitrittskandidaten.

40 benannt nach Yevgeny Primakov, russischer Außenminister von 1996-1998

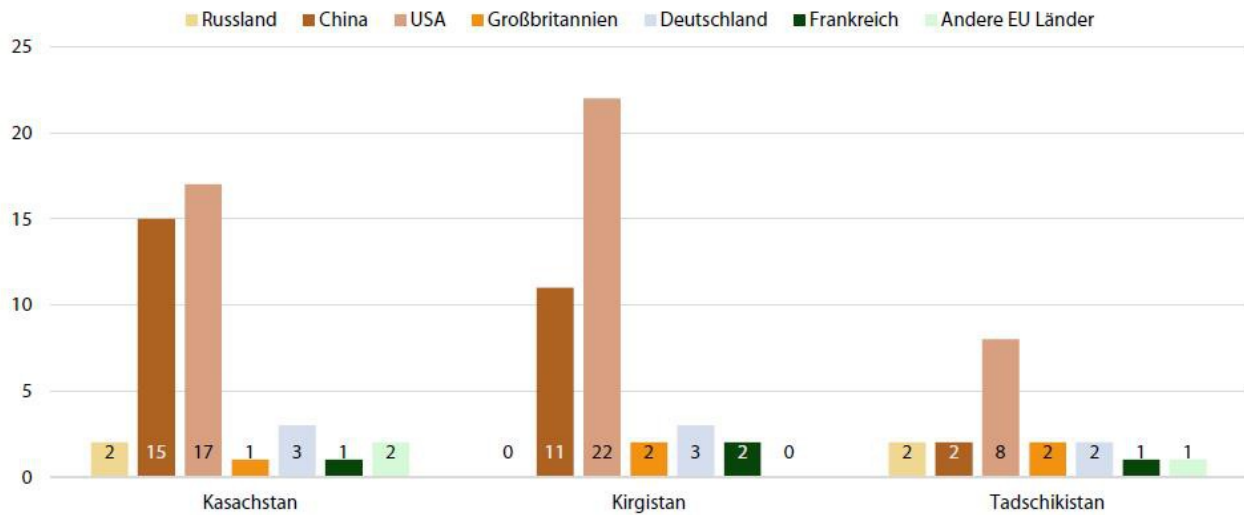
41 Russland verfolgt das Konzept des „nahen Auslands“, welches Länder beschreibt, die sich in Russlands Einflussbereich befinden. Zum nahen Ausland gehören die Länder der ehemaligen Sowjetunion, mit Ausnahme der Baltischen (Ackeret, 2010: 9f; Cameron, Orenstein 2012)

Im Bereich der Demokratieförderung ist die Rolle Russlands ambivalent. Selbst ohne Ambitionen in diesem Bereich, haben die russischen Aktionen Auswirkungen auf die Maßnahmen der Europäischen Union. Es gibt Bereiche, in denen europäische und russische Interessen deckungsgleich sind, oder zumindest mit einer beträchtlichen Schnittmenge aufweisen. Dazu gehören etwa die Sicherheitspolitik, darunter der Kampf gegen islamistische Tendenzen, gegen Drogenhandel, organisierte Kriminalität etc., und eine verstärkte Zusammenarbeit in der Energiepolitik (Böttinger 2016: 406, Tolipov et al 2016: 17-20). In anderen Bereichen gibt es weniger Überschneidungen und Russland knüpft seine außen- und wirtschaftspolitischen Handlungen nicht an demokratiepolitische Konditionalitäten. Dies ist weitgehend im russische Demokratieverständnis begründet, welches sich stark von dem der liberalen Demokratie unterscheidet. „This model of ‘democracy’ is premised on the idea of the strong state as a fundamental condition for Russia’s national survival and an important factor in the success of its political, security and economic reforms“ (Omeličeva 2015: 10). Auf globaler Ebene bezieht sich Russland auf eine „demokratische Weltordnung“, in welcher souveräne Staaten gleichberechtigt agieren und demzufolge Eingriffe ausländischer Staaten, wie etwa die Demokratieförderung, als illegitim betrachtet werden (Omeličeva 2015: 10-11). Besonders die Ereignisse von Andijan verdeutlichen die russische Haltung. Während die Europäische Union und die Vereinigten Staaten die Handlungen der usbekischen Regierung verurteilten, eine Aufklärung forderten und schließlich Sanktionen verhängten, folgte Russland der usbekischen Darstellung, der zufolge es sich um eine islamistisch-terroristische Verschwörung gehandelt habe, welche von usbekischer Seite niedergeschlagen wurde (Urdze 2010: 218). Russland schloss in weiterer Folge einen militärischen Pakt, um strategische Interessen beider Staaten auf allen Ebenen zu verteidigen (Kühler 2005).

Praktisch führt dies zu mehreren negativen Auswirkungen auf die Demokratieförderung der Europäischen Union. Der stärkste Hebel, die Konditionalität, wird abgeschwächt, indem wirtschaftliche Anreize oder Sanktionen durch Russland substituiert werden können. Ein weiterer Punkt ist die kulturelle Einflussnahme Russlands auf die Bevölkerung und die Elite Zentralasiens. Eine Sozialisation im europäischen Sinn wird dadurch stark erschwert.

Abbildung 13

„Unfreundlichkeit“



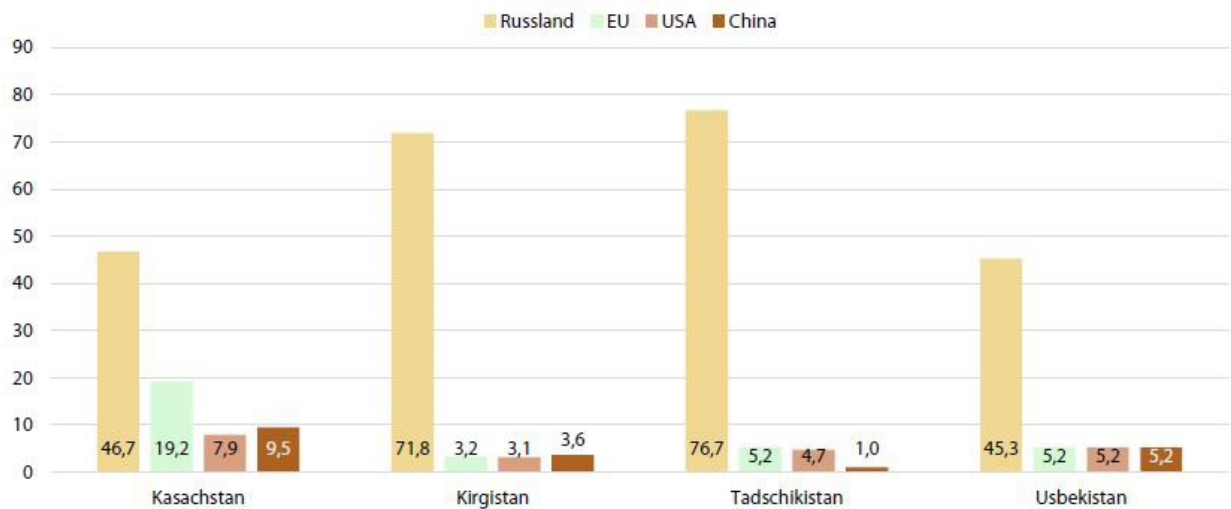
Anmerkung: Fragestellung: “Which of the countries listed below do you consider unfriendly to our country (are likely to engage in a conflict with it, or pose a threat)?”

Quelle: Zentralasien-Analysen Nr. 127-128; EDB (2017), Cross-National Survey Data

Abbildung 13 veranschaulicht, welche Staaten als unfreundlich wahrgenommen werden. Hier sind vor allem die USA vertreten, während Russland durchwegs sehr gut abschneidet. Ein Bild, welches in russischen Medien präsentiert wird.

Abbildung 14

Entwicklungsorientierung



Anmerkung: Befragung von Jugendlichen, an welchem Land sich die eigene Entwicklung orientieren soll

Quelle: Zentralasien-Analysen Nr. 127-128; Friedrich Ebert Foundation Kazakhstan 2016 (Umbetaliyeva et. al.), EDB (2017)

Abbildung 14 verdeutlicht noch stärker die Ausrichtung der Bevölkerung an ausländischen Staaten. Russland ist unter den Jugendlichen das mit Abstand attraktivste Vorbild, andere Staaten und die EU sind in ihrer Vorbildwirkung zu vernachlässigen. Einzig in Kasachstan erreicht die EU mit knapp 20% etwas höhere Werte⁴².

6.1.3 China

Durch die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten sah sich China mit mehreren Herausforderungen konfrontiert. Eine davon waren ungeklärte Grenzfragen mit den neu entstandenen Staaten, allen voran Tadschikistan. Die Unklarheiten resultieren in Verträgen zwischen dem Zarenreich und der Qing Dynastie und betreffen Gebiete im östlichen Pamir (Bitabarova 2015: 67). 2001 konnte ein Übereinkommen erzielt werden, in dem Tadschikistan rund 900 der geforderten 30 000 km² an China abtrat (Iskandarow 2009: 4). Eine weitere Herausforderung stellten Unabhängigkeitsbestrebungen in der chinesischen Provinz Xinjiang (XUAR) dar, welche von Uiguren, sowie weiteren

⁴² Nähere Erläuterungen zu den Quellen und der Methodik der Abbildungen 13 und 14 befinden sich im Anhang 8.2

Turkvölkern, persisch- und mongolischsprachigen Völkern bewohnt wird (Han 2010: 245, 249).

Die Interessen Chinas in Zentralasien verstärkten sich ab den 2000er Jahren, zuerst vor allem auf wirtschaftlicher Ebene, später auch auf geopolitischer.

Auf wirtschaftlicher Ebene ist Zentralasien in zweierlei Hinsicht von Bedeutung: Als Handelspartner sowie Lieferant für Rohstoffe und als Korridor für die Belt and Road Initiative (BRI, OBOR).

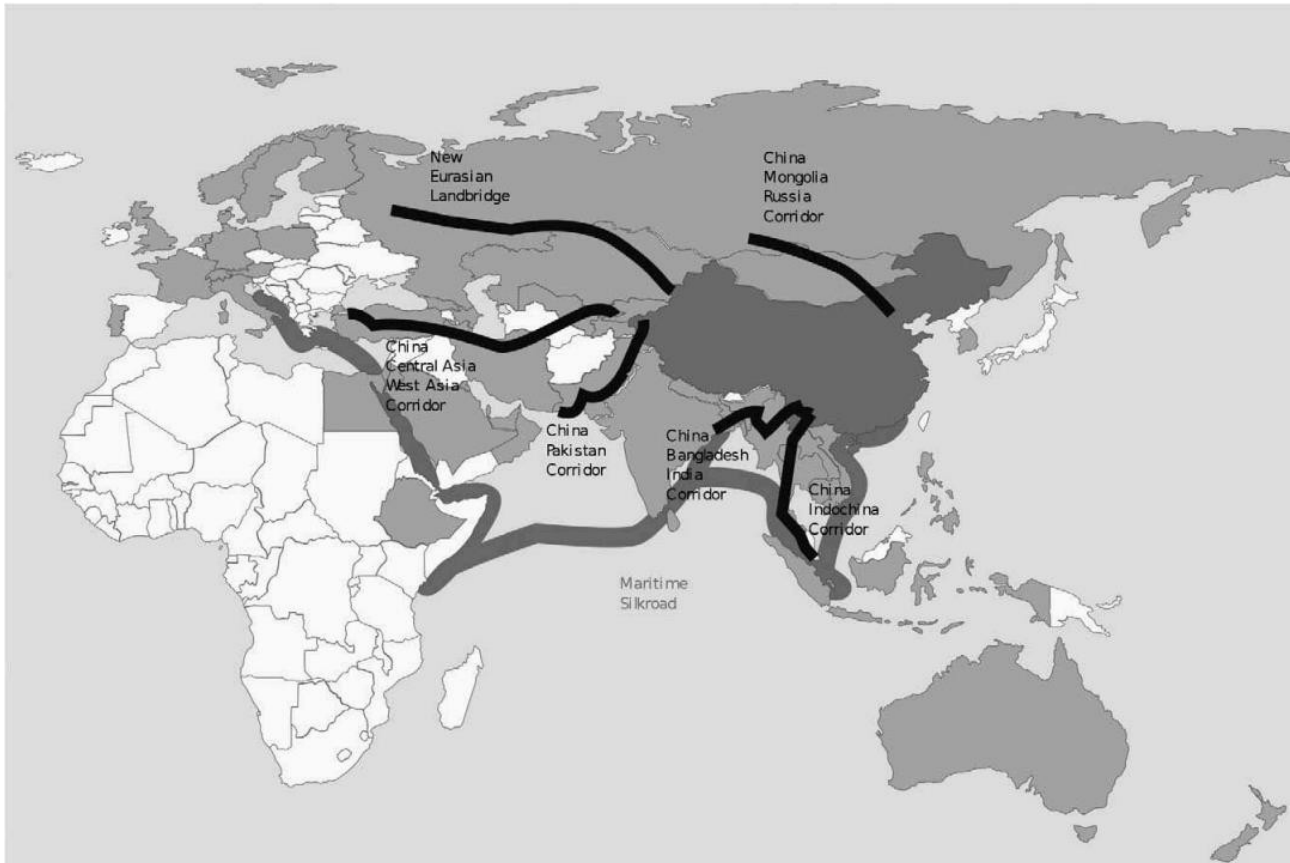
Die ersten Jahre der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken fielen mit einem hohen chinesischen Wirtschaftswachstum und einem daraus resultierenden wachsenden Energiebedarf zusammen (Xu 1999). China sah die Möglichkeit, sich weitere Quellen zu erschließen und Kasachstan sowie Turkmenistan bot sich die Möglichkeit, sich von europäischen Abnehmern und russischer Infrastruktur unabhängig zu machen. Die Kasachstan-China Ölpipeline, die 2005 den Betrieb aufnahm, und die Zentralasien-China Gaspipeline, ab 2010, von Turkmenistan über Usbekistan und Kasachstan nach China waren die Konsequenz (Heinrich 2014: 136; Hu 2014: 599). China wurde damit zum quasi exklusiven Abnehmer für turkmenisches Gas, während Kasachstan den Großteil seines Ölhandels weiterhin mit Europa tätigt (OEC 2017d, OEC 2017a). Vor allem Kasachstan ist auch eine wichtige Quelle für nicht fossile Rohstoffe, wie etwa Uran, um den stark wachsenden chinesischen Bedarf zu befriedigen (Kaukenow 2009: 3-4; World Nuclear Association 2019).

Der zweite wirtschaftlich relevante Aspekt für China ist die Belt and Road Initiative oder neue Seidenstraße. Die Idee dafür entspringt der Notwendigkeit, das Wachstum der chinesischen Wirtschaft hoch zu halten. Um dies zu erreichen, wurde die Strategie des „going global“ (‘zouxiang shijie, 走向世界) entwickelt (Shambaugh 2013: 174–175). Xi Jinping präsentierte in diesem Geist 2013 in einer Rede in Kasachstan und einer anschließenden in Indonesien die Idee der Belt Road Initiative (Xi 2014: 311-315), einer Handelsverbindung zu See über den Indischen Ozean und zu Land über Zentralasien, von China nach Europa. Diese Idee ist nicht nur aus rein wirtschaftlichen Gründen zu verstehen, sondern auch aus geopolitischen. Die Vereinigten Staaten unter Obama vollzogen kurz zuvor einen rhetorischen Schwenk in den pazifischen Raum, den sie als neuen Schwerpunkt definierten, was China als klaren Wink in seine Richtung verstand (Kolmaš, Kolmašová 2019: 65-66). Details für den land-basierende Silk Road Economic Belt (SREB) wurden 2015 im Aktionsplan „Vision and Actions on Jointly Building Silk Road Economic Belt and 21st Century Maritime Silk Road“ konkretisiert und fünf Prioritäten definiert: „promote policy coordination, facilities connectivity, unimpeded trade, financial integration and people to people bonds“ (National Development and Reform Commission 2015: 5). Neben der Schaffung der Infrastruktur in Form

von Schienen, Straßen und Pipelines werden weitere Aspekte umfasst. Der Passus der „people to people bonds“ inkludiert eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Kooperation, von wirtschaftlicher hin zu akademischer und kultureller, unter der Vorherrschaft Chinas (Toktomushev 2016: 4).

Abbildung 15

Karte der BRI



Quelle: The Impact of China's Belt and Road Initiative S. 10

Abbildung 15 zeigt die geplanten Korridore, in denen Zentralasien eine bedeutsame Rolle einnimmt.

Auch auf geopolitischer Ebene ist Zentralasien von wachsender Bedeutung für China. Mit dem Wachstum der chinesischen Wirtschaft ging auch das Modernisierungsprogramm für die Volksbefreiungsarmee einher. Durch den Wegfall Russlands als militärische Hegemonialmacht in Zentralasien und den schrittweisen Rückzug der USA aus Afghanistan wäre China in der Lage dieses Vakuum auch militärisch zu füllen, worauf es bisher verzichtete (Weitz 2013: 81-82). Die strategi-

schen Interessen konzentrieren sich aktuell auf zwei Bereiche: Zentralasien als Rohstofflieferant zu sichern und Zentralasien sicherheitspolitisch als Partner zu gewinnen. Sicherheitspolitisch ist Peking bestrebt islamistische und separatistische Tendenzen zu neutralisieren, zwei Bereiche welche vor allem die Uiguren in Xinjiang betreffen. China unterstützt die zentralasiatischen Staaten auf akademischem Bereich sowie militärisch beim Kampf gegen islamistische Gruppierungen und schloss eine Vielzahl diplomatischer Abkommen, welche unter anderem die Bekämpfung uigurischer Separatisten in Zentralasien beinhalten (Bitabarova 2016, Ong 2005, Weitz 2013). Hauptadressaten sind die zentralasiatischen Regierungen bzw. deren Machteliten. Demokratisierungstendenzen, vor allem wenn diese von der Zivilgesellschaft ausgehen, werden als destabilisierender Faktor betrachtet und sind daher nicht in chinesischem Interesse.

Im Unterschied zu den anderen Großmächten USA und Russland, und selbst europäischen Staaten, unterhält China offiziell keine Militärbasen in Zentralasien, was vor allem darin begründet ist, dass Russland durch militärische Präsenz Chinas im „Nahen Ausland“ nicht herausgefordert werden soll. Seit 2016 gibt es jedoch Berichte über chinesische Militärpräsenz in Tadschikistan, an der Grenze zum afghanischen Wakhan Korridor und seit 2019 über eine chinesische Militärbasis in der Region. Sowohl China als auch Tadschikistan dementieren dies. Als Hintergrund kann der Abzug amerikanischer Truppen aus Afghanistan und das Erstarken der Taliban, sowie Friedensverhandlungen zwischen den Konfliktparteien (Indeo 2019a), angenommen werden, was von China und Tadschikistan, welches kaum in der Lage ist die lange, unzugängliche Grenze selbst zu überwachen, als Sicherheitsrisiko gesehen wird (Indeo 2019b, Shih 2019).

Als wichtiges Instrument chinesischer, und in geringerem Ausmaß auch russischer Zentralasienpolitik ist die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (Shanghai Cooperation Organisation, SCO).

Die SCO ging 2001 aus den Shanghai Five hervor und wurde von China, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan gegründet. 2017 wurden Indien und Pakistan aufgenommen. Als Hauptziele werden genannt:

„strengthening mutual trust and neighbourliness among the member states; promoting their effective cooperation in politics, trade, the economy, research, technology and culture, as well as in education, energy, transport, tourism, environmental protection, and other areas; making joint efforts to maintain and ensure peace, security and stability in the region; and moving towards the establishment of a democratic, fair and rational new international political and economic order“ (Shanghai Cooperation Organization Secretariat 2020).

Die Motive der teilnehmenden Staaten werden unterschiedlich interpretiert. „One view holds that the SCO constitutes a joint effort by a group of authoritarian states to defend against regime

changes in the face of regional or global democratic trends“ (Song 2016: 30). Andere Interpretationen sehen in der SCO eine gemeinsame Bemühung, eine amerikanische Hegemonie zu verhindern, Sicherheitsinteressen zu koordinieren oder den jeweiligen Versuch Russlands und Chinas den Einfluss des jeweils anderen in der Region zu begrenzen (Song 2016: 31). Der Beitritt Indiens und Pakistans 2017 fügt der Frage nach der Motivation der Mitgliedsstaaten neue Facetten hinzu. China ist schon seit geraumer Zeit der dominante Akteur der SCO, Pakistan sein Verbündeter, ein Beitritt Pakistans ein logischer Schritt. Indien wurde von China lange als Rivale angesehen, sowohl wirtschaftlich als auch, vor allem, geopolitisch. Indien ist außerdem eine Demokratie, was der Interpretation des Schutzes autoritärer Regime widerspricht. Jedoch versucht China seit geraumer Zeit seine Beziehungen zu Indien zu verbessern, wobei die SCO ein wertvolles Instrument sein kann (Zhou, Esteban 2018).

Auf die Demokratieförderung bezogen, kann aus den beschriebenen Aspekten ein weitgehend negativer Einfluss Chinas abgeleitet werden.

Ein möglicher positiver Effekt lässt sich unter Bezugnahme auf die Modernisierungstheorie herleiten. Das Engagement Chinas wirkt sich zweifellos positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der zentralasiatischen Staaten aus, was der Theorie Lipsets zufolge positive Auswirkungen auf die Demokratisierung hat.

Die negativen Einflüsse Chinas können in drei Kategorien subsumiert werden. Erstens, die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung, welche die Konditionalität westlicher Maßnahmen unterminiert; zweitens die Institutionalisierung autoritärer Normen durch die SCO und drittens die Antithese zur Modernisierungstheorie durch das Beispiel Chinas selbst.

Die wachsende wirtschaftliche Bedeutung Chinas für die zentralasiatischen Staaten wurde bereits dargelegt. Sowohl im Handel als auch bei der Entwicklungshilfe, inklusive Investitionen im Rahmen der SREB, ist China überaus bedeutend bzw. weit führend. Sowohl an den Handel als auch an die Investitionen sind keine politischen Bedingungen geknüpft, anders als bei der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Dies schwächt die Wirksamkeit der Konditionalität in europäischen Maßnahmen entscheidend, da eine Alternative vorhanden ist⁴³. Ein Beispiel ist, wie schon im Fall von Russland, das Nachspiel von Andijan, als von der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten Sanktionen verhängt wurden, China und Russland jedoch der usbekischen Darstellung folgten und ihre Kooperation mit Usbekistan vertieften, was den Sanktionen jede Wirkung nahm (Kap. 5.3, Azhiben 2008).

43 Auch die Hilfe Chinas ist an Konditionalitäten geknüpft, jedoch sind diese meist problemlos zu erfüllen und beschränken sich auf die Nichtanerkennung von Taiwan und Uigurischen Separatisten (Sharshenova, Crawford 2017: 462)

Die zweite Kategorie umfasst die Institutionalisierung autoritärer Normen, vor allem durch die SCO. Das Prinzip ist dem europäischen ähnlich, welches etwa durch die politischen Dialoge versucht liberale Normen zu verbreiten. Das chinesische Modell steht in direkter Konkurrenz dazu, indem die vertretenen Werte denen Europas oft diametral entgegen stehen. Die „three evils“, Terrorismus, Separatismus und Extremismus, werden gerne als die größte und gemeinsame Bedrohung herangezogen (Aris 2009) und Europäische Werte als Instrumente dieser three evils genannt, was zur Schaffung eines gemeinsamen autoritären Narrativs beiträgt (Sharshenova, Crawford 2017: 465). Die Werte der Selbstbestimmung und Nichteinmischung werden hochgehalten:

„the SCO is a multilateral vehicle used by member governments to undermine democratisation trends in Central Asia. It uses a set of conservative norms known collectively as the ‘Shanghai Spirit’ as a weapon to preserve the autocratic regimes in the region. The ‘critical states’ of China and Russia play key roles in the process of promoting the principles of ‘sovereignty’ and ‘non-interference’ and in emphasising the values of ‘stability’ and ‘diversity’“ (Song 2016: 31).

Als dritte Kategorie dient der chinesische wirtschaftliche Erfolg und das Versprechen, diesen zu exportieren. Die Modernisierungstheorie und die Annahme, dass Demokratisierung eine Voraussetzung für das Erlangen von Wohlstand und einer entwickelten Wirtschaft ist, wurde das Beispiel Chinas stark abgeschwächt, wodurch das technokratische, autoritäre Regime Chinas eine vorbildliche Wirkung hat.

6.1.4 weitere Staaten

Auch weitere Staaten üben, wenn auch in deutlich geringerem Ausmaß, Einfluss auf die zentralasiatische Region aus.

Mit der **Türkei** gibt es sprachlich, kulturell und religiös enge Bande, was vor allem in den Jahren nach der Unabhängigkeit von Bedeutung war. Die Türkei, als Teil des Westens und Mitglied der NATO, wurde verbreitet als Vorbild wahrgenommen und innerhalb der Türkei wurden Vorstellungen einer „neuen türkischen Welt“ getätigt (Balci, Liles 2018: 13). Der Überschwang dieser ersten Jahre brachte mehrere Organisationen zur Zusammenarbeit hervor, eine engere Bindung blieb aber aus. Es hielten sich jedoch stabile kulturelle und wirtschaftliche Strukturen, welche über das durchschnittliche Maß zwischen zwei Regionen der jeweiligen Größe, deutlich hinausgeht (Tolipov et.al. 2016: 24-26). In den letzten Jahren entwickelte sich die Türkei wieder zu einem Vorbild, diesmal in moderaten religiösen Kreisen, welche die AKP als Beispiel für religiösen Einfluss in der Politik betrachten (Karagiannis 2016).

Das Verhältnis zwischen den zentralasiatischen Staaten und dem **Iran** ist ambivalent. Zum einen gibt es starke historische und kulturelle Verknüpfungen (Varnavskiy 2008), auf der anderen Seite sehen sich die säkularen Staaten mit einem Nachbarn konfrontiert, welcher sich selbst als islami-sche Republik bezeichnet und etwas im tadschikischen Bürgerkrieg die Islamic Rebirth Party unter-stützte. Einer engeren Verbundenheit, welche durch sprachliche und kulturelle Gemeinsamkeiten möglich wäre, stehen bis heute religiöse Differenzen im Weg, wobei ein weitgehend pragmatischer Weg in vielen Bereichen eingeschlagen wurde (Botobekov 2019, Tolipov et.al. 2016: 27-28).

Indien hat vor allem wirtschaftliche und geopolitische Interessen in Zentralasien. Als aufstrebende Wirtschaftsmacht ist Zentralasien für Indien, ähnlich wie für China ein potentieller Rohstofflieferant und zukünftiger Absatzmarkt für eigene Produkte. Geopolitisch sind Pakistan und China die beiden großen Rivalen Indiens und Zentralasien ein potentieller Einflussbereich aller dreier Mächte. Der Ansatz Chinas, die Rivalität mit Indien zu beenden und der Beitritt Indiens und Pakistans zur SCO, macht Zentralasien außerdem zum Raum potentieller Zusammenarbeit (Zhou, Esteban 2018, Tolipov et.al. 2016: 29-31).

Weder die Türkei, der Iran, Indien oder weitere Staaten üben einen besonders fördernden oder störenden Einfluss auf die Demokratisierung aus. Ihr Einfluss ist zu gering, wobei jeder der ange-führten Staaten das Potential hätte, seinen Einfluss auszuweiten.

Zusammenfassend ist zum Einfluss von Drittstaaten zu sagen, dass dieser den Maßnahmen der Europäischen Union weitgehend entgegengesetzt ist. Die Vereinigten Staaten vertreten ebenfalls das Ziel der Demokratieförderung, jedoch muss dieses seit 2001 sicherheits- und geopolitischen Aspekten der amerikanischen Politik weichen. Russland und China arbeiten teils direkt, teils indi-rekt, gegen die Europäische Union, indem sie deren Maßnahmen unterminieren und Alternativen anbieten. Vor allem der Hebel der Konditionalität, eines der stärksten Werkzeuge der EU, verliert in Anbetracht dessen fast vollständig seine Wirkung.

6.2 Präsowjetisches und sowjetisches Erbe

Die hier verwendete Vorstellung der liberalen Demokratie ist ein westliches Konstrukt, hervorgegangen aus der europäischen Geschichte und basierend auf den ihr eigenen Gegebenheiten. Zentralasien teilt diese Geschichte nicht und die Kulturen beruhen auf anderen Grundpfeilern, was erschwerend für eine Demokratisierung im westlichen Sinn sein kann. Hier sollen kurz einige dieser erschwerenden Punkte genannt werden, welche teils aus der sowjetischen Zeit und teils aus der Zeit davor stammen.

6.2.1 Islam

Ein Faktor, der genannt werden muss, ist der Islam, die vorherrschende Religion in Zentralasien. Ob Demokratie und Islam generell vereinbar sind, wird schon länger kontrovers diskutiert. Die Extrempositionen, dass theologische Prinzipien des Islam nicht mit demokratischen Werten vereinbar seien auf der einen Seite und Ansichten, die den Islam und Demokratie durchaus als kompatibel betrachten, auf der anderen Seite (Wick 2009), werden von einer Vielzahl von Zwischenstufen begleitet. Vertreter der ersteren Position beziehen sich auf die Grundaussagen über Demokratie. „Es ist zunächst durchaus richtig, dass in den islamischen Grundaussagen über Demokratie nichts zu finden ist. Der Islam ist zu einer Zeit entstanden, in der die Demokratie weder als Realität noch als Problem in irgendeiner Weise akut war. Man sollte also nicht erwarten, dass in den islamischen Grundlagentexten etwas über die Demokratie steht“ (Flores 2014: 23). Der Islam kann als Gesellschaftsordnung mit beinahe totalitären Tendenzen betrachtet werden, in dem kein Platz für demokratische Elemente ist.

Moderatere Standpunkte sehen durchaus Möglichkeiten der Trennung von Politik und Religion im Islam, veranschaulicht etwa auch durch historische Beispiele, wie der Herrschaft der Umayyaden, in der eine weitgehende Trennung vorherrschte (Bauer 2011). Bis in die Neuzeit war der Umgang islamischer Herrscher mit der Religion ein weitgehend pragmatischer. Die Staaten waren Despotien unter dem Deckmantel von Theokratien, in denen Staat und Religion funktional getrennt waren (Flores 2014: 27). Mit dem Einfluss europäischer Staaten ab dem 19. Jahrhundert und der Kolonisierung des Nahen Ostens kam der demokratische Gedanke in die muslimische Welt. Es entwickelten sich verschiedene Strömungen, von Demokratie im westlichen Sinn in einem säkularen

Staat, bis hin zu islamischen Demokratieformen, welche sich in ihren Grundzügen auf den Islam stützen (Hidalgo et. al. 2014).

Auch empirische Überprüfungen bringen kein eindeutiges Ergebnis, wobei eine signifikante direkte negative Korrelation zwischen Islam und Demokratie häufig nachgewiesen wurde (vgl. Barro 1999, Karatnycky 2002). Diese wird jedoch durch gewisse Faktoren abgeschwächt. Der bedeutendste dieser Faktoren ist der Ölreichtum vieler muslimischer Staaten. Ärmere Staaten mit großen Ölvorkommen neigen dazu, weniger demokratisch zu sein (vgl. Ross 2001; Heinrich, Pleines 2014), wobei der Einfluss des Islam nach wie vor signifikant bleibt. Erklärbar ist dieses Phänomen durch das Konzept der Rentierstaaten bzw. der Rentenökonomien, welches besagt, dass Staaten einen hohen Teil ihrer Einnahmen durch externe Renten, wie etwa der Ölförderung, lukrieren, was sie in die Lage versetzt, finanziell unabhängig zu agieren und unter anderem einen repressiven Staatsapparat zu errichten (vgl. Dauderstädt 2006, Meissner 2010, Peters 2014: 64). Dies führt auch zu einem sehr speziellen Phänomen unter den muslimischen Ländern. Insgesamt existiert eine starke positive Korrelation zwischen dem BIP/Kopf und der Demokratie. In den muslimischen Ländern ist dieses Verhältnis jedoch umgekehrt, also je höher das Einkommen pro Kopf, desto geringer die Demokratiequalität (Rowley, Smith 2009: 280-284).

Für Zentralasien kann die Rolle des Islam aus zwei Perspektiven von Interesse sein. Die eine ist die soeben beschriebene, der zufolge der Islam direkt durch dessen Struktur negative Auswirkungen auf die Demokratie haben kann. Die zweite Perspektive bezieht sich auf indirekte Auswirkungen, welche vor allem extremistische Tendenzen des Islam mit sich bringen. Diese werden innerhalb der Staaten und auch außerhalb davon als Bedrohung wahrgenommen, was die jeweiligen autokratischen Regierungen, welche weitgehend säkular eingestellt sind, als Faktor der Stabilität stärkt. Diese können nach innen Repressionen und autoritäres Handeln durch islamistische Bedrohungen, real existent oder nicht, rechtfertigen, und damit Legitimität erlangen, wie es etwa in Usbekistan durch die Ereignisse von Andijan der Fall war, und sich nach außen hin als Bollwerk gegen den Islamismus präsentieren (Khalid 2014). Der Einfluss Chinas in der Region etwa ist zu einem Großteil auf, durch den Islam bedingte, Sicherheitsaspekten begründet (Kap. 6.1.3).

6.2.2 sowjetisches Erbe

Neben religiösen und kulturellen Elementen, welche auf der Zeit vor der russischen Eroberung basieren, existieren noch Eigenheiten, welche auf die zaristische und vor allem sowjetische Epoche

zurückzuführen sind. Eine klare Trennung der Elemente aus präsovjeterischer und sowjetischer Zeit ist meist nicht möglich und sinnvoll, da es üblicherweise zu einer Vermischung kam.

Ein Faktor der sowjetischen Epoche welcher überdauerte, ist der **hierarchisch-zentralistische Staatsaufbau**. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion erbten einen Staatsaufbau, welcher die Staatsparteien institutionalisiert hatte und welcher Gewaltenteilung als Relikt bürgerlicher Herrschaftsideologie ablehnte (Meissner 2013: 67). Der von Lenin entworfene demokratische Zentralismus sah zwar die höheren Instanzen den jeweils niedrigeren rechenschaftspflichtig, praktisch war die Weisungsbefugnis der oberen Instanzen das prägende Element, welches die diktatorische Grundlage, sowohl auf Ebene der Union als auch der Republiken, bildete (vgl. Hildermeier 1998: 857f.).

Die **Führungsschicht**, die Nomenklatura, ergab sich aus diesem hierarchisch-zentralistischen Staatsaufbau. Die Elitenrekrutierung basierte auf einem top-down-System, in dem obere Parteistrukturen über die Bestellung unterer Parteistrukturen entschieden. In den Eliten gab es eine rasche Rotation zwischen Posten des Staates, der Partei und der Wirtschaft, was zur Bildung dichter Eliten-Netzwerke führte (Zofka 2015: 66-70).

Diese Eliten-Netzwerke führten zur Bildung eines **Neopatrimonialismus** innerhalb der zentralasiatischen Sowjetrepubliken. Dieser wird von Erdmann definiert als „the coexistence and interaction of formal and informal institutions, or widespread informal behaviour within a formal polity such as a modern state. It is the systematic inclusion of formal and informal institutions in one concept“ (Erdmann 2012: 47)⁴⁴. Innerhalb der Sowjetunion begannen sich neopatrimoniale Netzwerke unter Stalin zu bilden (Hughes 1996) und verfestigten sich durch die aufgeblähte Bürokratie in den folgenden Jahrzehnten. Die patrimonialen Netzwerke der zentralasiatischen Republiken überdauerten die Sowjetunion und die jeweiligen Eliten schafften es größtenteils an der Macht zu bleiben (Kap. 1.2.3). Der Bürgerkrieg in Tadschikistan etwa war nicht zuletzt ein Krieg zwischen konkurrierenden Netzwerken unterschiedlicher Landesteile (vgl. Hale 2015: 253-258). In Kirgisistan, dem demokratischsten Staat der Region, kann das Versagen eines ausgeprägten Präsidialismus, wie ihn die anderen Staaten pflegen, durch eine kleinere, egalitärere Verteilung von Macht und Wohlstand unter den Eliten erklärt werden (Laruelle 2012: 311, Marat 2012).

Ein Aspekt, welcher in der Sowjetunion noch in geringerem Ausmaß von Bedeutung war, ist die Wichtigkeit von Familienbeziehungen. In Turkmenistan nahm Niyazov bis zu seinem Tod eine herausragende Rolle ein, seine Familie zeigte jedoch keine politischen Ambitionen (Horák 2012: 376). Unter seinem Nachfolger Berdimuhamedow kam es zu einer Priorisierung eigener Familien-

⁴⁴ Das Konzept des Neopatrimonialismus beruht weitgehend auf Max Webers „Wirtschaft und Gesellschaft“, auf dessen Basis noch weitere Definitionen möglich und vorhanden sind (vgl. Erdmann, Engel 2007).

mitglieder und der Eliten seiner Heimatprovinz (Horák 2012).

Die Machteliten Kasachstans setzten sich in vorsowjetischer und sowjetischer Zeit aus Mitgliedern der drei Horden oder Zhuz zusammen (Oleinik et. al. 2015). Nazarbayev musste in der instabilen Situation nach der Unabhängigkeit einen Ausgleich zwischen den Horden und der russischen Minderheit finden. Durch Privatisierungen schaffte er es, Vertraute und Familienmitglieder in wichtige wirtschaftliche Positionen zu bringen, was die eigene Basis stärkte und die Familie zum zentralen wirtschaftlichen Akteur des Landes machte, was sie bis heute, auch nach dem offiziellen Rückzug Nazarbayevs, ist (Peyrouse 2012).

Auch in Usbekistan war die Familie unter Karimov von hoher Bedeutung, wobei das Land weniger stark zentralisiert ist als die anderen Staaten der Region und lokale Eliten-Netzwerke, welche nur bedingt unter Kontrolle des Präsidenten stehen, starke Positionen einnehmen (Markowitz 2012).

Eine Auswirkung, die unter anderem auf das neopatrimoniale System der Sowjetunion zurückzuführen ist, ist die **Schwäche von Gegeneliten**. Ein anderer Grund dafür, schließlich schafften es Oppositionsbewegungen in westlichen Sowjetrepubliken und abhängigen Staaten sehrwohl sich zu formieren, ist das präsovietische Erbe. Die europäischen Teile der Sowjetunion besaßen vor der Machtergreifung der Kommunisten bereits bürgerliche und nationalstaatliche Traditionen, welche nicht ganz verschwanden und in der Endphase der Sowjetunion zur Bildung oppositioneller Eliten führen konnten. Auch das künstlerische und intellektuelle Leben, aus dem sich die Opposition rekrutierte, war auf den Westteil und die großen Städte konzentriert. Im ländlich geprägten Zentralasien fehlte dies fast vollständig (Meissner 2013: 69).

Hand in Hand mit der Schwäche der Gegeneliten geht die **Passivität der einfachen Bevölkerung**. Basierend auf dem Gesellschaftssystem der vorsowjetischen Zeit und vermischt mit den neopatrimonialen und sozialistischen Systemen der Sowjetunion, entwickelte sich keine aktive Zivilgesellschaft. Politische Teilhabe war ausgeschlossen und die Misswirtschaft führte zu einer verstärkten Selbstversorgermentalität (vgl. Grävingholt 2007).

Auch die **Wirtschaftsstruktur** war durch die Sowjetunion geprägt. Sie war einfach strukturiert und vollkommen auf das russische Zentrum ausgelegt. Diese Struktur ermöglichte es den Eliten nach der Unabhängigkeit rasch die wichtigsten Bereiche zu besetzen und so ihre Macht zu festigen (Meissner 2013: 74-75).

All die genannten Punkte sind Elemente, welche liberalen Demokratien, oder Elementen davon, entgegen stehen und es autoritär herrschenden Eliten erleichterten, sich zu etablieren und nach wie vor erleichtern, sich zu halten.

In Kapitel 2.2 wurde eine Übersicht über die Transformationsphasen nach der Theorie von Wolf-

gang Merkel gegeben. Dieser zufolge entstehen in der ersten Phase, nach Wegfall eines autokratischen Systems, durch eine Liberalisierung Freiräume, welche von demokratischen Kräften genutzt werden können. Im Fall von Zentralasien kam es zwar zum Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Republiken, jedoch genossen diese unter der Sowjetunion schon weitreichend Autonomie, wodurch das politische System in den Republiken weniger betroffen wurde, was zur Folge hatte, dass sich auch kaum Freiräume auftaten. Auch die Förderung potentieller demokratischer Eliten von außen blieb weitgehend aus. Dies lag zum einen daran, dass diese, wie beschrieben, nur rudimentär vorhanden waren, und zum anderen daran, dass sich, vor allem die Europäische Union und die Europäischen Staaten, stark auf den osteuropäischen Raum konzentrierten. Auch die Phase der Institutionalisierung, soweit es dazu kam, verlief in Zentralasien äußerst mangelhaft. Sowjetische Strukturen wurden nicht gegen demokratische, sondern gegen autokratische, in demokratischer Verkleidung, ausgetauscht. Kirgisistan, in dem es auf institutioneller Ebene eine Demokratie gibt, bildet hierbei die Ausnahme, wobei der Staat noch nicht wirklich in der Konsolidierungsphase angekommen ist. Die Demokratie ist noch nicht gefestigt und sowohl große Teile der Eliten als auch der Bevölkerung sind autoritären Tendenzen nicht abgeneigt.

6.2.3 Ressourcenfluch

Dick Cheney brachte 2000 das Problem einer geographischen Differenz zwischen Ressourcen und demokratischen Regierungen zum Ausdruck: „The problem is that the good Lord didn't see fit to put oil and gas reserves where there are democratic governments“ (Ross 2013: 63). Abschließend soll hier noch ein Phänomen genannt werden, welches einer Entwicklung in Richtung Demokratie im Wege stehen kann, nämlich der „Ressourcenfluch“.

Die Theorie des Ressourcenfluchs bezieht sich auf hohe Renten durch Ressourcenextraktivismus, welche wirtschaftlich mittel- und langfristig zu niedrigem Wachstum führen, sowie eine Demokratisierung behindern. Wirtschaftlich ist der Effekt der „Dutch Disease“ zu beobachten, benannt nach einer Entwicklung in den Niederlanden der 1960er Jahren. Die Entdeckung von Erdgas und der anschließende Export führte zu großen Außenhandelsüberschüssen und zu einer Aufwertung der Währung. Dies führte, in Kombination mit hohem Lohnkostendruck, wiederum zu Absatzproblemen des exportorientierten Gewerbes und zum Verkümmern gewisser Bereiche. Bei vielen Rohstoffen, wie etwa Erdöl und -gas sowie Edelmetallen etc. besteht des weiteren, bedingt durch u.a. relativ geringe Transportkosten, nicht die Notwendigkeit zur Weiterverarbeitung im eigenen

Land, wodurch die Rohstoffförderung nicht zur Etablierung einer Folgeindustrie führen muss (Bardt 2005: 5). Die entstehende Abhängigkeit von einem Rohstoff führt in weiterer Folge zu einer starken Krisenanfälligkeit. Änderungen der Rohstoffpreise führen zu starken Ausschlägen der wirtschaftlichen Entwicklung und langfristig zu einem geringerem Wirtschaftswachstum (Peters 2014: 63-64).

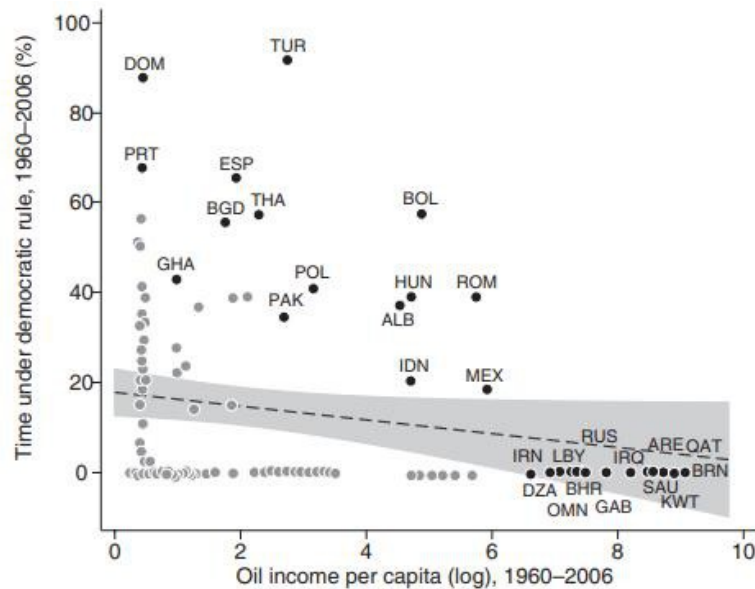
Politisch kann Ressourcenreichtum sowohl zur Stabilität autoritärer Systeme beitragen, als auch innere Instabilität befeuern. Die Renteneinnahmen ermöglichen es den Staaten weitgehend oder vollständig auf eine Besteuerung ihrer Bürger zu verzichten. Dies und eine gewisse Verteilung der Einnahmen an die Bevölkerung (spending effect) ermöglichen eine hohe Stabilität. Oppositionelle Kräfte können durch Kooptation oder Repression (repression effect), jeweils finanziert durch die Rentenerlöse, neutralisiert werden (vgl. Herb 2005, Jakobeit, Meissner 2011: 524). Der Slogan „no taxation without representation“ wird dadurch ausgehebelt. Die Legitimation der Regierung erfolgt nicht über demokratische Mittel, sondern über die Fähigkeit die Renten einzusetzen und zu verteilen.

Einen destabilisierenden Effekt können Rohstoffe hervorrufen, welche vergleichsweise einfach zu fördern sind und bei denen die Kontrolle der Förderregion ausreichend sind. Während etwa Erdöl und -gas eine ausgeprägte Infrastruktur erfordern, um in einem größeren Maßstab gefördert zu werden, ist dies bei Gold und Diamanten oft nicht der Fall. Solche „lootable-“ und „obstructable resources“ (vgl. Jakobeit, Meissner 2011: 522) begünstigt lokale Warlords, welche danach streben, die lokale Produktion unter ihre Kontrolle zu bringen, und dadurch den Staat insgesamt destabilisieren (Peters 2014: 64-65). Ein anderer negativer Effekt von Ressourcen kann die Begünstigung von kriegesischen Auseinandersetzungen sein. Möglich sind Sezessionsbewegungen, hervorgerufen durch lokale Bevölkerungen, welche sich bei der Verteilung der Rohstoffeinnahmen benachteiligt sehen, und Einflüsse von außen, hervorgerufen von externen Akteuren, Einzelpersonen, Unternehmen oder Staaten, welche vom Rohstoffreichtum profitieren wollen (Basedau 2005: 17 f.).

Neben den genannten Faktoren ist auch statistisch ein starker negativer Zusammenhang zwischen Ölreichtum und Demokratisierung zu erkennen. Ross wertete den Zusammenhang im Zeitraum von 1960 bis 2006 aus:

Abbildung 16

Zeit als Demokratie - Einkommen durch Öl



Anmerkung: Dargestellt sind Staaten, welche 1960 autokratisch beherrscht wurden. Staaten mit einem höheren Wert auf der vertikalen Achse wurden früher demokratisch und/oder blieben dies länger
Quelle: Ross 2013: S 73

In Zentralasien ist die Theorie des Ressourcenfluchs vor allem für Turkmenistan und Kasachstan, den Staaten mit einer hohen Abhängigkeit von Erdgas und -öl, interessant. In beiden Staaten konnten sich die Eliten aus der Sowjetunion halten und in der Phase des Übergangs Stabilität garantieren. Es folgte eine rasche Aneignung der zentralen Industrien und der Aufbau autoritärer Strukturen, inklusive repressiver Maßnahmen gegen oppositionelle Elemente. Die Renteneinnahmen ermöglichen den Staaten den Unterhalt ihrer repressiven Apparate sowie einen gewissen Wohlstand für die Bevölkerung (Franke et. al. 2009: 122 f.). Vor allem für Kasachstan stellt die Abhängigkeit von Erdöl auch ein beträchtliches Risiko dar. Wie in vorherigen Kapiteln gezeigt, fokussiert sich der Außenhandel, auch mit der EU hauptsächlich auf dieses Produkt. Dies, und eine, vor allem im Vergleich mit Turkmenistan, doch rudimentär vorhandene bürgerliche Mittelschicht, führte schon des Öfteren zu Unruhen und Protesten gegen das Regime.

7 Conclusio

Das Ziel der Arbeit war die Klärung folgender Fragen:

- Welche Instrumente setzt die Europäische Union ein, um die Demokratie in Zentralasien zu fördern?
- Wie sind die Maßnahmen der EU zur Demokratieförderung einzuordnen und welche Wirkung entfalten sie?
- Warum konnten die Maßnahmen der EU nicht die erhofften Ergebnisse hervorbringen?

Zur Beantwortung der ersten Fragen wurden die wesentlichen Instrumente der Europäischen Union zur Demokratieförderung in Kapitel 5 beschrieben. Diese sind die „Bestimmung der Grundsätze und der allgemeinen Leitlinien für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, „Gemeinsame bzw. einzunehmende Standpunkte“, „Verordnungen des Rates sowie Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates“, unterteilt in „Verordnungen über restriktive Maßnahmen gegen Usbekistan“, „Verordnungen zu TACIS“, „Verordnungen zum DCI“, und den „Verordnungen zur EIDHR“, sowie den „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“, dem „Politischen Dialog“ und weiteren Dokumenten.

Die Instrumente wurden anhand zweier Kategorien analysiert. Erstens, ob ihres Charakters, sei dieser unterstützender oder fordernder Natur. Zweitens, ob ihrer Zuordenbarkeit in das Linkage-, das Leverage-, oder das Governancemodell.

Der Umfang der Instrumente machte hier eine genaue Zuordnung nicht immer einfach. Was den Charakter betrifft, besitzen der Großteil der Instrumente Elemente, welche unterstützend und Elemente welche fordernd sind, oder es kommt zu Änderungen im Verlauf der Zeit. Als Beispiel sollen hier noch einmal die restriktiven Maßnahmen gegen Usbekistan im Zuge der Ereignisse von Andijan genannt werden. Die Ursprünglichen Sanktionen wiesen einen stark fordernden Charakter auf, während die darauffolgenden Lockerungen in die gegenteilige Richtung ausschlugen und den fordernden Charakter insgesamt abschwächten. Insgesamt konnte gezeigt werden, dass sich der Charakter der Instrumente von Land zu Land und von Instrument zu Instrument unterschied. Vor allem das EIDHR weist einen fordernden Charakter auf, während die restlichen Instrumente unterstützend oder neutral zu beurteilen sind. Unter den Ländern sticht Kirgisistan, als das demokratischste, mit der meisten Unterstützung hervor.

Bei der Frage nach der Zuordenbarkeit zu einem bestimmten Modell zeigte sich, dass der Großteil

der Instrumente verschiedene Modelle bedient. Die Verordnungen zum EIDHR und der Politische Dialog bilden hier Ausnahmen, da sie nur jeweils ein Modell bedienen.

Die Frage nach der Wirkung der Instrumente wurde hauptsächlich mit Hilfe der Indizes von Freedom House und des Bertelsmann Transformationsindex beantwortet. In den Bereichen Demokratie und Menschenrechte konnte für keines der Instrumente ein positiver Einfluss nachgewiesen werden. Im Gegenteil führten, im Fall von Usbekistan, restriktive Maßnahmen zu einer Verschlechterung der Situation. Was die wirtschaftliche Situation betrifft, konnte teilweise ein positiver Effekt festgestellt werden, was, unter Bezugnahme auf die Modernisierungstheorie, die Bedingungen für eine Demokratisierung verbessern kann.

Die Frage nach Gründen für die Wirkungslosigkeit der gesetzten Maßnahmen wurde mit zwei Aspekten beantwortet, welche die europäischen Bemühungen behindern. Erstens, dem Einfluss von Drittstaaten und zweitens dem präsovjatischen und sowjetischen Erbe.

Der Einfluss von Drittstaaten ist differenzierbar in den der Vereinigten Staaten, welcher vom normativen Standpunkt, und auch von der Wirksamkeit her, mit dem europäischen vergleichbar ist und jenem von Russland und China, welcher die europäischen Bemühungen unterminiert. Beide Staaten schwächen durch wirtschaftliche und militärische Alternativen den europäischen Hebel der Konditionalität und bieten auch politisch Alternativen zur liberalen Demokratie der Europäischen Union.

Der wichtigste Aspekt des präsovjatischen Erbes im gegebenen Kontext ist der Islam, wobei dessen Zusammenhang mit der Demokratie und Einfluss auf die Demokratisierung noch Inhalt von Diskursen ist. Empirische Analysen gehen jedoch weitgehend von einer negativen Konditionalität aus. Der sowjetische Einfluss bringt ebenfalls eine Vielzahl von Aspekten mit sich, welche eine Demokratisierung in Zentralasien behindern. Der „Ressourcenfluch“ gibt den autoritären Regierungen in Kasachstan und Turkmenistan Mittel zur Unterdrückung oppositioneller Kräfte und zur Stabilisierung der eigenen Herrschaft durch die Garantie eines gewissen Wohlstands für die Bevölkerung.

7.1 Ausblick

Die Europäische Union versuchte knapp 30 Jahre Demokratieförderung in Zentralasien zu betreiben. Ergebnisse blieben weitgehend aus und die EU wird weder von den zentralasiatischen Eliten noch von der Bevölkerung als Vorbild gesehen, wobei sich die Mächte Russland und China deutlich besser positionieren konnten. Die Europäische Union wird ihr Konzept und ihre Prioritäten ändern müssen, wenn sie Erfolg haben und gegen ihre ausländischen Konkurrenten bestehen will. Dies ist aktuell jedoch nicht abzusehen. Die Anpassung bestehender und die Erschaffung neuer Instrumente dauert lang und ist und ist meist nur ein Kompromiss, welchem es an Effektivität mangelt.

8 Anhang

8.1 Score von Freedom in the World

Political Rights (0–40 points)

A. Electoral Process (0–12 points)

A1. Was the current head of government or other chief national authority elected through free and fair elections?

A2. Were the current national legislative representatives elected through free and fair elections?

A3. Are the electoral laws and framework fair, and are they implemented impartially by the relevant election management bodies?

B. Political Pluralism and Participation (0-16 points)

B1. Do the people have the right to organize in different political parties or other competitive political groupings of their choice, and is the system free of undue obstacles to the rise and fall of these competing parties or groupings?

B2. Is there a realistic opportunity for the opposition to increase its support or gain power through elections?

B3. Are the people's political choices free from domination by the military, foreign powers, religious hierarchies, economic oligarchies, or any other powerful group that is not democratically accountable?

B4. Do various segments of the population (including ethnic, religious, gender, LGBT, and other relevant groups) have full political rights and electoral opportunities?

C. Functioning of Government (0-12 points)

C1. Do the freely elected head of government and national legislative representatives determine the policies of the government? C2. Are safeguards against official corruption strong and effective?

C3. Does the government operate with openness and transparency?

Civil Liberties (0-60 points)

D. Freedom of Expression and Belief (0-16 points)

D1. Are there free and independent media?

D2. Are individuals free to practice and express their religious faith or nonbelief in public and private?

D3. Is there academic freedom, and is the educational system free from extensive political indoctrination?

D4. Are individuals free to express their personal views on political or other sensitive topics without fear of surveillance or retribution?

E. Associational and Organizational Rights (0-12 points)

E1. Is there freedom of assembly?

E2. Is there freedom for nongovernmental organizations, particularly those that are engaged in human rights– and governance-related work?

E3. Is there freedom for trade unions and similar professional or labor organizations?

F. Rule of Law (0-16 points)

F1. Is there an independent judiciary?

F2. Does due process prevail in civil and criminal matters?

F3. Is there protection from the illegitimate use of physical force and freedom from war and insurgencies?

F4. Do laws, policies, and practices guarantee equal treatment of various segments of the population?

G. Personal Autonomy and Individual Rights (0-16 points)

G1. Do individuals enjoy freedom of movement, including the ability to change their place of residence, employment, or education?

G2. Are individuals able to exercise the right to own property and establish private businesses without undue interference from state or nonstate actors?

G3. Do individuals enjoy personal social freedoms, including choice of marriage partner and size of family, protection from domestic violence, and control over appearance?

G4. Do individuals enjoy equality of opportunity and freedom from economic exploitation?

(Freedom House 2019)

8.2 Erläuterungen zu den Abbildungen 13 und 14

Die Abbildungen 13 und 14 sind aus den Zentralaisen-Analysen 127-128 vom 27.07.2018 entnommen. Diese wiederum beziehen ihre Daten vom EDB Integration Barometer 2017, welches am 13.12.2017 veröffentlicht wurde.

Die EDB, die Eurasian Development Bank, wurde 2006 von Russland und Kasachstan als Entwicklungsbank gegründet und nahm seitdem Weißrussland, Armenien, Kirgisistan und Tadschikistan als neue Mitglieder auf (EDB 2020). Ein Ziel der EDB ist unter anderem die Verstärkte Integration auf verschiedenen Ebenen. So wird als strategisches Ziel in der Strategie von 2018-2022 „Financing projects with a strong integration effect and national development projects“ (EDB 2018: 18) genannt.

Unter den betreffenden Ländern umfassten die Stichproben je rund 1000 Einwohner, welche wie folgend zustandekamen:

„the principle method for measuring popular integration preferences is largescale polls with the participation of people living in post-Soviet space countries selected on the basis of representative national samples. In other words, integration preferences were measured based on the declarations (statements, public viewpoints) of poll participants (respondents)“ (EDB 2017: 94).

Eine genauere Ausführung des Samplings liegt nicht vor.

Tabelle 12

Stichprobenumfang zu den Abb. 14 u. 15

Country	Field Work Period	Number of Questionnaires	
		Plan	Accepted for Processing
Armenia	05.07.2017 — 15.07.2017	1,050	1,104
Belarus	26.06.2017 — 10.07.2017	1,050	1,055
Kazakhstan	01.06.2017 — 11.06.2017	1,200	1,199
Kyrgyzstan	01.07.2016 — 09.07.2017	1,050	1,050
Moldova	20.06.2017 — 30.06.2017	1,050	1,164
Russia	20.04.2017 — 27.04.2017	1,600	1,618
Tajikistan	01.07.2016 — 10.07.2017	1,050	1,050
TOTAL		8,050	8,240

Quelle: EDB 2017, S. 98

Tabelle 12 veranschaulicht den Umfang der Stichproben, welche sich, mit Ausnahme Russlands, welches höher liegt, bei knapp über 1000 bei Staat bewegen.

Die Ausrichtung der EDB, deren Ziele und die Mögliche mangelnde Unabhängigkeit von staatlicher Seite, sowie die mangelnde Transparenz bei der Methodik und der relativ geringe Stichprobenumfang, welcher zu gewissen Unschärfen führen kann, wertet die Aussagen in den Abbildungen 13 und 14 zwar leicht ab, wobei deren Grundaussage jedoch weiterhin bestand hat.

8.3 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht über die zentralasiatischen Staaten	S. 25
Tabelle 2: Verlaufsformen	S. 29
Tabelle 3: Differenzierung nach Lavenex und Schimmelfennig	S. 37
Tabelle 4: Einschätzung der EU	S. 43
Tabelle 5: Entwicklung von Usbekistan	S. 69
Tabelle 6: Ausgaben für TACIS	S. 73
Tabelle 7: Interimsabkommen, PKAs und EPKAs	S. 82
Tabelle 8: Handelsvolumen der EU mit Zentralasien	S. 84
Tabelle 9: Einordnung	S. 91
Tabelle 10: Charakter der Instrumente	S. 92
Tabelle 11: Bezug der Instrumente	S. 92
Tabelle 12: Auswirkungen der Instrumente	S. 93
Tabelle 12: Stichprobenumfang zu den Abb. 14 u. 15	S. 120

8.4 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Demokratiequalität aus Sicht des BTI	S. 46
Abbildung 2: Demokratiestatus in Tadschikistan	S. 49
Abbildung 3: Bewertung von Freedom House	S. 50
Abbildung 4: Bewertung des BTI	S. 51
Abbildung 5: Kasachstan	S. 52
Abbildung 6: Kirgisistan	S. 53
Abbildung 7: Tadschikistan	S. 54
Abbildung 8: Turkmenistan	S. 55
Abbildung 9: Usbekistan	S. 56
Abbildung 10: Zahlungen der EU	S. 77
Abbildung 11: Entwicklung des Handelsvolumens seit 2002, prozentuelle Veränderung	S. 85
Abbildung 12: Anteil der Europäischen Union am Gesamthandel	S. 86
Abbildung 13: „Unfreundlichkeit“	S. 100
Abbildung 14: Entwicklungsorientierung	S. 101
Abbildung 15: Karte der BRI	S. 103
Abbildung 16: Zeit als Demokratie - Einkommen durch Öl	S. 114

8.5 Abstract

The master's thesis, entitled "The Influence of the European Union on Democratization in Central Asia", aims to analyze the instruments of the European Union for democracy promotion and to assess their effects. The following research questions were formulated for this purpose: What instruments does the European Union use to promote democracy in Central Asia? How can the EU's democracy promotion measures be classified and what are their effects? Why have the EU measures not produced the hoped-for results? The thesis on this question is: Due to the authoritarian nature of the Central Asian states and other factors, the instruments of the EU hardly manage to persuade the authoritarian elites to introduce democratic reforms. In order to answer these questions, primary and secondary sources were mainly analysed and evaluated using various theories presented. This made it possible to classify the measures taken by the EU into previously defined categories, whereby the instruments were classified according to their character into supporting or demanding and by assigning them to a linkage, leverage and governance model. In order to assess the effectiveness of the measures, the two indices Freedom House and Bertelsmann Transformationsindex were mainly used, which provide a detailed breakdown of the quality of democracy in the states concerned.

The evaluation of the instruments showed that they were predominantly supportive in character, although this varies greatly between instruments and target states. Most of the instruments include elements of two or three of the models used, although there are exceptions. The analysis of the impacts shows that the majority of the instruments have little or no influence on democracy and human rights, and where there is an influence, it is slightly negative. However, three of the instruments exert a positive influence on the economy, which, with reference to modernisation theory, can lead to positive effects on democratisation.

Afterwards, factors that run counter to the EU's democratisation efforts were considered, including the influence of third countries and the pre-Soviet and Soviet legacy. Among the third countries, Russia and China stand out as obstacles to democratisation through different mechanisms. The pre-Soviet legacy relates to Islam, but its role in democratisation cannot be clearly defined. The Soviet legacy includes a number of factors which became socially and politically entrenched in the region and which still stand in the way of the establishment of liberal democracies.

8.6 Zusammenfassung

Die Masterarbeit mit dem Titel „Der Einfluss der Europäischen Union auf die Demokratisierung in Zentralasien“ zielt darauf ab, die Instrumente der Europäischen Union zur Demokratieförderung zu analysieren und deren Auswirkungen zu beurteilen. Dazu wurden folgende Forschungsfragen formuliert: Welche Instrumente setzt die Europäische Union ein, um die Demokratie in Zentralasien zu fördern? Wie sind die Maßnahmen der EU zur Demokratieförderung einzuordnen und welche Wirkung entfalten sie? Warum konnten die Maßnahmen der EU nicht die erhofften Ergebnisse hervorbringen? Die These zu dieser Frage lautet: Aufgrund der autoritären Natur der zentralasiatischen Staaten sowie anderer Faktoren, schaffen es die Instrumente der EU kaum, die autoritären Eliten dazu zu bewegen, demokratische Reformen einzuleiten. Um diese Fragen zu beantworten wurden hauptsächlich Primär- und Sekundärquellen analysiert und diese anhand verschiedener vorgestellter Theorien ausgewertet. Dies ermöglichte es, die von der EU gesetzten Maßnahmen in davor definierte Kategorien einzuteilen, wobei die Instrumente anhand ihres Charakters in unterstützend oder fordernd sowie durch Zuweisung an ein Linkage, Leverage und Governance-Modell. Um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu beurteilen wurde hauptsächlich auf die zwei Indizes Freedom House und Bertelsmann Transformationsindex zurückgegriffen, welche eine detaillierte Aufschlüsselung über die Demokratiequalität in den betroffenen Staaten bieten.

Die Auswertung der Instrumente brachte das Ergebnis, dass bei diesen ein unterstützender Charakter überwiegt, wobei dies bei Instrumenten und Zielstaaten teils stark variiert. Die Meisten Instrumente umfassen Elemente von zwei oder drei der verwendeten Modelle, wobei es auch hier Ausnahmen gibt. Die Analyse der Auswirkungen ergibt, dass der Großteil der Instrumente keinen oder kaum Einfluss auf Demokratie und Menschenrechte hat, und wenn ein Einfluss vorhanden ist, dieser leicht negativ ist. Drei der Instrumente üben jedoch einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft aus, was unter Bezugnahme auf die Modernisierungstheorie zu positiven Effekten auf die Demokratisierung führen kann.

Im Anschluss wurden Faktoren betrachtet, welche den Demokratisierungsbemühungen der EU entgegen laufen, darunter der Einfluss von Drittstaaten und das präsovjetoische und sovjetoische Erbe. Unter den Drittstaaten stechen Russland und China hervor, welche durch unterschiedliche Mechanismen eine Demokratisierung behindern. Das präsovjetoische Erbe bezieht sich auf den Islam, dessen Rolle für die Demokratisierung jedoch nicht klar festgemacht werden kann. Das sovjetoische Erbe umfasst eine Anzahl an Faktoren, welche sich gesellschaftlich und politisch in der Region verfestigten, und bis heute der Etablierung liberaler Demokratien im Wege stehen.

Literaturverzeichnis

Acemoglu, D.; Johnson, S.; Robinson, J.; Yared, P. (2008): Income and Democracy. In: American Economic Review 98 (3), S. 808–842.

Ackeret, Markus (2010): Hegemonie mit dem Holzhammer? Russlands Politik in der GUS. In: Feichtinger, Walter: Integration in der GUS. Wien, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie. S. 7-20

Akiner, Shirin (2005): Violence in Andijan, 13 May 2005. An independent assessment. Stockholm: Silk Road Studies Program, Institute for Security and Development Policy (Silk Road paper).

Anceschi, Luca (2017): Turkmenistan and the virtual politics of Eurasian energy: the case of the TAPI pipeline project. In: Central Asian Survey 36 (4), S. 409–429. DOI: 10.1080/02634937.2017.1391747.

Anonymous (2009): Central Asia Pipeline Delivers First Gas To China. In: Pipeline & Gas Journal; 2009;236(1). S. 12. Online verfügbar unter <https://search-proquest-com.uaccess.univie.ac.at/docview/197435801?accountid=14682>. zuletzt geprüft am 12.01.2020,

Aris, Stephen (2009): The Shanghai Cooperation Organisation: 'Tackling the Three Evils'. A Regional Response to Non-traditional Security Challenges or an Anti-Western Bloc? In: Europe-Asia Studies 61 (3), S. 457–482.

Atkin, Muriel (1997): Tajikian's civil war. In: Current History 96, S. 336–340.

Axyonova, Vera (2011): The EU-Central Asia Human Rights Dialogues: Making a Difference? In: Policy Brief 16.

Axyonova, Vera (2014): The European Union's Democratization Policy for Central Asia. Failed in Success or Succeeded in Failure? New York: Columbia University Press (An Interdisciplinary Series of the Centre for Intercultural and European Studies, v.11). Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/gbv/detail.action?docID=1801721>.

Azhiben, Sogdiana (2008): The Andijan Events: Radical Islam and Conflict in Uzbekistan. In: Conflict & Communication Online, 7(1), S. 1–11.

Baimatov, Bakyt (2013): Umstrittenes Erbe Das Ringen um die Rolle der russischen Sprache in Kirgistan. In: Zentralasien-Analysen (71). S. 2-7.

Balcı, Bayram; Liles, Thomas (2018): Turkey's Comeback to Central Asia. In: IT 20 (4), S. 11–26.

Baldauf, Ingeborg (2007): Tradition, Revolution, Adaption. Die kulturelle Sowjetisierung Zentralasiens. In: Osteuropa 2007 (8-9), S. 99–120.

Bardt, Hubertus (2005): Rohstoffreichtum – Fluch oder Segen? In: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 32. Jahrgang, Heft 1/2005. Deutscher Instituts-Verlag, Köln. S. 33-43.

Barro, Robert J. (1999): Determinants of Democracy. In: Journal of Political Economy 107 (S6), S158-S183

Basedau, Matthias (2005): Context Matters – Rethinking the Resource Curse in Sub-Saharan Africa. German Overseas Institute (DÜI)

Batzella, Francesca (2018): The new politics of energy security in the European Union and beyond: states, markets, institutions. In: International Affairs 94 (2), S. 444–445. DOI: 10.1093/ia/iyy001.

Bauer, Thomas (2011): Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islams. Berlin: Verlag der Weltreligionen.

BBC (2011): Tajikistan cedes land to China. Online verfügbar unter <https://www.bbc.com/news/world-asia-pacific-12180567>, zuletzt geprüft am 14.11.2019.

Beichelt, Timm (2010): Externe Demokratieförderung. In: neue polit lit 2010 (3), S. 447–467. DOI: 10.3726/91486_447.

Bertelsmann Stiftung (2008a): BTI 2008 — Kyrgyzstan Country Report. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. Online verfügbar unter https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2008/pdf/BTI_2008_Kyrgyzstan.pdf, zuletzt geprüft am 18.12.2019.

Bertelsmann Stiftung (2008b): BTI 2008 — Uzbekistan Country Report. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. Online verfügbar unter https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2008/pdf/BTI_2008_Uzbekistan.pdf, zuletzt geprüft am 18.12.2019.

Bertelsmann Stiftung (2018): BTI 2018 Country Report — Kazakhstan. Gütersloh. Online verfügbar unter https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2018/pdf/BTI_2018_Kazakhstan.pdf, zuletzt geprüft am 18.12.2019.

Bitabarova, Assel (2016): Zentralasien mit den Augen Chinas. Wissensproduktion, akademische Wahrnehmung und Folgen für die Politik. In: Zentralasien-Analysen (100), S 2-6.

Bitabarova, Assel. (2015). Contested Views of Contested Territories: How Tajik Society Views the Tajik-Chinese Border Settlement.

Boix, Carles; Stokes, Susan C. (2003): Endogenous Democratization. In: World Pol. 55 (4), S. 517–549. DOI: 10.1353/wp.2003.0019.

Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2004): One Size Fits All! EU Policies for the Promotion of Human Rights, Democracy and the Rule of Law. Stanford University. Online verfügbar unter https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/atasp/publikationen/4_artikel_papiere/18/tandt_stanford_final.pdf, zuletzt geprüft am 19.12.2019.

Bosse, Giselle (2017): EU normative performance: a critical theory perspective on the EU's response to the massacre in Andijon, Uzbekistan. In: East European Politics 33 (1), S. 56–71. DOI: 10.1080/21599165.2017.1280472.

Böttger, Katrin (2012): Zentralasien. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2012. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos. S. 349-352. Online verfügbar unter http://wissen-europa.de/fileadmin/user_upload/website/Artikel/Artikel_2012/JEI_4_Außenpolitik_Zentralasien_Böttger_Seite349.pdf. uletzt geprüft am 07.01.2020.

Böttger, Katrin (2013): Zentralasien. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2013. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos. S. 325-328. Online verfügbar unter http://wissen-europa.de/fileadmin/user_upload/website/Artikel/Artikel_2013/Weidenfeld_Wessels_Jahrbuch_2013_komplett.pdf#page=321. zuletzt geprüft am 07.01.2020.

Böttger, Katrin (2014): Zentralasien. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2014. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos. S. 355-358. Online verfügbar unter <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2018/07/Zentralasien-aus-IEP-Jahrbuch-2014-52.pdf>. zuletzt geprüft am 07.01.2020.

Böttger, Katrin (2016): Die Europäische Union und Zentralasien. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang

Wessels (Hg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2016. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos. S. 405-408. Online verfügbar unter http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2019/12/61_Zentralasien_Böttger_Endfahne.pdf, , zuletzt geprüft am 07.01.2020.

Böttger, Katrin; Plottka, Julian (2017): Zentralasienpolitik. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2017. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos. S. 385-386 Online verfügbar unter http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2018/07/56_Zentralasienpolitik_Böttger-und-Plottka_Freigabe_final.pdf, zuletzt geprüft am 07.01.2020.

Böttger, Katrin; Braun, Yvonne; Plottka, Julian (2019): Die EU-Zentralasienstrategie 2019 – mehr Handlungsrahmen als strategisches Dokument. In: *integration* 42 (4), S. 297–320. DOI: 10.5771/0720-5120-2019-4-297.

Botobekov, Uran (2019): Unjustified Hope of Iran's Central Asia Policy. 31.08.2019. In: *modern diplomacy*. Online verfügbar unter <https://moderndiplomacy.eu/2019/08/31/unjustified-hope-of-irans-central-asia-policy/>, zuletzt geprüft am 15.01.2020.

Brusis, Martin; Hillenbrand, Olaf; Thiery, Peter (2012): Demokratiemessung – Der Bertelsmann Transformation Index. In: Manuela Glaab und Karl-Rudolf Korte (Hg.): *Angewandte Politikforschung*, 1/49. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 383–393.

Brzeziński, Zbigniew (1997): *The grand chessboard. American primacy and its geostrategic imperatives*. New York: Basic Books. 1. ed.

Bulletin der Europäischen Gemeinschaften (1973): Dokument über die europäische Identität; Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Online verfügbar unter https://www.cvce.eu/content/publication/1999/1/1/02798dc9-9c69-4b7d-b2c9-f03a8db7da32/publishable_de.pdf.

Burnell, Peter J. (Hg.) (2013): *Democracy assistance. International co-operation for democratization*. London: Routledge (Democratization studies).

Burnell, Peter J. (2013): Democracy Assistance: The State of Discourse. In: Peter J. Burnell (Hg.): *Democracy assistance. International co-operation for democratization*. London: Routledge (Democratization studies), S. 3–33.

CAA-Network (2017): Russlands Einfluss in Zentralasien: Medien, Bildung, Kultur. Online verfügbar unter <https://www.novastan.org/de/kasachstan/russlands-einfluss-in-zentralasien-medien-bildung-kultur/>. zuletzt geprüft am 12.01.2020

Cameron, David R.; Orenstein, Mitchell A. (2012): Post-Soviet Authoritarianism: The Influence of Russia in Its "Near Abroad". In: *Post-Soviet Affairs*, 28(1), S. 1–44.

Campbell, David; Barth, Thorsten (2009): Wie können Demokratie und Demokratiequalität gemessen werden? Modelle, Demokratie-Indices und Länderbeispiele im globalen Vergleich. In: SWS-Rundschau Heft 2/2009 (49.Jg.), S. 209–232.

Carothers, Thomas (2009): Democracy Assistance: Political vs. Developmental? In: Journal of Democracy Number 1 January 2009 (Volume 20), S. 5–19.

CIA (2019): The World Factbook. Turkmenistan. CIA. Online verfügbar unter <https://www.cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook/geos/tx.html>, zuletzt geprüft am 23.11.2019.

Congress, 106th (1999-2000): Silk Road Strategy Act of 1999. Online verfügbar unter <https://www.congress.gov/bill/106th-congress/senate-bill/579/text>, zuletzt geprüft am 10.01.2020

Congress 102th (1992): PUBLIC LAW 102-511—OCT. 24, 1992. Online verfügbar unter <https://www.govinfo.gov/content/pkg/STATUTE-106/pdf/STATUTE-106-Pg3320.pdf>, zuletzt geprüft am 10.01.2020

Coppenrath, Florian (2018): Die Schweiz ist der größte Markt für usbekische Exporte. novostan.org. Online verfügbar unter <https://www.novostan.org/de/usbekistan/die-schweiz-ist-der-groeste-markt-fur-usbekische-exporte/>, zuletzt geprüft am 10.12.2019.

Crawford, Gordon (2007): Promoting Democracy in Central Asia: What's Needed and Why It Won't Happen. In: Sicherheit & Frieden, 2007, Vol.25(3), S. 133-138

Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy. Participation and opposition. New Haven: Yale University Press.

Dauderstädt, Michael (2006): Dead ends of transition: rentier economies and protectorates, Frankfurt am Main, Campus-Verl.

EDB (2017): EDB INTEGRATION BAROMETER — 2017. Report 46. Online verfügbar unter https://eabr.org/upload/iblock/3ef/EDB-Centre_2017_Report-46_EDB-Integration-Barometer_ENG_2.pdf. zuletzt geprüft am 16.04.2020.

EDB (2018): EURASIAN DEVELOPMENT BANK STRATEGY FOR THE PERIOD FROM 2018 TO 2022. Online verfügbar unter https://eabr.org/upload/iblock/d06/FINAL_eng_strategy.pdf. zuletzt geprüft am 16.04.2020.

EDB (2020): Bank profile. Online verfügbar unter <https://eabr.org/en/about/>. zuletzt geprüft am

16.04.2020.

Erdmann, Gero; Engel, Ulf (2007): Neopatrimonialism Reconsidered: Critical Review and Elaboration of an Elusive Concept. In: *Commonwealth & Comparative Politics* 45 (1), S. 95–119.

Erdmann, Gero; Kneuer, Marianne (Hg.) (2009): *Externe Faktoren der Demokratisierung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Demokratiestudien. Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie).

Erdmann, Gero (2012): Neopatrimonialism: Concept or Metaphor? In: Heinrich, Andreas; Pleines, Heiko (Hg.) (2012): *Challenges of the Caspian resource boom. Domestic elites and policy-making*. Houndmills, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan (Euro-Asian Studies). S. 46-57.

Eschment, Beate (2010): Zwischen Beharrung und Anpassung. Zentralasien. In: Helmut Konrad und Monika Stromberger (Hg.): *Die Welt im 20. Jahrhundert. Nach 1945*. Wien: Mandelbaum Verlag, S. 140–169.

Eurasian Development Bank (2017): EDB Integration Barometer 2017. Report 46. Online verfügbar unter https://eabr.org/upload/iblock/3ef/EDB-Centre_2017_Report-46_EDB-Integration-Barometer_ENG_2.pdf.

Europäische Gemeinschaft (28.07.1999): Partnership and Cooperation Agreement between the European Communities and their Member States and the Republic of Kazakhstan. L 196/3. In: *Official Journal of the European Communities* Volume 42 (L 196). Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=OJ:L:1999:196:FULL&from=EN>.

Europäische Gemeinschaft (2007): Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007-2013 2007. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/rsp-central-asia-2007-2013_en.pdf.

Europäische Kommission (1992): TECHNISCHE HILFE DER EG FUER DIE GEMEINSCHAFT UNABHAENGIGER STAATEN UND GEORGIEN – TACIS-PROGRAMM. MEMO/92/54. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_92_54.

Europäische Kommission (2002): Strategy Paper 2002-2006 & Indicative Programme 2002-2004 for Central Asia. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/archives/docs/central_asia/rsp/02_06_en.pdf.

Europäische Kommission (2007): CENTRAL ASIA INDICATIVE PROGRAMME (2007 – 2010). Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/archives/docs/central_asia/rsp/nip_07_10_en.pdf.

Europäische Kommission (2011): CENTRAL ASIA DCI INDICATIVE PROGRAMME (2011 – 2013). Online verfügbar unter https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/central_asia_multi-annual_indicative_programme_2011-2013_of_the_eu_development_co-operation_instrument_dci.pdf.

Europäische Kommission (2016): EU human rights dialogues in Central Asia 2016. Online verfügbar unter https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/eu_human_rights_dialogues_in_central_asia.pdf.

Europäische Kommission (2019a): The EU and Central Asia: New Opportunities for a Stronger Partnership 2019.

Europäische Kommission (2019b): European Instrument for Democracy & Human Rights (EIDHR). Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/eidhr_en.htm_en, zuletzt aktualisiert am 2019b.

Europäische Kommission (2019c): EU – Uzbekistan Enhanced Partnership and Cooperation Agreement (EPCA) Third round of negotiations 25-27 September 2019, Tashkent JOINT REPORT. Online verfügbar unter https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/october/tradoc_158407.pdf.

Europäische Union (2010): Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA): Russland, Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:r17002&from=DE>.

Europäische Union (2011): Council Decision of 14 June 2010 approving the conclusion, by the European Commission on behalf of the European Atomic Energy Community, of the Interim Agreement on trade and trade-related matters between the European Community, the European Coal and Steel Community and the European Atomic Energy Community, of the one part, and Turkmenistan, of the other part, and the Exchange of Letters amending the Interim Agreement as regards the authentic language versions. L 80/21. In: Official Journal of the European Union Volume 54 (L 80). Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2011:080:FULL&from=EN>.

Europäische Union (2016): Council Decision (EU) 2016/123 of 26 October 2015 on the signing, on behalf of the European Union, and provisional application of the Enhanced Partnership and Cooperation Agreement between the European Union and its Member States, of the one part, and the Republic of Kazakhstan, of the other part. L 29. In: Official Journal of the European Union Volume 59 (L 29). Online verfügbar unter https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/enhanced_partnership_and_cooperation_agreement.pdf.

Europäischer Auswärtiger Dienst (2016): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf. zuletzt geprüft am 07.01.2020.

Europäischer Rat und Rat der Europäischen Union (o.J.): Schlussfolgerungen und Entschlüsseungen des Rates. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/conclusions-resolutions/>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Europäischer Rechnungshof (2013): Sonderbericht Nr. 13: EU-Entwicklungshilfe für Zentralasien.

Europäisches Parlament (2019a): DEMOKRATIEFÖRDERUNG UND WAHLBEOBACHTUNG. Online verfügbar unter http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_5.4.2.pdf.

Europäisches Parlament (2019b): ZENTRALASIEN. Online verfügbar unter http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_5.6.4.pdf.

Europäisches Parlament (2019c): The EU's new Central Asia strategy. PE 633.162. Online verfügbar unter [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/633162/EPRS_BRI\(2019\)633162_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/633162/EPRS_BRI(2019)633162_EN.pdf).

Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union (2004): REGULATION (EC) No 2240/2004 OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL of 15 December 2004. (EC) No 2240/2004. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32004R2240&from=LV>.

Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union (2006a): REGULATION (EC) No 1905/2006 OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL of 18 December 2006 establishing a financing instrument for development cooperation. (EC) No 1905/2006. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:378:0041:0071:en:PDF>.

Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union (2006b): REGULATION (EC) No 1889/2006 OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL of 20 December 2006 on establishing a financing instrument for the promotion of democracy and human rights worldwide. (EC) No 1889/2006. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32006R1889&from=EN>.

Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union (2014a): REGULATION (EU) No 233/2014 OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL of 11 March 2014 establishing a financing instrument for development cooperation for the period 2014-2020. (EU) No 233/2014. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014R0233&qid=1575445870551&from=EN>.

Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union (2014b): REGULATION (EU) No 236/2014 OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL of 11 March 2014. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/en/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014R0236&qid=1575917184429&from=EN>.

Europäisches Parlament, Rat, Kommission (2006): Official Journal of the European Union C46, vom 24.02.2006. In: Official Journal of the European Union Volume 49. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2006:046:FULL&from=HU>.

European Union External Action (2017): High Representative/Vice-President Federica Mogherini pays visit to Kyrgyzstan. Brüssel. Online verfügbar unter https://eeas.europa.eu/delegations/namibia/35373/high-representativevice-president-federica-mogherini-pays-visit-kyrgyzstan_en, zuletzt geprüft am 21.12.2019.

European Union External Action (2018): High Representative/Vice-President Federica Mogherini travels to Uzbekistan for the Tashkent Conference on Afghanistan. Brüssel. Online verfügbar unter https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/41979/high-representativevice-president-federica-mogherini-travels-uzbekistan-tashkent-conference_en, zuletzt geprüft am 21.12.2019.

European Union External Action (2019): FACTSHEET EU-Kyrgyz Republic Enhanced Partnership and Cooperation Agreement. Online verfügbar unter https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/epca_factsheet.pdf.

Flikke, Geir (2003): Damage Limitation and Decline in Institutional Powers: Russia's Perception of the EU as a Security Actor 1999–2002. Online verfügbar unter https://nupi.brage.unit.no/nupi-xmlui/bitstream/handle/11250/2393538/Rapp_nr278_03_Flikke.pdf?sequence=3&isAllowed=y, zuletzt geprüft am 12.01.2019.

Flores, Alexander (2014): Islam und Demokratie – Realität und gegenläufige Diskurse. In: Cavuldak, Ahmet; Hidalgo, Oliver; Hildmann, Philipp W.; Zapf, Holger (Hg.): Demokratie und Islam. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 23-43.

Florin, Moritz (2019): Zentralasien, die Sowjetunion und die Globalgeschichte der Dekolonisation. In: Matthias Middell (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2019). Kommunismus jenseits des Eurozentrismus. Berlin: Metropol, S. 67–81.

Flynn, Moya (2004): Migrant resettlement in the Russian Federation. Reconstructing 'homes' and 'homelands'. London: Anthem Press.

Fragner, Bert (2006a): Zentralasien. Begriff und historischer Raum. In: Bert G. Fragner und Andreas Kappeler (Hg.): Zentralasien. 13. bis 20. Jahrhundert : Geschichte und Gesellschaft. Wien: Promedia (Edition Weltregionen, 13), S. 11–32.

Fragner, Bert (2006b): Die Mongolen und ihr Imperium. In: Bert G. Fragner und Andreas Kappeler (Hg.): Zentralasien. 13. bis 20. Jahrhundert : Geschichte und Gesellschaft. Wien: Promedia (Edition Weltregionen, 13), S. 103–120.

Fragner, Bert (2006c): Iranisch-islamische Kulturen Zentralasiens. In: Bert G. Fragner und Andreas Kappeler (Hg.): Zentralasien. 13. bis 20. Jahrhundert : Geschichte und Gesellschaft. Wien: Promedia (Edition Weltregionen, 13), S. 81–102.

Fragner, Bert G.; Kappeler, Andreas (Hg.) (2006): Zentralasien. 13. bis 20. Jahrhundert : Geschichte und Gesellschaft. Wien: Promedia (Edition Weltregionen, 13).

Franke, Anja; Gawrich, Andrea; Alakbarov, Gurban (2009): Kazakhstan and Azerbaijan as Post-Soviet Rentier States: Resource Incomes and Autocracy as a Double ‘Curse’ in Post-Soviet Regimes. In: Europe-Asia Studies 61 (1), S. 109–140.

Freedom House (2012): Methodology. Online verfügbar unter <https://freedomhouse.org/report/freedom-world-2012/methodology>, zuletzt geprüft am 21.10.2019.

Freedom House (2019): Freedom in the World 2019 Methodology. Online verfügbar unter https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-02/Methodology_FIW_2019_for_website.pdf, zuletzt geprüft am 23.03.2020.

Freedom in the World (2006): Uzbekistan. Online verfügbar unter <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2006/uzbekistan>, zuletzt geprüft am 20.12.2019.

Freedom in the World (2016): Tajikistan. Online verfügbar unter <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2016/tajikistan>, zuletzt geprüft am 22.10.2019.

Freedom in the World (2019): Kyrgyzstan. Online verfügbar unter <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/kyrgyzstan>, zuletzt aktualisiert am 22.10.2019.

Geiß, Paul Georg (2006): Staat und Gesellschaft im sowjetischen Zentralasien. In: Bert G. Fragner und Andreas Kappeler (Hg.): Zentralasien. 13. bis 20. Jahrhundert : Geschichte und Gesellschaft. Wien: Promedia (Edition Weltregionen, 13), S. 139–160.

Garlick, Jeremy (2020): The impact of China's Belt and Road Initiative. From Asia to Europe. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge

Giannone, Diego (2010): Political and ideological aspects in the measurement of democracy: the Freedom House case. In: *Democratization* 17 (1), S. 68–97. DOI: 10.1080/13510340903453716.

Glaab, Manuela; Korte, Karl-Rudolf (Hg.) (2012): *Angewandte Politikforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Grandner, Margarete; Sonderegger, Arno (Hg.) (2015): *Nord-Süd-Ost-West-Beziehungen. Eine Einführung in die Globalgeschichte*. 1. Auflage. Wien: Mandelbaum Verlag (Gesellschaft, Entwicklung, Politik, Band 16).

Grävingholt, Jörn (2007): Ohne Gewähr. Demokratieförderung in Zentralasien. In: *Osteuropa* 2007 (8-9), S. 401–416.

Grävingholt, Jörn; Leininger, Julia; Schlumberger, Oliver (2009): Demokratieförderung: Quo vadis? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2009 (8), S. 28–33.

Gunther, Richard; Diamandouros, Nikiforos P.; Puhle, Hans-Jürgen (Hg.) (1995): *The politics of democratic consolidation. Southern Europe in comparative perspective*. Baltimore: Johns Hopkins University Press (The new Southern Europe).

Halbach, Uwe (2006): Zentralasien nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. In: Bert G. Fagner und Andreas Kappeler (Hg.): *Zentralasien. 13. bis 20. Jahrhundert : Geschichte und Gesellschaft*. Wien: Promedia (Edition Weltregionen, 13), S. 205–220.

Halbach, Uwe (2007): Das Erbe der Sowjetunion – Kontinuitäten und Brüche in Zentralasien. In: *Osteuropa* 2007 (8-9), S. 77–98.

Halbach, Uwe (2011): Wladimir Putins Eurasische Union. Ein neues Integrationsprojekt für den GUS-Raum? In: *SWP-Aktuell* 51, S. 1–4. Online verfügbar unter https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A51_hlb_ks.pdf, zuletzt geprüft am 12.01.2020.

Hale, Henry E. (2015): *Patronal Politics. Eurasian Regime Dynamics in Comparative Perspective*. Cambridge: Cambridge University Press (Problems of international politics).

Han, Enze (2010): Boundaries, Discrimination, and Interethnic Conflict in Xinjiang, China. In: *International Journal of Conflict and Violence*, 01 December 2010, Vol.4(2), S. 244–256

Hartman, Jeffry W. (2016): The May 2015 Andijan Uprising: What We Know. In: *Silk Road Paper* Mai 2016.

Hazelzet, Hadewych (2001): Carrots or Sticks? EU and US reactions to Human Rights violations (1989-2000). PhD theses. European University Institute, Florenz. Department of Political and Social Sciences. Online verfügbar unter https://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/7157/2003_Hazelzet.pdf?sequence=3&isAllowed=y.

Heinrich, Andreas (2014): Export Pipelines from the CIS Region. Geopolitics, Securitization, and Political Decision-Making. New York: Columbia University Press

Heinrich, Andreas; Pleines, Heiko (2014): Herausforderung statt Fluch. Neue Ansätze zum Rentierstaat. In: WeltTrends, (97), S. 29-37.

Herb, Michael (2005): No Representation without Taxation? Rents, Development, and Democracy. In: Comparative Politics Vol. 37, No. 3 (Apr., 2005), S. 297-316.

Hidalgo, Oliver; Zapf, Holger; Cavuldak, Ahmet; Hildmann, Philipp W. (2014): Demokratie und Islam: Stationen einer publizistischen Kontroverse. In: Cavuldak, Ahmet; Hidalgo, Oliver; Hildmann, Philipp W.; Zapf, Holger (Hg.): Demokratie und Islam. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1-19.

Hildermeier, Manfred (1998): Geschichte der Sowjetunion 1917 – 1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München: Beck.

Hill, Fiona; Jones, Kevin (2006): Fear of democracy or revolution: The reaction to Andijon. In: The Washington Quarterly 29 (3), S. 109–125. DOI: 10.1162/wash.2006.29.3.109.

Hofmeister, Ulrich (2015): Zentralasien: Vom Zentrum der Seidenstraße zum Hinterhof der Großmächte – und zurück? In: Margarete Grandner und Arno Sonderegger (Hg.): Nord-Süd-Ost-West-Beziehungen. Eine Einführung in die Globalgeschichte. 1. Auflage. Wien: Mandelbaum Verlag (Gesellschaft, Entwicklung, Politik, Band 16), S. 121–147.

Hofmeister, Ulrich (2019): Die Bürde des Weißen Zaren. russische Vorstellungen einer imperialen Zivilisierungsmission in Zentralasien. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Horák, Slavomir (2012): The elite in post-soviet and post-niyazow turkmenistan: Does political culture form a leader? In: Demokratizatsiya, 20(4), S. 371–385.

Hu, Bin (2014): Oil and gas cooperation between China and Central Asia in an environment of political and resource competition. In: Petroleum Science, 11(4), S. 596–605.

Huber, Daniela (2008): Democracy Assistance in the Middle East and North Africa: A Comparison of US and EU Policies. In: Mediterranean Politics 13 (1), S. 43–62.

Hughes, James (1996): Patrimonialism and the stalinist system: The case of S. I. Syrtsov. In: Europe-Asia Studies 48 (4), S. 551–568.

Indeo, Fabio (2019a): US-Taliban peace talks and regional stability in Central Asia. In: NATO Defense College Foundation. Central Asia January 2019. Online verfügbar unter <http://www.nato-foundation.org/central-asia/central-asia-january-2019/>, zuletzt geprüft am 15.01.2020

Indeo, Fabio (2019b): Regional implications of China's military base in Tajikistan. In: NATO Defense College Foundation. Central Asia February 2019. Online verfügbar unter <http://www.nato-foundation.org/central-asia/china-military-base-tajikistan/>, zuletzt geprüft am 15.01.2020

Iskandarow, Kosimscho (2009): Grenzordnung und Grenzmanagement in Zentralasien. Das Beispiel Tadschikistan. In: Zentralasien-Analysen (15), S 2-6.

Jahn, Detlef (2013): Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. 2. Aufl. 2013. Wiesbaden: Imprint: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Jakobeit, Cord; Meissner, Hannes (2011): Frieden und Ressourcen. In: Gießmann, Hans J.; Rinke, Bernhard (Hg.): Handbuch Frieden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 1. Auflage.

Juraev, Shairbek (2008): Kyrgyz democracy? The Tulip Revolution and beyond. In: Central Asian Survey 27 (3-4), S. 253–264. DOI: 10.1080/02634930802536464.

Jünemann; Knodt (Hg.) (2007): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union European External Democracy Promotion: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co KG.

Jünemann, Annette; Knodt, Michèle (Hg.) (2007): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union. European external democracy promotion. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V, Bd. 58).

Kappeler, Andreas (2006): Russlands zentralasiatische Kolonien bis 1917. In: Bert G. Fragner und Andreas Kappeler (Hg.): Zentralasien. 13. bis 20. Jahrhundert : Geschichte und Gesellschaft. Wien: Promedia (Edition Weltregionen, 13), S. 139–160.

Karagiannis, Emmanuel (2016): The New Face of Political Islam in Central Asia: The Rise of Islamo-democrats. In: Journal of Muslim Minority Affairs 36 (2), S. 267–281.

Karatnycky, Adrian (2002): Muslim countries and the democracy gap. In: Journal of Democracy, 13(1), S. 99–112.

Kaukenow, Adil (2009): Fortschritte in Zeiten der Krise. Chinas wachsender wirtschaftlicher Einfluss in Kasachstan. In: Zentralasien-Analysen (22), S 2-6.

Khalid, Adeeb (2014): Islam after Communism. Religion and politics in Central Asia. New edition. Berkeley: University of California Press.

Knodt, Michèle; Jünemann, Annette (2006): Externe Demokratieförderung Der Europäischen Union. Die Instrumentenwahl Der EU Aus Vergleichender Perspektive. In: Integration 2006: 29 (4), S. 287–296. Online verfügbar unter www.jstor.org/stable/24221444.

Knodt, Michèle; Jünemann, Annette (2007): Introduction: Conceptionalizing the EU's Promotion of Democracy. In: Jünemann und Knodt (Hg.): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union European External Democracy Promotion: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co KG, S. 9–30.

Koelble, Thomas A.; Lipuma, Edward (2008): Democratizing Democracy: A Postcolonial Critique of Conventional Approaches to the 'Measurement of Democracy'. In: Democratization 15 (1), S. 1–28. DOI: 10.1080/13510340701768075.

Kolmaš, Michal; Kolmašová, Šárka (2019): A 'pivot' that never existed: America's Asian strategy under Obama and Trump. In: Cambridge Review of International Affairs 32 (1), S. 61–79.

Konrad, Helmut; Stromberger, Monika (Hg.) (2010): Die Welt im 20. Jahrhundert. Nach 1945. Wien: Mandelbaum Verlag.

Kotzian, Peter; Knodt, Michèle; Urdze, Sigita (2011): Instruments of the EU's External Democracy Promotion. In: JCMS: Journal of Common Market Studies 49 (5), S. 995–1018. DOI: 10.1111/j.1468-5965.2010.02163.x.

Krämer, Annette (2007): Islam in Zentralasien Blüte, Unterdrückung, Instrumentalisierung. In: Osteuropa 57 (8-9), S. 53–76.

Küchler, Teresa (2005): EU slaps arms embargo on Uzbekistan. In: euobserver. 15.11.2005. Online verfügbar unter <https://euobserver.com/foreign/20320>, zuletzt geprüft am 13.01.2020

Laruelle, Marlène (2007): Wiedergeburt per Dekret. Nationsbildung in Zentralasien. In: Osteuropa 58 (8-9), S. 139–154.

Laruelle, Marlène (2012): Discussing neopatrimonialism and patronal presidentialism in the central

Asian context. In: Demokratizatsiya, 20(4), S. 301–324.

Lavenex, Sandra; Schimmelfennig, Frank (2011): EU democracy promotion in the neighbourhood: from leverage to governance? In: Democratization 18 (4), S. 885–909. DOI: 10.1080/13510347.2011.584730.

Leininger, J. (2007): Demokratieförderung. In: Dieter Nohlen und Florian Grotz (Hg.): Kleines Lexikon der Politik. 4. aktual. und erw. Aufl., Originalausgabe. München: Verlag C.H. Beck (Beck'sche Reihe, 1418), S. 67–71.

Marat, Erica (2012): Kyrgyzstan: A parliamentary system based on inter-elite consensus. In: Demokratizatsiya, 20(4), S. 325–344.

Mark, Rudolf A. (2007): Die Hungersnot in Kasachstan. Aufarbeitung der stalinistischen Verbrechen. In: Osteuropa 57 (8-9), S. 571–588.

Markowitz, Lawrence P. (2012): The sub-national roots of authoritarianism: Neopatrimonialism and territorial administration in Uzbekistan. In: Demokratizatsiya, 20(4), S. 387–408.

McDermott, Roger N. (2008): NATO/USA und Usbekistan. Chancen und Probleme einer Wiedernäherung. In: Zentralasien-Analysen (9), S 2-5.

Meissner, Hannes (2010): The Resource Curse and Rentier States in the Caspian Region: A Need for Context Analysis. In: GIGA Research Programme: Violence and Security (133).

Meissner, Hannes (2013): Der "Ressourcenfluch" in Aserbaidshan und Turkmenistan und die Perspektiven von Effizienz- und Transparenzinitiativen. Berlin: Lit (Demokratie und Entwicklung, Bd. 66).

Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2. überarb. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Middell, Matthias (Hg.) (2019): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2019). Kommunismus jenseits des Eurozentrismus. Berlin: Metropol.

Ministry of foreign affairs of Turkmenistan (2019): MEETINGS OF THE TURKMEN DELEGATION IN GENEVA ON ENHANCING COOPERATION WITH THE WTO. Ministry of foreign affairs of Turkmenistan. Online verfügbar unter <https://www.mfa.gov.tm/en/news/1583>, zuletzt geprüft am 12.11.2019.

Moore, Barrington (1966): The Social Origins of Dictatorship and Democracy: Lord and Peasant in the Making of the Modern World. Boston, MA: Beacon Press.

National Development and Reform Commission (2015): Vision and Actions on Jointly Building Silk Road Economic Belt and 21st Century Maritime Silk Road. 28.03.2015. Issued by the National Development and Reform Commission, Ministry of Foreign Affairs, and Ministry of Commerce of the People's Republic of China, with State Council authorization. Online verfügbar unter https://reconasia-production.s3.amazonaws.com/media/filer_public/e0/22/e0228017-7463-46fc-9094-0465a6f1ca23/vision_and_actions_on_jointly_building_silk_road_economic_belt_and_21st-century_maritime_silk_road.pdf, zuletzt geprüft am 14.01.2020

Neistat, Anna (2015): The Andijan Massacre Remembered. In: Amnesty International. 02.07.2015. Online verfügbar unter <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2015/07/the-andijan-massacre-remembered/>, zuletzt geprüft am 12.01.2020.

Niepagenkemper, Eva (2007): Wo steht die Zentralasienstrategie der EU? Hg. v. Bonn International Center for Conversion (BICC) GmbH. Online verfügbar unter https://www.files.ethz.ch/isn/32563/focus_5_zentralasien.pdf, zuletzt geprüft am 13.12.2019.

Nohlen, Dieter; Grotz, Florian (Hg.) (2007): Kleines Lexikon der Politik. 4. aktual. und erw. Aufl., Originalausgabe. München: Verlag C.H. Beck (Beck'sche Reihe, 1418).

ODIHR (2005): PRELIMINARY FINDINGS ON THE EVENTS IN ANDIJAN, UZBEKISTAN, 13 MAY 2005. ODIHR. Warschau. Online verfügbar unter <https://www.osce.org/odihr/15653?download=true>, zuletzt geprüft am 15.12.2019.

OECD (2017a): Kasachstan. OECD. Online verfügbar unter <https://oec.world/de/profile/country/kaz/#Exporte>, zuletzt geprüft am 17.12.2019.

OECD (2017b): Kirgisistan. OECD. Online verfügbar unter https://oec.world/de/visualize/tree_map/hs92/export/kgz/show/all/2017/, zuletzt geprüft am 17.12.2019.

OECD (2017c): Tadschikistan. OECD. Online verfügbar unter https://oec.world/de/visualize/tree_map/hs92/export/tjk/show/all/2017/, zuletzt geprüft am 17.12.2019.

OECD (2017d): Turkmenistan. OECD. Online verfügbar unter https://oec.world/de/visualize/tree_map/hs92/export/tkm/show/all/2017/, zuletzt geprüft am 17.12.2019.

OECD (2017e): Usbekistan. OECD. Online verfügbar unter

https://oec.world/de/visualize/tree_map/hs92/export/uzb/show/all/2017/, zuletzt geprüft am 17.12.2019.

Oleinik, Anton; Momyshev, Yermekov; Zharas, Kuatbekov (2015): Power distance, sub-ethnic groups, and teams of civil servants: Overlooked factors of administrative reform in Kazakhstan? In: *Public Policy and Administration*, 30(2), S. 182–205.

Omelicheva, Mariya Y. (2015): *Democracy in Central Asia. Competing perspectives and alternative strategies*. Lexington, Kentucky: University Press of Kentucky (Asia in the new millennium).

Ong, R., 2005. China's security interests in Central Asia. In: *Central Asian Survey*, 24(4), S. 425–439.

OSCE. OSCE, zuletzt geprüft am 20.11.2019.

OSCE (2010a): KYRGYZ REPUBLIC PARLIAMENTARY ELECTIONS 10 October 2010 OSCE/ODIHR Election Observation Mission Report. OSCE. Warschau. Online verfügbar unter <https://www.osce.org/odihr/elections/kyrgyzstan/74649?download=true>, zuletzt geprüft am 20.11.2019.

OSCE (2010b): THE KYRGYZ REPUBLIC CONSTITUTIONAL REFERENDUM 27 June 2010 OSCE/ODIHR Limited Referendum Observation Mission Report. OSCE. Warschau. Online verfügbar unter <https://www.osce.org/odihr/elections/70938?download=true>, zuletzt geprüft am 20.11.2019.

OSCE (2016): KYRGYZ REPUBLIC PARLIAMENTARY ELECTIONS 4 October 2015 OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report. OSCE. Warschau. Online verfügbar unter <https://www.osce.org/odihr/elections/kyrgyzstan/219186?download=true>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

OSCE (2017): REPUBLIC OF UZBEKISTAN EARLY PRESIDENTIAL ELECTION 4 DECEMBER 2016 OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report. Warsaw 21 March 2017. OSCE. Warschau. Online verfügbar unter <https://www.osce.org/office-for-democratic-institutions-and-human-rights/elections/uzbekistan/306451?download=true>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

OSCE (2018): KYRGYZ REPUBLIC PRESIDENTIAL ELECTION 15 October 2017 OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report. OSCE. Warschau. Online verfügbar unter <https://www.osce.org/odihr/elections/kyrgyzstan/374740?download=true>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

OSCE (2019): REPUBLIC OF KAZAKHSTAN EARLY PRESIDENTIAL ELECTION 9 June

2019 ODIHR Election Observation Mission Final Report. OSCE. Online verfügbar unter <https://www.osce.org/odihr/elections/kazakhstan/434459?download=true>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Ouyang, Chong-Shin; Savin, Vladislav (2011): New Great Game. Energiepoker um Erdöl und Erdgas in Zentralasien. In: WeltTrends - Zeitschrift für internationale Politik Nr. 79 (2011), S. 59 - 66

Paramonov, Vladimir; Stokov, Aleksey (2008): The Evolution of Russia's Central Asia Policy. [Camberley, Surrey]: Defence Academy of the United Kingdom, Conflict Studies Research Centre (Conflict Studies Research Centre Central Asian series, 08/21(E)).

Peters, Stefan (2014): Erdöl, Rente und Politik. Vom Ressourcenfluch zur Rentengesellschaft. In: WeltTrends, (22), S. 62-70.

Peyrouse, Sébastien (2008): The Russian minority in Central Asia. Migration, politics, and language. Washington, DC: Woodrow Wilson International Center for Scholars (Occasional paper / Kennan Institute, 297).

Peyrouse, Sébastien (2012): The kazakh neopatrimonial regime: Balancing uncertainties among the family oligarchs and technocrats. In: Demokratizatsiya, 20(4), S. 345–370.

Pollak, Johannes; Slominski, Peter (2008): Das politische System der EU. 1. Aufl. Stuttgart: UTB GmbH (UTB M).

Pridham, G. (1995): The International Context of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective. In: Richard Gunther, Nikiforos P. Diamandouros und Hans-Jürgen Puhle (Hg.): The politics of democratic consolidation. Southern Europe in comparative perspective. Baltimore: Johns Hopkins University Press (The new Southern Europe), S. 166–203.

Putin, Wladimir (2011): Geschichte Die Entstehung der Eurasischen Wirtschaftsunion. In: eawu.news. Online verfügbar unter <http://eawu.news/uber-die-eawu/geschichte/>, zuletzt geprüft am 13.01.2020.

Rat der Europäischen Gemeinschaften (1991): COUNCIL REGULATION (EEC, EURATOM) No 2157/91 of 15 July 1991 concerning the provision of technical assistance to economic reform and recovery in the Union of Soviet Socialist Republics. (EEC, EURATOM) No 2157/91. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:31991R2157&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Gemeinschaften (1992): Vertrag über die Europäische Union. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Online verfügbar unter

https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/docs/body/treaty_on_european_union_de.pdf, zuletzt geprüft am 08.01.2020

Rat der Europäischen Union (1993a): COUNCIL REGULATION (EURATOM, EEC) No 2053/93 of 19 July 1993 concerning the provision of technical assistance to economic reform and recovery in the independent States of the former Soviet Union and Mongolia. (EURATOM, EEC) No 2053/93, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (1993b): COUNCIL REGULATION (EURATOM, EC) No 1279/96 of 25 June 1996 concerning the provision of assistance to economic reform and recovery in the New Independent States and Mongolia. (EURATOM, EC) No 1279/96. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:31996R1279&qid=1575311342511&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (1996): COUNCIL REGULATION (EURATOM, EC) No 1279/96 of 25 June 1996 concerning the provision of assistance to economic reform and recovery in the New Independent States and Mongolia. (EURATOM, EC) No 1279/96. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:31996R1279&from=DE>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (1999a): COUNCIL REGULATION (EC, EURATOM) No 99/2000 of 29 December 1999 concerning the provision of assistance to the partner States in Eastern Europe and Central Asia. (EC, EURATOM) No 99/2000. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32000R0099&qid=1575359278672&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (1999b): COUNCIL REGULATION (EC) No 975/1999 of 29 April 1999. (EC) No 975/1999. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:31999R0975&qid=1575910407881&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (1999c): COUNCIL REGULATION (EC) No 976/1999 of 29 April 1999. (EC) No 976/1999. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31999R0976&qid=1575911318607&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2001): Leitlinien der Europäischen Union für Dialoge im Bereich der Menschenrechte.

Rat der Europäischen Union (2004a): COUNCIL REGULATION (EC) No 2242/2004 of 22 December 2004. (EC) No 2242/2004. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32004R2242&rid=2>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2004b): CONCLUSIONS of the Ministerial Conference on Energy Co-operation between the EU, the Caspian Littoral States and their neighbouring countries. Online verfügbar unter <http://w1.inogate.org/attachments/article/89/baku.pdf>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2005a): GEMEINSAME AKTION 2005/588/GASP DES RATES vom 28. Juli 2005 zur Ernennung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Zentralasien. 2005/588/GASP. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:2005E0588:20070215:DE:PDF>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2005b): Council Common Position 2005/792/CFSP of 14 November 2005 concerning restrictive measures against Uzbekistan. 2005/792/CFSP. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32005E0792&qid=1574781671712&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2005c): COUNCIL REGULATION (EC) No 1859/2005 of 14 November 2005 imposing certain restrictive measures in respect of Uzbekistan. (EC) No 1859/2005. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32005R1859&from=en>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2005d): EU Annual Report on Human Rights, adopted by the Council on 3 October 2005., Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/media/30939/hr2005en.pdf>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2006): Council Common Position 2006/787/CFSP of 13 November 2006 renewing certain restrictive measures against Uzbekistan. 2006/787/CFSP. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32006E0787&qid=1574847682615&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2007a): The EU and Central Asia: Strategy for a New Partnership.

Rat der Europäischen Union (2007b): Gemeinsame Aktion 2007/634/GASP des Rates vom 1. Oktober 2007 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2007/113/GASP zur Änderung und Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Zentralasien. 2007/634/GASP. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:256:0028:0029:DE:PDF>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2007c): COUNCIL COMMON POSITION 2007/338/CFSP of 14 May 2007 renewing certain restrictive measures against Uzbekistan. 2007/338/CFSP. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32007E0338&qid=1574847682615&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2007d): COUNCIL COMMON POSITION 2007/734/CFSP of 13 November 2007 concerning restrictive measures against Uzbekistan. 2007/734/CFSP. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32007E0734&qid=1574847682615&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2008a): COUNCIL COMMON POSITION 2008/348/CFSP of 29 April 2008 concerning restrictive measures against Uzbekistan. 2008/348/CFSP. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008E0348&qid=1574849636925&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2008b): COUNCIL COMMON POSITION 2008/843/CFSP of 10 November 2008 amending and extending Common Position 2007/734/CFSP concerning restrictive measures against Uzbekistan. 2008/843/CFSP. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008E0843&qid=1574849636925&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2008c): Leitlinien der Europäischen Union für Menschenrechtsdialoge mit Drittländern – Aktualisierung. 16526/08. Online verfügbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16526-2008-INIT/de/pdf>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2008d): EU-BERICHT 2008 ZUR MENSCHENRECHTSLAGE. Online verfügbar unter <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/94338676-21dd-495a-9053-680246354d4d/language-de>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2009a): Council conclusions on Democracy Support in the EU's External Relations. Online verfügbar unter https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/gena/111250.pdf, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2009b): COUNCIL REGULATION (EC) No 154/2009 of 23 February 2009 amending Regulation (EC) No 1859/2005 imposing certain restrictive measures in respect of Uzbekistan. (EC) No 154/2009. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009R0154&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2010): Conclusions on Uzbekistan 3041st FOREIGN AFFAIRS Council meeting Luxembourg, 25 October 2010. Online verfügbar unter https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/117329.pdf, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2011): COUNCIL DECISION of 14 June 2010 approving the conclusion, by the European Commission on behalf of the European Atomic Energy Community, of the Interim Agreement on trade and trade-related matters between the European Community, the European Coal and Steel Community and the European Atomic Energy Community, of the one part, and

Turkmenistan, of the other part, and the Exchange of Letters amending the Interim Agreement as regards the authentic language versions. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32011D0186&qid=1575999968987&from=EN>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2012a): EU Strategic Framework and Action Plan on Human Rights and Democracy. Online verfügbar unter https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/131181.pdf, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2012b): EU verabschiedet Strategischen Rahmen für Menschenrechte und Demokratie. Online verfügbar unter https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/DE/foraff/131504.pdf, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2015): COUNCIL DECISION (CFSP) 2015/598 of 15 April 2015 appointing the European Union Special Representative for Central Asia. (CFSP) 2015/598. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015D0598&from=EN>, zuletzt geprüft am 07.01.2020.

Rat der Europäischen Union (2016a): EU-Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt im Jahr 2015 – Länder- und regionenspezifische Themen. Online verfügbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12299-2016-INIT/de/pdf>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2016b): COUNCIL DECISION (EU) 2016/123 of 26 October 2015 on the signing, on behalf of the European Union, and provisional application of the Enhanced Partnership and Cooperation Agreement between the European Union and its Member States, of the one part, and the Republic of Kazakhstan, of the other part. (EU) 2016/123. Online verfügbar unter https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/enhanced_partnership_and_cooperation_agreement.pdf, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2017a): BESCHLUSS DES RATES zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Zentralasien. 5322/17. Online verfügbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5322-2017-INIT/de/pdf>, zuletzt geprüft am 23.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2017b): Council Conclusions on the EU strategy for Central Asia. 10387/17. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/media/23991/st10387en17-conclusions-on-the-eu-strategy-for-central-asia.pdf>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2017c): Kooperationsrat EU–Kirgisistan. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-ministerial-meetings/2017/03/06/>,

zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat der Europäischen Union (2019): Council Conclusions on the New Strategy on Central Asia. 10221/19. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/media/39778/st10221-en19.pdf>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat und Kommission der Europäischen Union (1999a): COUNCIL AND COMMISSION DECISION of 12 May 1999 on the conclusion of the Partnership and Cooperation Agreement between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Kazakhstan, of the other part. 1999/490/EC, ECSC, Euratom. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:31999D0490&from=DE>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat und Kommission der Europäischen Union (1999b): COUNCIL AND COMMISSION DECISION of 12 May 1999 on the conclusion of the Partnership and Cooperation Agreement between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Kyrgyz Republic, of the other part. 1999/491/EC, ECSC, Euratom. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:31999D0491&from=DE>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat und Kommission der Europäischen Union (1999c): COUNCIL AND COMMISSION DECISION of 31 May 1999 on the conclusion of the Partnership and Cooperation Agreement establishing a partnership between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Uzbekistan, of the other part. 1999/593/EC, ECSC, Euratom. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:31999D0593&from=DE>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Rat und Kommission der Europäischen Union (2009): DECISION OF THE COUNCIL AND OF THE COMMISSION of 17 November 2009 on the conclusion of a Partnership and Cooperation Agreement establishing a partnership between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Tajikistan, of the other part. 2009/989/EC, Euratom. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32009D0989&from=DE>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Reiber, Tatjana (2009): Instrumente der Demokratieförderung: Wer, wann, wie? Eine Strukturierung von Erfolgsbedingungen. In: Gero Erdmann und Marianne Kneuer (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Demokratiestudien. Demokratie und Demokratisierung in Theorie und Empirie).

Ross, Michael L. (2001): Does Oil Hinder Democracy? In: World Politics, 53(3), S. 325–361.

Ross, Michael L. (2013): Oil curse. How petroleum wealth shapes the development of nations. 1st paperback edition. Princeton, NJ: Princeton University Pres.

Rotoyanni, Clelia (2002): So Far, so Good? Russia and the ESDP. In: *International Affairs* 78 (4), S. 813–830. Online verfügbar unter https://www-jstor-org.uaccess.univie.ac.at/stable/3095758?seq=1#metadata_info_tab_contents, zuletzt geprüft am 12.01.2020.

Rosenberger, Sieglinde (2009): Wahldemokratien. In: *Der Bürger im Staat* 2009 (2), S. 118–124.

Rowley, Charles K.; Smith, Nathanael (2009): Islam's democracy paradox: Muslims claim to like democracy, so why do they have so little? In: *Public Choice* 139 (3-4), S. 273–299.

Rueschemeyer, Dietrich; Huber Stephens, Evelyne; Stephens, John D. (1992): *Capitalist development and democracy*. Cambridge: Polity Press.

Sandschneider, Eberhard (2003): Externe Demokratieförderung. Theoretische und Praktische Aspekte der Aussenunterstützung von Transformationsprozessen. Center for Applied Policy Research. Online verfügbar unter http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_sandschneider.pdf, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Schanding, Nico (2016): Die prekäre Stabilität der chinesischen Demokratie. Wird der Autoritarismus in China auf absehbare Zeit weiter existieren oder besteht die begründete Aussicht auf Demokratisierung?

Schimmelfennig, Frank (2017): *Internationale Politik*. 5. Aufl. Stuttgart: UTB GmbH (UTB, 3107).

Schimmelfennig, Frank; Scholtz, Hanno (2009): EU Democracy Promotion in the European Neighbourhood: Political Conditionality, Economic Development and Transnational Exchange. In: *European Union Politics* 9 (2), S. 187–215.

Schmidt, Manfred G. (2019): *Demokratietheorien. Eine Einführung*. 6. Auflage 2019. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH; Springer VS.

Shambaugh, David (2013): *China goes global. The partial power*. Oxford, UK: Oxford University Press.

Shanghai Cooperation Organization Secretariat (2020): *The Shanghai Cooperation Organisation*. Online verfügbar unter http://eng.sectsco.org/about_sco/, zuletzt geprüft am 15.01.2020

Sharshenova, Aijan; Crawford, Gordon (2017): Undermining Western democracy promotion in Central Asia: China's countervailing influences, powers and impact. In: *Central Asian Survey* 36 (4), S. 453–472

Shih, Gerry (2019): In Central Asia's forbidding highlands, a quiet newcomer: Chinese troops. In: The Washington Post. 19.02.2019. Online verfügbar unter https://www.washingtonpost.com/world/asia_pacific/in-central-asias-forbidding-highlands-a-quiet-newcomer-chinese-troops/2019/02/18/78d4a8d0-1e62-11e9-a759-2b8541bbbe20_story.html, zuletzt geprüft am 15.01.2020.

Song, Weiqing (2016): China's Approach to Central Asia. The Shanghai Co-operation Organisation. 1. Aufl. London: Routledge.

Stadelbauer, Jörg (1993): Russische Eisenbahnen in Turkestan: Pionierleistung oder Hemmnis für eine autochthone Raumentwicklung. In: Frühe Eisenbahnbauten als Pionierleistungen. Referate des 11. interdisziplinären Colloquiums des Zentralinstituts. Neustadt an der Aisch: Degener & Co (Schriften des Zentralinstituts für fränkische Landeskunde und allgemeine Regionalforschung an der Universität Erlangen-Nürnberg, 32), S. 69–91.

Stadlbauer, Jörg (2007): Zwischen Hochgebirge und Wüste. In: Osteuropa 57 (8-9), S. 9–26.

Statista (2018): Verteilung der Erdölimporte Europas (EU-28) nach Herkunftsland im Jahr 2018. Online verfügbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/172674/umfrage/verteilung-der-oelimporte-der-eu-nach-herkunft/>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Sullivan, Charles J. (2016): Halk, Watan, Berdymukhammedov! Political Transition and Regime Continuity in Turkmenistan. In: Regional Studies of Russia, Eastern Europe, and Central Asia Vol. 5 (1), S. 35–51.

TALCO (2019): Tajik Aluminium Company. TALCO. Online verfügbar unter <https://talco.com.tj/en/aboutus/yesterday>, zuletzt aktualisiert am 22.12.2019.

The Cooperation Council (2009): COOPERATION BETWEEN THE EUROPEAN UNION AND UZBEKISTAN. UE-UZ 4502/09. Online verfügbar unter <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-4502-2009-INIT/en/pdf>, zuletzt geprüft am 22.10.2019.

The Cooperation Council (2019): COOPERATION BETWEEN THE EUROPEAN UNION AND TAJIKISTAN. UE-TJ 3701/19. Online verfügbar unter <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-3701-2019-INIT/en/pdf>, zuletzt geprüft am 22.10.2019.

The White House (1998): A National Security Strategy for a New Century.

Toktomushev, Kemel (2016): Central Asia and the Silk Road Economic Belt. Bishkek: University

Tolipov, Farchod (2015): Pluses and minuses of the C5+1 format . In: The Central Asia-Caucasus Analyst. Online verfügbar unter <https://www.cacianalyst.org/publications/analytical-articles/item/13300-pluses-and-minuses-of-the-c5%201-format.html>. zuletzt geprüft am 12.01.2020.

Tolipov, Farchod; Mamadazimov, Abdugani; Ibraimov, Tamerlan; Ibragimova, Galia (2016): Central Asian Lego. Who is configuring the region? Hg. v. Sanat K. Kuškumbaev. Almaty: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Tynan, Deirdre (2016): Unheilvoller Nachbar Tadschikistan ist kein Garant für Stabilität in Zentralasien. In: Internationale Politik, S. 88–93.

Umbetalieva, T. B.; Rakisheva, Botagoz; Teschendorf, Peer; Hurrelmann, Klaus (2016): Youth in Central Asia. Kazakhstan : based on sociological survey. Almaty: Friedrich Ebert Siftung.

United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2019): World Population Prospects 2019. Online verfügbar unter https://population.un.org/wpp/Publications/Files/WPP2019_Highlights.pdf, zuletzt geprüft am 22.10.2019.

Urdze, Sigita (2010): Die externe Demokratieförderung der EU in den zentralasiatischen Staaten. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Urdze, Sigita; Knodt, Michèle (2013): Jenseits von Zuckerbrot und Peitsche: Zur Messung der externen Demokratieförderung der Europäischen Union am Beispiel Zentralasiens. In: Z Vgl Polit Wiss 7 (1), S. 49–74. DOI: 10.1007/s12286-013-0146-9.

U.S. Department of State (2017): C5+1 Fact Sheet. Washington, DC September 22, 2017. Online verfügbar unter <https://www.state.gov/c51-fact-sheet/>, zuletzt geprüft am 12.01.2020.

Vanhanen, Tatu (1989): The Level of Democratization Related to Socioeconomic Variables in 147 States in 1980-85. In: Scandinavian Political Studies 12 (2), S. 95–127. DOI: 10.1111/j.1467-9477.1989.tb00084.x.

Varnavskiy, Dmitri (2008): Cooperation between Iran and de Central Asian States: Past, present and future. In: Central Asia and the Caucasus (2). S. 126-132

Weitz, Richard (2013): China's Military Goals, Policy, Doctrine, and Capabilities in Central Asia. In: Stepehn J. Blank (Hg.): Central Asia after 2014, S. 81–123. Online verfügbar unter https://www.globalsecurity.org/military/library/report/2013/ssi_blank.pdf, zuletzt geprüft am 15.01.2020.

Wick, Lukas (2009): Islam und Verfassungsstaat. Theologische Versöhnung mit der politischen Moderne? Würzburg: Ergon (Kultur, Recht und Politik in muslimischen Gesellschaften, 12).

World Nuclear Association (2019): Uranium and Nuclear Power in Kazakhstan. Oktober 2019. Online verfügbar unter <https://www.world-nuclear.org/information-library/country-profiles/countries-g-n/kazakhstan.aspx>, geprüft am 14.01.2020.

Xi, Jinping (2014): The governance of China. Second printing. Beijing: Foreign Languages Press. Online verfügbar unter <http://www.bannedthought.net/China/Individuals/XiJinping/XiJinping-TheGovernanceOfChina.pdf>. geprüft am 14.01.2020

Xu, Xiaojie (1999): The Oil and Gas Links Between Central Asia and China: a Geopolitical Perspective. OPEC Review, 23(1), S. 33–54.

Yazdani, Enayatollah (2007): US Democracy Promotion Policy in the Central Asian Republics. In: International Studies 44 (2), S. 141–155. DOI: 10.1177/002088170704400204.

Zandt, Maria (2008): Theorie und Praxis der Demokratieklause in den Beziehungen der EU zu Drittstaaten: das Beispiel Mexiko. In: Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung 08 (1), S. 22–46.

Zardykh, Zharmukhamed (2004): Russians in Kazakhstan and demographic change: imperial legacy and the Kazakh way of nation building. In: Asian Ethnicity 5 (1), S. 61–79. DOI: 10.1080/1463136032000168907.

ZEIT ONLINE (2019): Verletzte durch Ausschreitungen in Kirgisistan. In: ZEIT ONLINE, 08.08.2019. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-08/kirgisistan-ausschreitungen-verletzte-ex-sowjetrepublik>, zuletzt geprüft am 22.12.2019.

Zentralinstitut für fränkische Landeskunde und allgemeine Regionalforschung (1993): Frühe Eisenbahnbauten als Pionierleistungen. Referate des 11. interdisziplinären Colloquiums des Zentralinstituts. Neustadt an der Aisch: Degener & Co (Schriften des Zentralinstituts für fränkische Landeskunde und allgemeine Regionalforschung an der Universität Erlangen-Nürnberg, 32).

Zhou, Weifeng; Esteban, Mario (2018): Beyond balancing: China's approach towards the belt and road initiative. In: Journal of Contemporary China, 27(112), S. 487–501.

Zofka, Jan (2015): Postsowjetischer Separatismus. Die pro-russländischen Bewegungen im moldauischen Dnjestr-Tal und auf der Krim, 1989-1995. Göttingen: Wallstein Verl. (Moderne europäische Geschichte, 10).